

Oskar Weggel

## Taiwan - Ein Porträt (6)

*Gliederung:*

- 6.1. Demokratisierung und Taiwanisierung: Innenpolitische Entwicklungen in den 80er Jahren
    - 6.1.1. Präliminarien und Verlauf der Reformen
      - 6.1.1.1. Innere und äußere Ursachen des Demokratisierungsprozesses
        - 6.1.1.1.1. Die inneren Antriebskräfte der Demokratisierung
          - 6.1.1.1.2. Äußere Anlässe für den Reformprozeß
        - 6.1.1.2. Beginn der politischen Reformen
        - 6.1.1.3. Das reformerische Maßnahmenpaket
          - 6.1.1.3.1. Die Aufhebung des Ausnahmezustands und der gleichzeitige Erlass des neuen Sicherheitsgesetzes
            - 6.1.1.3.2. Die Neuordnung der Parteienlandschaft
          - 6.1.2. Der Machtkampf um die Nachfolge
            - 6.1.2.1. Fraktionsauseinandersetzungen: Reformen gegen Reformgegner
          - 6.1.2.2. Dynastische Nachfolge wenigstens im Amt des Staatspräsidenten?
            - 6.1.2.3. Personelle Zäsur
            - 6.1.2.4. Eine alte Frage neu gestellt: Kabinetts- oder Präsidialsystem?
        - 6.1.3. Die Macht der Wahlurne und der Aufstieg der Opposition
          - 6.1.3.1. Wie die erste Oppositionspartei entstand
          - 6.1.3.2. Die MJD: Geburtswehen, Positionskämpfe und Wahlerfolge
      - 6.1.3.3. Der demokratische Ausleseprozeß: Wahlerfolge und -rückschläge der neuen Oppositionsparteien sowie der GMD
        - 6.1.3.4. Die Wahlen vom Dezember 1989
        - 6.1.3.5. Ernüchterung bei den Kommunalwahlen von 1990
      - 6.1.4. Die Armee
        - 6.2. Die Wirtschaft: Feinabstimmungen und Nachkorrekturen beim überkommenen Wirtschaftsinstrumentarium
          - 6.2.1. Wirtschaftliche Gesundschumpfung
          - 6.2.2. Neue Herausforderungen - und die Antworten darauf
            - 6.2.2.1. Sechs neue Herausforderungen
              - 6.2.2.2. Liberalisierungsmaßnahmen als Antwort
                - 6.2.2.2.1. Liberalisierung der Handelspolitik und Freigabe der Importe
                  - 6.2.2.2.2. Am Ende doch noch ein Warenzeichenrecht
                    - 6.2.2.2.3. Technologie-Intensivierung
                    - 6.2.2.2.4. "Finanzielle Liberalisierung", Finanz- und Bankenreform
                    - 6.2.2.2.5. Maßnahmen der Familienplanung
                    - 6.2.2.2.6. Neuland in Sicht: Die soziale Komponente
                    - 6.2.2.2.7. Der Klein- und Mittelbetrieb: eine schwer veränderbare Konstante
                  - 6.2.3. Neue Wege bei der Investitionspolitik
                  - 6.2.4. Kapitalüberhang und Spekulationsfieber
- 6.2.5. Der Außenhandel bleibt Schwungrad der taiwanesischen Wirtschaft
- 6.3. Außenpolitik. Stille nach den Taifunen der 70er Jahre
  - 6.3.1. Taiwans Kehrtwendung: Die "flexible Außenpolitik"
  - 6.3.2. Vielfältige außenpolitische Beziehungsmuster
    - 6.3.2.1. Bilaterale diplomatische Beziehungen
    - 6.3.2.2. Quasidiplomatische Beziehungen
    - 6.3.2.3. "Flexibler" Einstieg in die internationalen Organisationen
    - 6.3.2.4. Wirtschaftsvertretungen
    - 6.3.2.5. Entwicklungshilfe
    - 6.3.2.6. Kulturbeziehungen
  - 6.3.3. Beziehungen zu einzelnen Ländern
    - 6.3.3.1. Ärger mit den USA
    - 6.3.3.2. Der dünne Geduldsfaden gegenüber Japan
    - 6.3.3.3. Wunschpartner Indonesien und Singapur
    - 6.3.3.4. Beijings Waffenembargopolitik gegenüber Taiwan
      - 6.3.3.4.1. Der niederländische U-Boot-Fall
    - 6.3.3.4.2. Frankreich und Schweiz in der Versuchung
  - 6.4. Beiderseits der Taiwanstraße: Entwicklungen und Optionen
    - 6.4.1. Tauwetter beiderseits der Taiwanstraße
    - 6.4.2. Sechs Kontaktebenen
      - 6.4.2.1. Die politische Ebene: Dialog auf Regierungs- oder auf Parteebene?
      - 6.4.2.2. Die wirtschaftliche Ebene: unausgeschöpftes Potential
      - 6.4.2.3. Investitionen auf dem Festland
      - 6.4.2.4. Der Besucherstrom
      - 6.4.2.5. Torso "Volksdiplomatie"
      - 6.4.2.6. Die militärische Ebene

## 6.4.3.

Erster Durchbruch in der Taiwan-Frage seit 45 Jahren: Li Denghuis Dialogangebot vom Mai 1990

## 6.4.4.

Quo vadis, Taiwan?

### 6.1. Demokratisierung und Taiwanisierung: Innenpolitische Entwicklungen in den achtziger Jahren

Nach den außenpolitischen Aufregungen und Verwerfungen der 70er Jahre konnte sich Taibei in den 80er Jahren endlich wieder ganz den heimischen Problemen widmen. In den Mittelpunkt rückten nun zwei Fragen, die die Führung vier Jahrzehnte lang vor sich hergeschoben oder einfach verdrängt hatte, nämlich Demokratisierung und Taiwanisierung: Demokratisierung, weil sich die Gesellschaft inzwischen in aller Stille gewandelt hatte und partizipativer geworden war, Taiwanisierung, weil die Festländer, die das Inselexil immer nur als Zwischenspiel betrachtet hatten, inzwischen entweder das Zeitliche gesegnet hatten oder aber an den Rand des Geschehens abgedrängt worden waren.

Außerdem kam zum ersten Mal nach vier Jahrzehnten wieder Bewegung in die Wiedervereinigungsdiskussion.

## 6.1.1.

#### Präliminarien und Verlauf der Reformen

## 6.1.1.1.

##### Innere und äußere Ursachen des Demokratisierungsprozesses

## 6.1.1.1.1.

##### Die inneren Antriebskräfte der Demokratisierung

Mehrere Bewegungsursachen waren es, die den Demokratisierungsprozeß auf Taiwan in Marsch gesetzt haben. Auf die Gefahr hin, willkürlich einzelne Determinanten überzubetonen, seien hier die Stichworte wachsender Wohlstand, höhere Ausbildung, dichter werdende Massenkommunikation, Urbanisierung und Aufkommen neuer Schichten - also Differenzierung anstelle der alten Einheitlichkeit - sowie Wertewandel genannt.

All diese Aspekte waren Teile eines bereits auf die 60er Jahre zurückgehenden und stets lebendig gebliebenen Modernisierungsprozesses. Der Begriff "Modernisierung" mag in der westli-

chen Soziologie wegen seiner Unschärfe zwar umstritten sein, doch nahm er in der Entwicklungsrhetorik sowohl Taiwans als auch der VR China einen so zentralen Stellenwert ein, daß er schlicht nicht übergangen werden darf. Gemeint war damit ein planmäßig beschleunigter Umbau der traditionellen Agrar- in eine hochentwickelte Industriegesellschaft, die wiederum den Grundstock für jenes "Fuqiang" (Wohlhabenheit und Stärke) abgeben sollte, wie es schon vom traditionellen China angestrebt worden war.

Um dieses Ziel zu erreichen, bedurfte die taiwanische Gesellschaft einer erhöhten Anpassungs- und Steuerungsfähigkeit, eines arbeitsteiligen Industrie- und Dienstleistungswesens und einer umfassenderen Sozialpolitik. Nicht wünschbar, aber in Kauf zu nehmen erschienen den Entscheidungsträgern Bürokratismus und zunehmende Verstärkung, während andererseits Demokratisierung und Pluralisierung als gefährliche - und daher tunlichst zu bekämpfende - Modalitäten des Modernisierungsprozesses galten. Hatte die "aufgeklärte" Wirtschaftspolitik, wie sie bisher "von oben her" gesteuert worden war, etwa nicht zu plausiblen Ergebnissen geführt!? Wozu bedurfte es da noch der Mitbestimmung, die doch am Ende nur Unruhe und Destabilisierung mit sich bringen würde!?

Auch ökologische Rücksichtnahmen erschienen lange Zeit als Luxus und kamen erst spät ins Bewußtsein sowohl der Öffentlichkeit als auch der Regierung.

Gerade in den drei Belangen Demokratisierung, Pluralisierung und Ökologie mußten sowohl die RCh als auch die VRCh schmerzliche Lernprozesse durchlaufen, die beiderseits der Taiwanstraße zu verschiedenen Ergebnissen führten: Während Taiwan dem "Geist der Zeit" seit 1986 nachgab und die Schleusen der Demokratisierungsflut öffnete, suchte die Beijinger Führung das Rad der Geschichte zurückzudrehen und nahm u.a. das Tiananmen-Massaker vom Juni 1989 in Kauf.

Diese unterschiedliche Reaktion war freilich nicht nur durch Ideologie bedingt, sondern hatte auch etwas mit dem Reifezustand der beiden Gesellschaften zu tun, der auf Taiwan wesentlich weiter vorangeschritten war:

Da war *erstens* ein beträchtlicher Wohlstand vorhanden. Der Demokratisierungsprozeß in Taiwan bestätigte die alte Erfahrung, daß Volksherrschaft und Wohlhabenheit Hand in Hand gehen. Das milde Klima wirtschaftlicher Prosperität schafft für sich allein zwar noch keine Partizipationskultur, doch hat andererseits noch nie eine Demokratie auf magerem Boden gedeihen können.

Wenn Taiwan in den achtziger Jahren Bilanz zog, konnte es stolze *Erfolge* vorzeigen: 1989 war die Insel mit ihrem Pro-Kopf-BSP auf Platz 25 der Weltrangliste vorgerückt, nahm unter den Außenhandelsnationen Rang 13 ein und lag mit 6.053 US\$ in Asien nur noch hinter Brunei und Japan sowie zwei der "Vier Kleinen Drachen" zurück, nämlich hinter Hongkong (9.600) und Singapur (8.782), hatte aber andererseits gegenüber Südkorea (4.040) einen beträchtlichen Vorsprung.<sup>1</sup> Außerdem lieferte der 10.Vierjahresplan (1990/93) die ermutigende Prognose, daß das Pro-Kopf-BSP i.J. 1989 die magische Grenze von 10.000 US\$ durchstoße.

Darüber hinaus hatte Taiwan die weltweit höchsten *Devisenbestände* angelegt und war mit einer Sparleistung von real 30,5% des BSP (im Zeitraum 1970-79) "Sparweltmeister" geworden,<sup>2</sup> wobei es Länder wie Japan (26,3%), Griechenland (24,4%), die Schweiz (22,8%), die Niederlande (20,7%), Frankreich (18,8%) und die Bundesrepublik (18,5%) hinter sich gelassen hatte.<sup>3</sup>

Kein Wunder, daß das Land als Kreditnehmer schon bald einen erstklassigen Ruf genoß. Nach einer Einschätzung der weltweit operierenden Geschäftsbanken von Mitte 1989 galten Japan (mit 95 von 100 Punkten), die Schweiz (94), die Bundesrepublik (94) und die USA (90) als die angesehensten und sichersten Schuldnerländer der Welt. Platz 5-10 wurden von den Niederlanden, Großbritannien, Frankreich, Österreich, Schweden und Italien belegt. An 11.Stelle folgte - mit 78 Punkten - bereits Taiwan, das damit sogar Singapur (76), Hongkong (70) und Südkorea (67) abgehängt hatte, von China (63) ganz zu schweigen.<sup>4</sup>

Die rasche Zunahme der Exporte in den 70er Jahren hatte zum Aufbau einer leistungsfähigen Industrie, zur Ar-

## CHINA aktuell

beitsteilung und zu technologischen Verbesserungen geführt. Selbst die zwei Ölkrisen in den 70er Jahren hatten den unaufhaltsamen wirtschaftlichen Aufstieg nicht bremsen können. Gleichzeitig war Arbeitslosigkeit ein Fremdwort geblieben. Auch die Gesundheitsdienste und das Ausbildungswesen hatten einen weit über dem asiatischen Durchschnittsniveau liegenden Standard erreicht.

Sehen lassen konnte sich vor allem die durchschnittliche Lebenserwartung; sie betrug 1987 bei Männern 71, bei Frauen 76 Jahre.

Ein zweites wichtiges Antriebsmoment für die überall aufkommenden Partizipationsforderungen war das hohe *Ausbildungsniveau* der Bevölkerung.

Als Beispiel sei hier eine Statistik aus dem Jahre 1982 herausgegriffen: Damals besuchten 2.202.869, also 99,79% der insgesamt 2.207.472 schulpflichtigen Kinder eine Volksschule. Bis zum Ende der Unteren Mittelschule (Klassen 7-9) hielten 342.117 Schüler durch, von denen wiederum 250.707 (= 23,28%) in die Obere Mittelschule bzw. Berufsfachschule hinüberwechselten. Von den 53.411 Abiturienten konnten 43.266 (81%) die Aufnahmeprüfung für ein Hochschulstudium bestehen. 5.925 Hochschulabsolventen gingen zur Fortsetzung ihres Studiums ins Ausland - die meisten davon in die USA. Zur gleichen Zeit kehrten 1.106 Studenten wieder nach Taiwan zurück. 1982 auch kamen 3.304 ausländische Studenten aus 62 Nationen zum Studium nach Taiwan.<sup>5</sup> Die Rückkehrerquote fiel deshalb so enttäuschend niedrig aus, weil es zu dieser Zeit immer noch schwierig war, eine angemessene Tätigkeit zu finden. Im Durchschnitt standen 1982 6,6 Stellen für einen einzigen Volksschulabgänger offen, 3,6 für einen Mittelschulabgänger, 2,8 für einen Abiturienten, aber nur ein statistischer Ein-Drittel-Arbeitsplatz für einen Hochschulabsolventen.<sup>6</sup> Allerdings begann sich dieses Verhältnis mit dem weiteren industriellen Aufstieg Taiwans schnell zu verbessern (weitere Einzelheiten zu Rückkehrerquote in 6.2.2.2.3.).

*Drittens* hat sich auf Taiwan ein dicht geknüpftes *Massenkommunikationssystem* entwickelt, dessen täglicher Einfluß verändernd wirkt.

1990 gab es auf der Insel drei Fernsehsender (Zhongshi, Huashi, Taishi), sechs Millionen Fernsehapparate und im Durchschnitt 0,95 Farbfernsehgeräte pro Haushalt,<sup>7</sup> ferner 33 Rundfunkanstalten mit 186 Sendestationen und eine der höchsten Leserichten der Welt (Näheres dazu Abschnitt 4.1.6. dieser Serie).

Die Folge der Dauerberieselung durch die neuen Medien waren wachsende Meinungsvielfalt und eine kritischer werdende Opposition. Die Medien waren m.a.W., ähnlich wie in Europa und den USA, zur Vierten Macht - oder im Land der Fünf-Gewalten-Verfassung zur Sechsten Macht geworden.

*Viertens* hatte die *Urbanisierung* inzwischen von weiten Bevölkerungsteilen Taiwans Besitz ergriffen. Die wichtigsten Begleiterscheinungen der "Verstädterung" sind neben der rein quantitativen Zusammenballung großer Menschenmassen die Polarisierung von privater und öffentlicher Sphäre, das Vordringen nichtlandwirtschaftlicher Arbeit, die Trennung von Wohn- und Arbeitsstätte, die Reduzierung der (beisammenlebenden) Verwandtschaft auf eine Zwei-Generationen Kernfamilie, eine zunehmend rationaler werdende Lebenseinstellung, wachsende soziale Mobilität und die Heraufkunft neuer sozialer Schichten, wie es sie in dieser Form in der Tradition nicht gegeben hat.

Wie sehr sich das moderne Taiwan in diesem Sinne gewandelt hat, wird vor allem vor dem Hintergrund des traditionellen Zusammenlebens deutlich:

Verstädterung ist ja eine verhältnismäßig junge Erscheinung in der taiwanesischen Geschichte. Selbst während der japanischen Kolonialzeit spielte sie nur eine geringe Rolle: Taipei z.B. war damals eine Kleinstadt mit nur rund 90.000 Einwohnern, von denen nahezu die Hälfte, nämlich 41%, aus Japanern bestand.

Taiwanesische "Normalität" war auch damals noch das Dorf, das in seinen Grundelementen vielerorts bis heute weiterlebt, und das im Rahmen anthropologischer Feldforschung häufig genug beschrieben worden ist. Als Beispiel sei hier das Kurzporträt eines "typischen kleinen Dorfes in Südtaiwan" namens Xiao Xinying wiedergegeben.<sup>8</sup> Es liegt 22 km vor den Stadtmauern

Tainans in der Jianan-Ebene, stammt, wie der Name Ying (= Militärlager) zeigt, aus der Kolonisationsgeschichte Koxingas und beherbergte 1961 282 Haushalte mit insgesamt 1.991 Einwohnern - pro Haushalt also durchschnittlich 7,1 Personen. Umgeben ist das Dorf von Bambushainen, die seit Jahrhunderten als Schutzwall gegen unwillkommene Gäste gedient haben. Am Ost- und Westende stehen jeweils zwei mächtige Pinien, die als göttliche Wächerbäume verehrt werden. Das Westende des Dorfes wird durch einen daoistischen Tempel abgeschlossen, dessen Hauptfest am 15.Tag des 7.Mondes gefeiert wird, und um den herum sich seit Jahrhunderten das Leben der Gemeinde entfaltet.

Zu Beginn der sechziger Jahre waren die Einwohner des Dorfes noch nach Clangruppen angesiedelt. Die Lis stellten den Löwenanteil von 95 Haushalten (= 33% des gesamten Dorfes) und wohnten im Nordosten des Dorfes, während die Huangs im Süden, die Tangs im Westen, die Lins im Osten und die Wus im Nordwesten ihre Anwesen hatten.

Fast sämtliche Dorfbewohner waren in der Landwirtschaft beschäftigt und bearbeiteten insgesamt 326,4 ha Ackerland, von denen 305,8 ha von den Eigentümern selbst bestellt und 20,6 ha verpachtet wurden. Da somit jeder Haushalt nur durchschnittlich 1,16 ha Ackerland zur Verfügung hatte, konnte niemand ohne einen Nebenerwerb auskommen - meist in Form von Schweine- und Geflügelzucht, von Obst- und Gemüse- sowie von Pharmaziepflanzen-Anbau. Nach der Größe des Ackerlands bestimmte sich nicht nur das soziale Ansehen des Eigentümers, sondern auch der Steuersatz.

Sekundär- und Tertiärberufe waren nur schwach vertreten: Im Zentrum des Dorfes gab es drei Lebensmittel- und drei Friseurläden, eine (traditionelle) Apotheke, einen Getränkeladen und zwei Obstverkaufsstände. Diese Einrichtungen waren beliebte Treffpunkte für die Dörfler - und gleichzeitig eine Art Nachrichtenbörse.

An Industriebetrieben gab es lediglich eine kleine Sojaßoßenfabrik.

Die Ausbildung der Dörfler war 1961 noch recht bescheiden, lag aber andererseits hoch über dem Niveau der Ja-

pan- oder der Qing-Periode. Die meisten der 1.331 Dorfbewohner über dem Schulalter hatten eine Volksschulbildung - 635 an der Zahl (= 47,7%); zweitstärkste Gruppe waren die Analphabeten, die immerhin 550 Personen (= 41,3%) ausmachten, sodann die Besucher Unterer Mittelschulen (105 = 7,9%), Oberer Mittelschulen (3,1%) und schließlich 4 Personen mit Universitätsausbildung. Die 41,3% Analphabeten setzten sich zu 16,3% aus Männern und zu 25% aus Frauen zusammen.

Da der bäuerliche Beruf als wenig erstrebenswert galt, suchten die Dörfler, wo immer möglich, ihren Kindern eine Ausbildung angedeihen zu lassen, die den Einstieg in nichtbäuerliche Berufe ermöglichen konnte.

Heiraten fanden im allgemeinen auf gleicher sozialer Ebene statt. Die Tochter eines armen Bauern mußte also schon über außerordentliche Qualitäten verfügen, wenn sie den Sohn eines wohlhabenderen Mitdörflers ehelichen wollte; normalerweise hatte sie sich entweder an Heiratskandidaten aus den ärmeren Dorfschichten zu halten, oder aber sich mit einem Handwerker, Soldaten oder subalternen Beamten zufriedenzugeben. In den 60er Jahren gab es zwar keine "Tongyangxi", d.h. Kindsbräute mehr, wohl aber war es nach wie vor üblich, Mädchen schon in zartestem Kindesalter der Familie des künftigen Ehemannes zu übergeben.

Ehen wurden fast immer von den Eltern arrangiert, waren für die Brauteltern extrem kostspielig und wurden nur selten geschieden. Zwischen 1945 und 1960 hatte es in Xiao Xinying beispielsweise nur sieben Scheidungsfälle gegeben - darunter vier, die von Frauen beantragt worden waren, deren Ehemänner das Dorf verlassen hatten.

Das Familienoberhaupt und der älteste Sohn waren die beiden wichtigsten Familienmitglieder, da sie gemäß alter Sitte den Auftrag hatten, die Familienlinie fortzusetzen und vor allem die Ahnenopfer darzubringen.

Die Ehepartner stammten in alter Zeit zumeist aus dem Dorf selbst oder zumindest aus dessen allernächster Umgebung. Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte jedoch bereits Mobilität eingesetzt. Zwischen 1945 und 1960 bei-

spielsweise waren nach Xiao Xinying 264 Bräute aus sieben Kreisen und zwölf Städten "importiert" und im Gegenzug 155 "exportiert" worden, wobei sich das Austauschgebiet inzwischen sogar bis nach Mittel- und Nordtaiwan erstreckte.

Als Wunschkinderzahl wurden von nahezu allen Familien zwei Jungen und ein Mädchen genannt, wobei die alte Vorstellung, daß "Jungen allemal besser sind als Mädchen" vorherrschend geblieben war.

Das Xiao Xinying der frühen sechziger Jahre spiegelte m.a.W. eine typisch vorindustrielle Gesellschaft wider, die durch Einheit von Familie und Betrieb, Arbeits- und Lebensraum, fehlende Arbeitsteilung, bäuerlich-handwerkliche Monokultur, geographische Abgeschlossenheit und Beschränkung der Kommunikation auf die Dorfgemeinschaft gekennzeichnet war.

Allerdings waren die Strukturen schon damals in Auflösung begriffen. Vor allem das Pendlertum, der Besuch von Schulen im nahe gelegenen Tainan, der Ausbau der Verkehrswege und der Sog der Großstädte Taibei und Gaoxiong begannen sich kraftvoll bemerkbar zu machen und sorgten dafür, daß schon wenige Jahrzehnte später das taiwanische Durchschnittsdorf ein anderes Gesicht hatte, wobei das Wachstum der Dorfindustrie, der Einfluß des Fernsehens und nicht zuletzt das wachsende Ausbildungsangebot als Antriebskräfte dienten.

Vor allem aber war es das *schnelle Wachstum der Städte*, von dem diese Dynamik ausging:

Am 15. Juli 1989 durchstieß die Bevölkerung Taiwans die 20-Millionen-Marke. Sie hatte sich damit seit 1958, also innerhalb von nur 31 Jahren, verdoppelt.

Angesichts der Enge des Raums wurde die Insel zu einem der weltweit dichtbevölkertsten Gebiete. Sieht man einmal von Stadtstaaten wie Hongkong (5.455 Personen pro qkm i.J. 1987) und Singapur (4.475) ab, so war Taiwan mit 550 Personen pro qkm i.J. 1987 gleich hinter Bangladesch zum zweitdichtest bevölkerten Land der Welt geworden - gefolgt von Südkorea (433), Puerto Rico (362), den Niederlanden (360) und Japan (330); erst mit weitem Abstand folgte ein Land wie die Bundesrepublik (246).<sup>9</sup>

Aus einer behäbigen Ansiedlung mit teilweise noch ländlichem Gepräge wuchs Taibei innerhalb von fünf Jahrzehnten zu einer Großstadt aus und hatte 1987 bereits die 2,6-Millionengrenze überschritten.

Während allerdings in den meisten südostasiatischen Staaten die Metropolen ein Vielfaches an Einwohnern gegenüber der nächstgrößeren Stadt aufweisen (so z.B. Bangkok im Verhältnis zu Chiangmai etwa 30:1 oder Manila zu Davao rd. 9:1), sind auf Taiwan wesentlich "gesündere" Proportionen erhalten geblieben. Die nach Taibei größte Stadt, Gaoxiong, hatte beispielsweise 1987 immerhin die Hälfte der Einwohnerschaft Taibeis, nämlich 1,3 Millionen, Taizhong 715.000, Tainan 657.000 und Jilong 349.000.

Obwohl Taibei, den zentralistischen Traditionen chinesischer Regierungspraxis folgend, die unbestrittene Nummer Eins ist, und zwar nicht nur als politische Metropole, sondern auch als kulturelles Zentrum und als Heimat der meisten Universitäten und Hochschulen, haben sich daneben doch auch andere Zentren erhalten können: In Gaoxiong schlägt z.B. das industrielle Herz des Landes; außerdem befindet sich hier der größte Hafen und das bedeutendste Exportzentrum der Insel; Tainan, die älteste Stadt Taiwans, ist nach wie vor ein landwirtschaftliches und kulturelles Zentrum, Taizhong Hauptumschlagplatz Mitteltaiwans, Sitz einer Exportverarbeitungszone und touristisch viel besuchtes Eingangstor zur Hochgebirgswelt. Jilong, eine der regenreichsten Städte der Welt, besitzt den zweitgrößten Hafen Taiwans und war lange Zeit auch das Zentrum des Kohlebergbaus.

Im Gegensatz zu den meisten Metropolen Südasiens hat in den Städten Taiwans eine echte Urbanisierung stattgefunden, d.h. die Städte konnten kraft ihrer Industrialisierung sowie ihres hochentwickelten Tertiärsektors die Zuwanderer eingliedern und sie sowohl infrastrukturell als auch erzieherisch versorgen.<sup>10</sup> Trotz allen Wachstums entwickelten sich Städte wie Taibei und Gaoxiong nicht zu Riesenslums mit ein paar Wolkenkratzern dazwischen und nicht zu einer Mischung von Gigantismus und Elend, sondern zu einer soliden Stadt, deren Rhythmus zwar jahrelang von einem

Bauchaos ohnegleichen gekennzeichnet war, die aber andererseits nahezu all ihren Einwohnern und Zuwanderern Arbeit verschaffen und Unterkunft gewähren konnte. Keine Rede also von Pseudourbanisierung! Ursächlich für diese integrative Kraft waren nicht zuletzt die zahllosen Hinterhofbetriebe, die für Taiwan typisch, und die das Ergebnis einer spezifischen chinesischen Wirtschaftsmoralität sind, die arbeitsintensiven Teilprozessen allemal den Vorzug einräumt.<sup>11</sup>

Anders als in Südostasien oder in Lateinamerika entfalteten sich sogar an den Stadträndern, die zumeist das Ziel ländlicher Zuwanderer sind, dicht miteinander verwobene Kleinindustrie- und -kommerzbetriebe, die sich oft mit minimalen Geschäftsgewinnen begnügten, außerordentlich arbeitswillig und extrem arbeitsteilig aufeinander abgestimmt waren. Der Zehn- oder Zwölfstundentag war hier eher die Regel als die Ausnahme. Notfalls arbeitete man, wenn die Auftragslage es erforderte, auch einmal eine ganze Nacht durch. Lediglich an Chinesisch-Neujahr oder an anderen Hauptfeiertagen, wie dem Qingming (Allerseelen) oder dem "Mittherbstfest" gönnte man sich einige arbeitsfreie Stunden. Arbeitszeitregelungen oder Arbeitskämpfe mit dem Ziel tariflicher Abmachungen hätten hier keinen Ansatzpunkt gefunden.

Nirgends auf der Welt auch gab es in den 60er und 70er Jahren so viele Baustellen und eine so staubige Luft! Allein zwischen 1976 und 1980 verdoppelte sich das Raumvolumen Taipeis in den Bereichen des Büro-, Hotel- und Wohnungsbau. Zehnstöckige Häuser wuchsen direkt aus den Wiesen heraus, während die dazwischen liegenden Lücken von Behelfsbauten ausgefüllt blieben, wie sie in Taipei bis in die 60er Jahre hinein für ganze Stadtteile charakteristisch gewesen waren.

In der Soziologie besteht ein Streit darüber, ob die Urbanisierung generell mehr durch das natürliche Wachstum der Stadtbevölkerung selbst oder aber eher durch Zuwanderung von außen in Bewegung kommt.

Der Fall Taiwans, vor allem die rapide Verstädterung im Zeitraum zwischen 1953 und 1985, spricht deutlich für die zweite Alternative.<sup>12</sup> Über die Hälfte des taipeier Bevölkerungszuwachses im Zeitraum zwischen 1968 und 1973

beispielsweise rekrutierte sich aus Zugütlern und weitere 30% aus dem Nachwuchs von Zuwanderern. Die Alt-taipeier Bevölkerung dagegen vermehrte sich im gleichen Zeitraum lediglich um 18%. Erst Ende der 70er Jahre begann der Zustrom vom Lande langsam zu versiegen. Nunmehr ließen sich die Zuwanderer vor allem an der Peripherie der Stadt nieder.<sup>13</sup>

Für Taipei läßt sich ferner eindeutig nachweisen, daß die Zuwanderung mehr durch "Pull"- als durch "Push"-Faktoren ausgelöst wurde, und daß die Neubürger deshalb kaum Probleme hatten, sich ins städtische Leben einzugliedern.<sup>14</sup> Nicht selten bezogen die Zuwanderer schon bald auch ein höheres Einkommen als die Alteingesessenen<sup>15</sup> - eine Folge ihrer höheren Arbeitsbereitschaft.

Trotz solcher Eingliederungserfolge gab es aber auch einige dunkle Flecken:

Da war einmal ein West-Ost-Gefälle, das topographisch bedingt ist: Während alle fünf Großstädte in der fruchtbaren westlichen Ebene liegen, gibt es an der steilen Ostküste nur drei Ansiedlungen städtischen Charakters, nämlich Yilan, Hualian und Taidong, in denen Ende der 80er Jahre lediglich ein Zwanzigstel der Einwohner Taiwans lebte, und die auch wirtschaftstechnologisch den westlichen Städten nicht das Wasser reichen konnten. So war es denn auch kein Zufall, daß der neue Staatspräsident Li Denghui die Entwicklung der Ostküste zu einem der vorrangigen Ziele seiner Amtszeit erklärte.

Zum anderen gab es Flächen-Disproportionen zwischen den 16 Kreisen der Provinz Taiwan, die ebenfalls topographisch verursacht waren. Während der Kreis Hualian z.B. 4.628 qkm umfaßt, sind es bei den Pescadores nur 127 qkm. Sechs Kreise haben mehr als eine Million Einwohner, andere liegen weit darunter. (Zur Kreiseinteilung s. Karte 21)

Mit seiner Urbanisierungspolitik könnte Taiwan der Dritten Welt Modell stehen. Die im Vergleich zu anderen Entwicklungsländern maßvolle Landflucht hing in allererster Linie mit der Landreform zusammen, die für lebensfähige Dörfer gesorgt hat, zum zweiten aber auch mit leistungsfähigen

Verkehrsverbindungen der Dörfer an die industriellen Zentren, nicht zuletzt aber auch mit der von der Regierung geförderten ländlichen Industrialisierung.<sup>16</sup> Allerdings darf nicht vergessen werden, daß es auf dem geographisch so kleinräumigen Taiwan von vornherein kurze Wege zwischen Dörfern und Städten gab, die das Pendelertum begünstigten und nicht, wie in großen Flächenländern, schon gleich wieder einen Umzug erforderlich machten. Dieser Vorteil ging freilich durch eine um so stärkere Umweltverschmutzungsgefahr z.T. wieder verloren.

In den so explosionsartig gewachsenen Städten Taiwans begannen schon früh "moderne" Phänomene aufzutauchen, vor allem die Segmentierung der Gesellschaft, die zur Herauslösung einzelner Personengruppen aus gewachsenen Gemeinschaften führte. Während das traditionelle Dorf in Taiwan - man denke an das oben beschriebene Xiao Xinying - noch ganz im Banne der Clangesellschaft gestanden hatte, wo jeder seinen präzisen Stellenwert hatte, begannen mit zunehmender Industrialisierung und mit dem schnellen Wachstum des Tertiärsektors die für moderne Gesellschaften charakteristischen Absonderungs- und Vereinsamungsprobleme.

Über die soziale Isolierung der typischen "Mittelklasse-Frau" sind unten noch Einzelheiten zu bringen.

Im vorliegenden Zusammenhang interessiert vor allem das Alten-Problem, das als solches in der traditionellen Gesellschaft nicht existiert hatte, da sich dort die erwachsenen Kinder um ihre Eltern zu kümmern pflegten. Dieser vom Konfuzianismus geheiligte Familienzusammenhang, der sein Ideal - und sein Klischee - in der "Dreigenerationenfamilie" fand, begann sich in der modernen Industriegesellschaft zu verflüchtigen.

In erster Linie waren davon Tausende von Kriegsveteranen betroffen, die seit vier Jahrzehnten getrennt von ihren festländischen Familien auf Taiwan lebten. Aber auch "einheimische" Alte fanden in den immer kleiner und teurer werdenden städtischen Wohnungen ihrer Kinder kaum noch Platz. Das dadurch entstehende Versorgungsproblem traf Taiwan im ungünstigsten Augenblick; denn an den Bau von Altersheimen hatte bisher kaum jemand

Karte 21: Verwaltungseinteilung auf Taiwan



Legende:

- - - - = Grenzen der 16 Kreise (xian)
- = Kreishauptstädte (gleichnamig mit dem jeweiligen Kreis)
- = Größere Städte
- ① = Jilong 基隆
- ② = Taibei 台北
- ③ = Taizhong 台中
- ④ = Tainan 台南
- ⑤ = Gaoxiong 高雄
- ▲ = Yangmingshan
- Verwaltungszone

gedacht, da man sich immer noch auf die bergende Kraft der chinesischen Familientradition - und damit auf die Selbsthilfe - verlassen hatte.

Gesellschaftliche Beziehungslosigkeit und Anonymität begünstigten auch eine schnell wachsende Kriminalität:

Anfang 1982 gab der Oberbürgermeister von Taibei bekannt, daß seine Stadt nach den vorliegenden Kriminalstatistiken in der Verbrechenshäufigkeit inzwischen weltweit an die 7. Stelle gerückt sei.<sup>17</sup> Am häufigsten seien Diebstahlsdelikte. Wegen ständiger Einbruchgefahr wagten viele Frauen tagsüber ihre Häuser nicht zu verlassen.<sup>18</sup> Besonders zugenommen hätten Banküberfälle.<sup>19</sup>

Ein Delikt, das in dem so familien- und kinderfreundlichen Taiwan besondere Empörung auslöste, war der "Baby-Export", den einige Kriminelle schwunghaft betrieben, wobei sie auch vor Menschenraub nicht zurückschreckten. Pro Adoptionsfall kassierten sie aus Europa oder Nordamerika 4.000-5.000 US\$.<sup>20</sup>

*Fünftens* waren es *neue soziale Schichten*, die frischen Wind in die politische Szene brachten.

Im alten China gab es lediglich vier Stände, nämlich das Literaten-Beamtentum, die Bauernschaft, die Handwerker und die Kaufleute. Dies war eine Einteilung, die nicht nur der *petitio principii* des Mandarins entsprach, sondern zu der die Entwicklung im Zeichen einer agrar-feudalistischen Gesellschaftsordnung letztlich auch immer wieder zurückkehrte, selbst wenn es zwischenzeitlich Verschiebungen gab.

Diese starre Einteilung war zwar in dem von peripheren Bevölkerungsschichten erschlossenen Inselgebiet von Taiwan nie so strikt verwirklicht worden wie beispielsweise im konservativen Nordchina; doch hatte sie sich hier immerhin ansatzweise verfestigen können, zumindest in der späten Qing-Zeit.

Was von diesen historischen Resten noch übriggeblieben war, wurde im Zeichen des schnellen Wachstums der Finanz- und Dienstleistungssektoren spätestens während der 60er und 70er Jahre überlagert oder verdrängt. Es

entstand eine neue kraftvolle Mittelschicht, zu der, wenn man einmal die objektiven Merkmale der Berufszugehörigkeit, des Einkommens und des Bildungsstands anlegt, die Eigentümer kleiner und mittlerer Unternehmen, die Betriebsleiter mittlerer und großer Firmen sowie Staatsbeamte und Universitätsprofessoren gehörten, und der sich, wenn man außerdem Fachwissen und technische Fertigkeiten als Zugehörigkeitskriterien anerkennt, auch Angestellte von Privatunternehmen, Facharbeiter, Offiziere, mittlere Beamte und Lehrer hinzurechnen ließen.

Daneben entstand noch eine Oberschicht, deren Zugehörigkeitsmerkmale sich eher nach subjektiven Kriterien bestimmten, sei es nun nach gesellschaftlichem Ansehen oder aber nach dem Ausmaß der Selbsteinschätzung: man denke an Inhaber und Manager großer Firmen, an Spitzenpolitiker oder ganz allgemein an Personen, die sich durch ihr gesellschaftliches Beziehungsnetz, durch die Exklusivität ihrer Behausung, durch Autos der Oberklasse (besonders beliebt die Mercedes-S-Klasse) oder ganz einfach dadurch aus der Menge hervorzutun suchten, daß sie für ein Pavarotti-Konzert 770 US\$<sup>21</sup> oder für eine Flasche Whisky 400 US\$ auf den Tisch blätterten. Ein Angehöriger des alten Mandarins hätte sicher die Nase gerümpft, wäre er gewissen Vertretern dieser modernen Oberschicht begegnet, doch hätte er andererseits nicht mit deren Dynamik konkurrieren können - und vermutlich auch nicht wollen.

Im großen und ganzen waren es die Repräsentanten der neuen Mittelschicht, die auf Taiwan immer mehr den Ton bestimmten. Anders als in Japan und in Korea, wo in Form der Sogo Soshas und der Chaebol nur eine winzige Zahl von Superunternehmen das wirtschaftliche Geschehen bestimmt, waren es auf Taiwan die vielen tausend Klein- und Mittelunternehmen, die sich zunehmend in den Vordergrund schoben und schon bald für Wohl und Wehe der Inselwirtschaft maßgebend wurden.

Diese Entwicklung hing mit der bemerkenswerten "Laoban-Gesinnung" zusammen, die ein Hauptbestandteil des taiwanesischen Wertesystems ist, und die den Angestellten von Großfirmen oder von Regierungsmännern dazu veranlaßt, nach Vollendung der

Lehrzeit sogleich seinen *eigenen* Betrieb zu eröffnen und so sein eigener Herr, also ein "Laoban" ("Boss") zu werden. Während in Japan (oder Südkorea) der "Salaryman" und die "Anstellung auf Lebenszeit" zu festen Bestandteilen der modernen Arbeitsphilosophie geworden sind, und während es in diesen Ländern nach wie vor als ungebührlich - weil illoyal - gilt, in Konkurrenz zum früheren Arbeitgeber zu treten, hat sich in Taiwan eine ziemlich ungenierte Personalabwanderungsgesinnung entwickeln können. Diese Tendenz begann sich seit Aufhebung des Verbots von Privatbanken i.J. 1990 noch zu verstärken. Der private Sektor wurde dadurch noch mehr zum Gewinner, während der öffentliche Sektor abermals einen Schritt zurücktrat.

Im krassen Gegensatz zu diesen schnellen Veränderungen des objektiven Gesellschaftsgefüges blieb die subjektive Einstellung stark traditionsverhaftet. So konnte sich z.B. weder ein neues Klassenbewußtsein ("Klasse für sich") noch ein Mittelschichtenbewußtsein im Sinne eines "Wir"-Gefühls herausentwickeln. Bezeichnenderweise konnten sich, von einigen Fremdimporten wie Lion's Club, Rotary etc. abgesehen, kaum horizontal gegliederte Sozial- und Berufsvereinigungen herausbilden, während andererseits Gruppen mit vertikalen Gliederungen wie eh und je beliebt - und vorherrschend waren. Wenn sich andererseits zahllose neue Genossenschaften als lebensfähig erwiesen, so war dies lediglich ein Beweis dafür, daß im innerdörflichen Bereich traditionelle Strukturen noch "heil" waren und sich für moderne Zwecke instrumentalisieren ließen. Auch Gewerkschaften funktionierten überall dort, wo Guanxi vorhanden waren, d.h. ein Netzwerk persönlicher Bekanntschaften, die dafür sorgten, daß Konflikte harmonisch gelöst wurden. Die Betriebsgewerkschaft im Klein- oder Mittelunternehmen entwickelte sich auf diese Weise zur modernen Variante des traditionellen Vertikalisierungsschemas.

So kam es, daß die taiwanesischen Gesellschaft nach wie vor höchst zellulär, d.h. nach überschaubaren Personengruppen aufgegliedert blieb, die in sich jeweils hierarchisch aufgebaut waren und sich sogar selbst als "Fraktionen" (*pai*) bezeichneten, wobei solche "Fraktionen" entweder familiär oder aber landsmannschaftlich bestimmt

sein konnten: So entwickelten sich es beispielsweise in den ansonsten immer anonymen werdenden Großstädten wie Taibei oder Gaoxiong "Jiayi"- oder "Zhanghua"-Fraktionen, der sich die "Landsleute" aus diesen Herkunftsorten gerne anschlossen und in denen sie sich sozial zu Hause fühlten.<sup>22</sup> Diese Fraktionierung machte nicht einmal vor den drei überkommenen politischen Parteien Halt, so daß es dort immer häufiger zu Friktionen zwischen neuen sachlichen Forderungen und alten personellen Bindungen kam: Sachzwänge und Loyalitätsbindungen gerieten hier häufig miteinander in Konflikt.

Die GMD hatte diese Gefahr seit langem erkannt und versucht, innerhalb ihres Mammutapparats die verschiedensten Gruppierungen, seien es nun Bauern, Gewerkschaften, Journalisten oder Intellektuelle, immer wieder "einzufangen" und sie in einem "gemeinsamen Haus" unterzubringen, sei es nun mit Hilfe autoritärer Maßnahmen oder aber durch Klientelisierung mittels materieller und immaterieller Anreize oder ganz einfach durch bloße Eingliederung in den Parteiapparat. Kein Wunder, daß die Zahl der Parteimitglieder zeitweise bis zu 20% der gesamten erwachsenen Bevölkerung erreichte. Darunter befanden sich freilich auch viele Karteileichen; blieb doch die GMD-Mitgliedschaft häufig reine Formsache. Letztlich waren es lediglich zwei Kerngruppen, denen an der Solidarisierung mit der GMD und damit auch an der Erhaltung des Status quo wirklich gelegen war, nämlich den Beamten, die feste Anstellungen bei der Zentrale (sei es nun in Behörden oder beim Militär) hatten, und den älteren Festländern, die vorrangig an einer "Rückkehr" interessiert blieben.

Anderen Angehörigen der Mittelschicht aber lagen Wünsche am Herzen, denen die GMD verständnislos oder aber strikt ablehnend gegenüberstand, vor allem das Verlangen nach "Taiwanisierung" sowohl der politischen Strukturen als auch der außenpolitischen Position des Inselstaats. Anders als die Großunternehmer, die im Falle einer politischen Gefährdung Taiwans ihr Kapital schnell ins Ausland schaffen konnten, wollten die Klein- und Mittelunternehmer sicher sein, daß kein Ausverkauf ihrer Interessen stattfand, daß also z.B. die GMD in Verfolgung ihrer Wiedervereinigungsvorstellungen die Insel nicht ei-

nes Tages an das Festland auslieferte. Vor allem nach 1971, als Taiwans Schicksal nur noch an einem seidenen Faden zu hängen schien, erhielten solche Eigeninteressen verstärktes Gewicht.

Die Schaffung eigener Artikulationsorgane (Zeitungen, Kammern etc.) und die Gründung von Alternativparteien lag unter diesen Umständen seit Mitte der 70er Jahre in der Luft. Da jedoch formelle Oppositionsparteien nach wie vor verboten blieben, schuf sich der Elan vital Institutionen eigener Art und Organisationen "außerhalb der Partei" (d.h. der GMD), die konsequenterweise auch den Namen "Dangwai" (dies ist die wörtliche Übersetzung von "außerhalb der Partei") entwickelten.

Die Dangwai-Bewegung brach mit elementarer Wucht hervor und trug mit dazu bei, daß das Parteienverbot, die Zeitungszensur und die Privilegien der GMD immer mehr hinterfragt - und am Ende aufgehoben wurden. Außerdem gelang es der Dangwai, eine Bürgerinitiative nach der anderen ins Leben zu rufen.

Erst recht brachte die Gründung neuer Parteien seit 1987 Leben in den Demokratisierungsprozeß. Nunmehr wurden ganz ungeniert Fragen aufgeworfen, die bisher als tabu gegolten hatten, und mit aller Leidenschaft nach ihrem Für und Wider untersucht. Auf diese Weise entstand eine neue Öffentlichkeit, die wiederum das demokratische Potential anwachsen ließ.

Ein *sechstes* Element, das zur Herausbildung einer neuen Partizipationskultur beitrug, war der *Wertewandel* in der taiwanesischen Gesellschaft.

Im Schmelztiegel der modernen Industriegesellschaft begannen sich normative Vorstellungen, die im Zeichen des Konfuzianismus jahrhundertlang uneingeschränkte Geltung besessen hatten, mit ganz anders gearteten Regeln westlicher Provenienz zu vermengen - und dabei an Einfluß zu verlieren.

Was die Einstellung des einzelnen zur Gesamtgesellschaft anbelangt, so war die konfuzianische Ordnung z.B. durch Einordnung des Individuums in die Gemeinschaft, durch Gehorsam gegenüber Vorgesetzten, Älteren und Männern, durch einen konservativen

Respekt für Stabilität und Herkommen, durch Bejahung klarer Hierarchien sowie durch das Vorherrschen von Guanxi (= persönliche Beziehungen) gekennzeichnet, während andererseits die Industriegesellschaft eher Individualismus und Selbstbehauptung, Ablehnung von Autorität, Traditionsdistanz, Konfliktbereitschaft, Gleichheitsvorstellungen und "Sachlichkeit" (im ursprünglichen Sinne des Wortes) verlangte.

Ferner hatte in der alten Gesellschaft die Vergangenheit (vor allem die konfuzianische Tradition) die Verhaltensmaßstäbe geliefert, während die Kategorie der Zukunft so gut wie unentdeckt geblieben war. Geschichte galt als ewige Wiederkehr des Gleichen. Die "Vergangenheit" wurde durch fromme Beachtung überlieferter Sittenregeln und durch Ahnenverehrung geheiligt. Kinder galten als Stammhalter und als Garanten für die Fortsetzung der Clanlinie und des Ahnenkults.

Je mehr sich Taiwan aber industrialisierte, um so mehr hielten rationales Denken, Zukunftsplanung und die Idee des "Fortschritts" Einzug. Die ewige Wiederkehr des Gleichen wurde nunmehr spontan abgelehnt; man bejahte statt dessen den Wandel und stellte Erwartungen an die Zukunft. Der einzelne begann sich als Schmied seines Glücks zu fühlen, empfand Abhängigkeiten als lästig und wußte mit Ahnenverehrung kaum noch etwas anzufangen, obgleich er andererseits das schöne alte Ritual, vor allem an Mondneujahr, nicht missen wollte - ähnlich wie ein modernes westliches Ehepaar, das zwar nie zur Kirche geht, gleichwohl aber kirchlich getraut sein möchte.

Der Zusammenprall verschiedener Wertvorstellungen führte nicht nur zu Konflikten zwischen den Generationen, sondern auch zu Brüchen und Verwerfungen im individuellen Selbstverständnis, denen auch die Kulturerneuerungsbewegung der 60er Jahre nicht abhelfen konnte - im Gegenteil.

Gleichzeitig konnte die taiwanesischen Gesellschaft jedoch von Glück reden, daß die wirtschaftlichen Traditionen von diesen Verwerfungen kaum berührt wurden; ging doch "der" Chinese mit einer Werteausrüstung ins industrielle Rennen, wie sie kaum wirtschaftsadäquater hätte sein können.



Ein Vergleich mit hinduistischen oder malayo-islamischen Traditionen zeigt auf Anhieb, wie viel besser die Angehörigen der nachkonfuzianischen Welt dastehen.<sup>23</sup> Einzelheiten zu diesem Fragenbereich sind unter dem Stichwort "Metakonfuzianismus" in einem späteren Abschnitt zu referieren.

Hier sei noch auf einige besondere Aspekte des Wertewandels hingewiesen, wie sie sich vor allem in dem für das chinesische Verständnis so zentralen Bereich von *Ehe und Familie* vollzogen haben und an denen deutlich wird, wie sehr sich die taiwanesishe Gesellschaft innerhalb von nur vier Jahrzehnten "liberalisiert" und wie weit sie sich von der Vergangenheit bereits "emanzipiert" hat.

Wie sich die Einstellung taiwanesischer Jugendlicher gegenüber Liebes-, Ehe- und Familienfragen verändert hat, wurde von einem Missionar, Albert R.O'Hara, in einer zwei Jahrzehnte überspannenden Längsschnittuntersuchung an vier zeitlichen Eckpunkten geprüft, nämlich 1956, 1966, 1971 und 1973, wobei durchwegs Hochschulstudenten als Informanten dienten.

Hatten sich die Befragten 1956 lediglich zu 87% dafür ausgesprochen, den künftigen Ehegatten selbst aussuchen zu wollen, so waren es 1966 94% und 1973 bereits 100%. 1956 und 1966 hatten sich ferner 100% aller Informanten gegen voreheliche Sexualerfahrungen ausgesprochen, 1973 waren es nur noch 45%. Im Hinblick auf die Größe der "Idealfamilie" hatten 1956 die meisten für vier Kinder, 1966 für drei und 1973 für nur noch zwei Kinder plädiert. Was schließlich das (in der Vergangenheit noch so selbstverständliche) dauernde Zusammenleben von Eltern und Kindern anbelangt, so hatten sich 1956 noch 41% dafür ausgesprochen, 1966 waren es dagegen nur noch 20% und 1973 gar nur 8%.<sup>24</sup>

Auch mit der "sanften Unterwerfung" der Frau unter den Willen des Mannes war es nicht mehr weit her. Umfragen unter den Frauen Taibeis i.J. 1990 zeigten, daß sich die jüngeren Bewohnerinnen dieser Großstadt kaum noch von gleichaltrigen Frauen westlicher Industrieländer unterschieden - um so mehr dagegen von ihren Großmüttern.<sup>25</sup> Der Einstellungswandel zeigte sich auf dramatische Weise auch in der zunehmenden Zahl von Ehescheidungen.

Die Scheidungsrate auf Taiwan hat im kurzen Zeitraum von 1976 bis 1990 den weltweit höchsten Zuwachs erreicht. Die Zahl der Geschiedenen stieg von 0,36 per 1000 Ehepaaren i.J. 1968/69<sup>26</sup> auf 1,3 p.m. i.J. 1976 und auf 5,5 p.m. i.J. 1990. Lag das statistische Scheidungsalter früher bei 33 Jahren, so war es jetzt in die mittzwanziger Jahre "gerutscht". In 95% aller Fälle waren es männliche Seitensprünge, die von den Frauen früher als sozusagen naturgegeben hingenommen worden waren, die jetzt aber offensichtlich als so kränkend empfunden wurden, daß die selbstbewußt gewordene Durchschnittsstädterin die Kränkung nicht länger hinnehmen wollte - und dies, obwohl Alimente- und Unterhaltsregelungen in Taiwan immer noch höchst rückständig waren, die Frau also mit beträchtlichen Einbußen an sozialem Stellenwert rechnen mußte.

Angesichts dieser Entwicklung sprachen die einen von einem "Bankrott der Familienmoral auf Taiwan", während die anderen eher eine zunehmende "Offenheit und Demokratisierung des Familienlebens" registrierten.<sup>27</sup> Ganz gewiß aber hatten sich die "gesellschaftlichen Maßstäbe gegenüber der Ehe" verschoben.<sup>28</sup>

Die männerbestimmte Gesellschaft Taiwans reagierte auf feministische Bewegungen mit konservativen Überbau-Strategien, indem sie - bewußt oder unbewußt - über Film, Presse, Funk und Fernsehen das verklärte Bild einer tugendhaften Hausfrau und Mutter verbreiten ließ, das an die alten konfuzianischen Vorbilder erinnerte.

Adressaten dieser Vorstellung waren vor allem die Frauen der neuentstandenen "Mittelklasse". Während Bauern- und Kleinhändlerfrauen auf den Dörfern oder in den städtischen Nachbarschaften wie eh und je in den Familienbetrieben mitarbeiten mußten und damit in die Gesellschaft eingebettet blieben, gingen die Ehefrauen von Beamten, Soldaten, Wissenschaftlern und Angestellten selten einem Beruf nach und hatten überdies häufig Umzüge durchzuführen, so daß sie immer wieder aus ihrem gesellschaftlichem Bezugskreis herausgerissen wurden.

Vor ihrer Hochzeit sahen sich diese Frauen zwar aufgefordert, einen Beruf zu ergreifen (weshalb z.B. i.J. 1984 immerhin bereits 42% aller Frauen be-

rufstätig waren<sup>29</sup>), doch mit Gründung der Familie und vor allem mit Ankunft des ersten Kindes galt es als nahezu selbstverständlich, daß sie sich ins Haus zurückzog und nur noch für die Familie da war.

Feministische Beobachter der Szene beklagten einen "Rückzug", ja eine Kapitulation des Feminismus auf Taiwan.<sup>30</sup> Habe sich die Durchschnittsbewohnerin zu Beginn des Jahrhunderts angesichts des Frauenmangels auf der Insel in einer noch durchaus starken Position befunden, so habe sie sich in den 60er und 70er Jahren wieder zurück "ins Heim" locken lassen. Die "Respektabilität" einer Familie hänge inzwischen nur noch von der Stellung und von dem Einkommen des Ehemanns ab. Für die Frau sei entscheidender, was sie *nicht* tue, als was sie tue. Der neue Mittelklassekodex gebiete es ihr, nicht außerhalb der Familie zu arbeiten.

Zu den konfuzianischen Idealvorstellungen hatte es gehört, daß die Frau "im Haus", der Mann aber "außerhalb des Hauses" tätig war. Paradoxierte wurde diese alte Vorstellung in *dem* Maße wiederbelebt, als Taiwan sich industriell zu modernisieren begann. Schon in den 70er Jahren war die Mittelklassefamilie auf einen Kernbestand zusammengeschrumpft, der aus den Eltern, den unverheirateten Kindern und zumeist noch einer Großmutter - sei es nun der Mutter der Frau oder der Schwiegermutter - bestand, welch letztere angesichts des rasch abnehmenden Arbeitskräfteangebots häufig die Rolle einer Hausgehilfin ihrer Tochter oder Schwiegertochter übernahm. Selten waren die Ehemänner bereit, im Haushalt mitzuhelfen, und selten auch nahmen sie die Ehefrau zu gesellschaftlichen Veranstaltungen oder auch nur zu Treffen mit Arbeitskollegen mit - auch dies ein Echo der streng "separatistischen" konfuzianischen Familienmoral.

Die "Mittelklassefrau" geriet damit in zunehmende soziale Isolation und war am Ende nur noch mit zwei Aufgaben betraut, nämlich der Erledigung der Hausarbeiten, vor allem aber mit dem Nachhilfeunterricht für die Kinder, der angesichts des mörderischen Auslesewettbewerbs zur *conditio sine qua non* für das Vorankommen in der Schule geworden war. Mit Nachbarn gab es zumeist nur "Grüß- oder Zunicke-Be-

kanntschaften". Der vielen chinesischen Häusern vorgebaute und mit Mauern begrenzte Vorhof wirkte sich zusätzlich als soziale Mauer aus.

Frauen, die erwartet hatten, daß sie für dieses Isolationsopfer wenigstens durch erhöhte emotionale Zuwendung des Ehemanns entschädigt würden, sahen sich im allgemeinen schnell enttäuscht. Zwar war in den Filmen und bunten Blättern viel von Liebe und Romantik die Rede, in der täglichen Wirklichkeit aber galt es, wie schon in der Tradition, als nach wie vor unschicklich, sich Zärtlichkeiten zu erweisen; dies gar in der Öffentlichkeit zu tun, hätte den Ehemann unweigerlich der Lächerlichkeit preisgegeben. War diese "Distanz" des Ehemanns in der traditionellen Gesellschaft noch dadurch kompensiert worden, daß die Ehefrau wenigstens im Umgang mit Verwandten und Nachbarn erhöhte emotionale Befriedigung finden konnte, so war in der städtischen Isolierung auch dieses Trostpflaster abhanden gekommen.

Kein Wunder, daß Feldforscher, die diesem sozialen Problem nachgingen, immer wieder auf Unzufriedenheit und Frustration stießen.<sup>31</sup>

So kam es, daß die meisten dieser Frauen schon bald Widerwillen gegen den Status quo empfanden. Umfragen zeigten, daß 60% am liebsten wieder ins Berufsleben eingestiegen wären, und daß nur 24% mit ihrem Leben als Hausfrau zufrieden waren. Nur noch die wenigsten glaubten, daß Familie und Kinder alles sind, was sie vom Leben erwarten konnten. Über 60% hielten es für wünschenswert, daß die Ehemänner wenigstens die Hälfte der Hausarbeit mitübernahmen und sich außerdem an der Erziehung der Kinder beteiligten. In der Praxis allerdings wurden 80% aller Hausarbeit nach wie vor ausschließlich von Frauen erledigt. Vom "idealen Mann" erhofft sich die moderne Taiwanerin, Umfragen zufolge, Verständnis und Partnerschaft, kaum noch Schutz und Anleitung. Demgegenüber erwarten 30% der Männer von einer "Idealfrau" traditionelles Verhalten, u.a. auch ehelichen Gehorsam.<sup>32</sup>

Welches Entrinnen gibt es aus der häuslichen Isolierung und aus der Männergesellschaft? Mehrere Möglichkeiten deuteten sich an: Viele

Frauen beispielsweise schlossen sich christlichen Sekten an - und zwar nicht deshalb, weil ihnen nach frommen Werken zumute war, sondern weil sie dort Gleichgesinnte treffen und sich mit diesen in soziale Prozesse einschalten konnten, sei es nun für den Umweltschutz, für die Betreuung Obdachloser oder für andere soziale Zwecke.

Daneben schufen sich viele Frauen auch in den neuen politischen Bewegungen, Bürgerinitiativen und Parteien ein Ventil. Immer lauter wurden in diesem Zusammenhang Forderungen nach stärkerer Frauenbeteiligung. Zwar besteht nach der Verfassung Gleichheit zwischen Mann und Frau; dementsprechend sichert eine Quotenregelung den Frauen Parlamentssitze und Positionen in Regierungsämtern sowie in der Armee. Sechs Frauen waren beispielsweise 1987 Richterinnen am Obersten Gerichtshof, 41 im Legislativ Yuan, 15 im Kontroll Yuan, 162 in der Nationalversammlung und 155 in den Volksvertretungsorganen der Provinz-, Kreis- und Stadtebene. Im Kabinett bekleidete eine Frau das Finanzministerium.<sup>33</sup> Doch wurde diese Beteiligung zumeist nur als Tropfen auf den heißen Stein empfunden. Da half es auch nichts, daß die Behörden immer wieder darauf hinwiesen, daß von 1,5 Millionen öffentlichen Bediensteten d.J. 1986 immerhin 490.000 Frauen waren; sogleich nämlich hieß es im Gegenzug, daß sie zumeist nur subalterne Posten bekleideten: nur drei stünden im Rang von Staatssekretären und 168 im Rang von Ministerialräten; demgegenüber arbeiteten 82.000 als Lehrer, 42.000 im Zolldienst, 13.000 bei Banken, 12.000 im öffentlichen Transportwesen und 3.900 in staatlichen Unternehmen<sup>34</sup> - hier gab es noch viel Nachholbedarf - und entsprechend zornig waren die politischen Forderungen, die vor allem von den neuentstandenen Oppositionsgruppen und -parteien vorgetragen wurden.

#### 6.1.1.1.2.

**Äußere Anlässe für den Reformprozeß**  
Zu Beginn der 80er Jahre trafen mehrere Entwicklungen zusammen, die in ihrer Synergie Denk- und Handlungsanstöße auslösten.

Da war erstens ein Rückfall in konservative Lethargie, der den seit langem latenten Widerspruch zwischen lebendiger Wirtschaft und stagnierender Politik nun auch nach außen hin beson-

ders deutlich werden ließ. Nach Jahren des wirtschaftlichen Aufbruchs und der gesellschaftlichen "Modernisierung" hatte der XII. Parteitag der GMD (12.3.-15.4.1981) einen erneuten - und deprimierenden - Stillstand herbeigeführt: Die außenpolitischen Niederlagen, die Isolation Taiwans nach dem "Carter-Coup", aber auch der Zwischenfall von Zhongli und die Meili-dao-Affäre hatten die alte Garde in ihrem starren Nein sowohl gegenüber politischen Reformen als auch gegenüber den Angeboten Beijings noch mehr als bisher bestärkt. Der XII. Parteitag wurde so zum Ausdruck eines "Bis hierher und nicht weiter!"<sup>35</sup>

Jiang Jinguo fühlte sich in diesem Milieu, vor allem aber in der Rolle eines Bremsers offensichtlich nicht mehr wohl. Spätestens beim XII. Parteitag muß er eingesehen haben, daß die GMD und die Sanminzhuyi auf die Dauer nur dann zu retten waren, wenn sich Rückschläge wie die des XII. Parteitags nicht mehr wiederholten, wenn also die Partei definitiv auf Reformkurs ging.

Diese Erkenntnis wurde noch dadurch bestärkt, daß Jiang, der zu dieser Zeit bereits an Diabetes und an einem Augenleiden litt, und der oft tagelang an den Rollstuhl gefesselt war, allen Anlaß sah, sein Haus zu ordnen und Weichen für die Zukunft zu stellen. In der Tat begann er in aller Stille Vorbereitungen für seine Nachfolge zu treffen: Einerseits stellte er sicher, daß es keine "dynastische" Nachfolge gab, daß also keines seiner Familienmitglieder auf seinen Platz nachrücken konnte. Darüber hinaus wollte er aber auch den Geheimdiensten, denen er selbst viele Jahre lang vorgestanden hatte, keine Schlüsselposition einräumen. Nicht zuletzt aus diesem Grunde wohl wurde General Wang Sheng (66), ein langjähriger Vertrauter Jiangs, im Mai 1983 seines Postens als Direktor des militärischen Geheimdienstes enthoben und als Botschafter nach Uruguay entsandt.

Außerdem sorgten verschiedene Reivirements in der Armee dafür, daß auch kein General sich Hoffnungen auf die Nachfolge machen konnte, zumal das Militär in der taiwanesischen Gesellschaft ohnehin noch nie den politischen Ton angegeben hatte.

Blieben als mögliche Kandidaten also nur Mitglieder des engeren GMD- sowie des Regierungsapparats.

Welche Schwierigkeiten die altgewordenen und "ewig gestrigen" Delegierten inzwischen mit der Teilnahme an Parlamentssitzungen hatten, zeigte sich nebenbei an einer kleinen Änderung des Organisationsstatuts des Gesetzgebungsorgans vom 8. Januar 1982. Von jetzt an, hieß es, solle die Beschlußfähigkeit des Yuans bereits bei Anwesenheit eines bloßen Siebtels der gesamten Mitgliedschaft gegeben sein; bis dahin hatte das Quorum wenigstens noch bei einem Fünftel gelegen!<sup>36</sup>

Die Novellierung vom Januar war der Schlußstrich unter eine wenig rühmliche Manipulationstradition; waren doch bis zu diesem Zeitpunkt die Quora z.T. manipuliert worden, indem beispielsweise Unterschriften in den Anwesenheitslisten einfach fingiert wurden. Solange die alten Herren unter sich geblieben waren, hatte niemand an dieser Praxis Anstoß genommen; je mehr Oppositionelle jedoch in die Parlamente nachdrängten, um so empörter begann sich das Mißfallen zu äußern. Dies trug nebenbei auch zur weiteren Entfaltung der Reformdiskussion bei.

Zweitens tauchten in der Öffentlichkeit immer mehr Bürgerinitiativen, "soziale Bewegungen" und "Selbsthilfe"-Gruppierungen auf, in denen die Erwartung der städtischen Bevölkerung, sich nicht mehr nur mit Geschenken von oben abfinden zu müssen, sondern selbst die Initiative ergreifen zu können, einen zumeist ungedulden - und für die "Obrigkeit" beunruhigenden - Ausdruck fand.

Bisher hatte es immer nur eine - wenn auch fast permanente - "Revolution von oben" gegeben. Selbst "Bürgerinitiativen" waren letztlich immer nur verkleidete GMD-Initiativen gewesen. Kein Wunder, daß bestimmte Aspekte, wie Umweltschutz, Wohnungsbau und Sozialversicherung, die so lange im Schattenbereich der staatlichen Förderung geblieben waren, zum Gegenstand nunmehr um so drängenderer Bürgerinitiativen wurden. Zwei Begriffe waren jetzt plötzlich in aller Munde, nämlich "zili jiuji" (wörtl.: "Selbsthilfe") und "shehui yundong" (wörtl.: "soziale Bewegungen"). Mit "Selbsthilfe" war vor allem das Bestreben gemeint, die neuentstandenen Probleme soweit wie möglich durch bürgerliche Eigenanstrengungen aus der Welt zu schaffen. Fast täglich sah man seit Mitte der

80er Jahre Selbsthilfegruppen durch die Straßen patrouillieren, die - wegen ihrer Häufigkeit - manchmal sogar schon wieder in Verruf gerieten - ein Leumund, der der GMD nur recht sein konnte.

Ganz neu freilich waren diese Selbsthilfebewegungen auch wieder nicht, vielmehr hatten sich schon seit einigen Jahren bestimmte Interessengruppen herausgebildet, seien es nun Aktivisten der Ureinwohner (shandiren), der Kejia (Volksgruppe der "Hakka"), der Frauenbewegung, der Kriegsveteranen oder der Wohnungssuchenden. Ihr Zusammenschluß war jedoch eher eine spontane levée en masse geblieben. Zu einer wirklich authentischen Bürgerinitiative wurde erst die 1980 gegründete Verbraucherorganisation, die sich schon wenige Jahre nach ihrer Entstehung als Modell für ähnliche Gruppierungen präsentieren konnte, zumal sie sich in höchst eindrucksvoller Weise nicht nur als "Sprachrohr", sondern auch als "Think-tank" bei der Lösung grundsätzlicher Probleme profiliert hatte. Die "Stiftung Verbraucherschutz" setzte sich für Lauterkeit bei der Werbung, für Qualität und Sicherheit der Produkte sowie für saubere Geschäftspraktiken ein. Allerdings hatte sie keine administrativen Rechte, sondern konnte sich in der Praxis lediglich als Berater des Verbrauchers sowie als Rechtsbeistand in Prozessen bewähren.

Xiao Xinhuan, ein Soziologe der Academia Sinica teilte die Bürgerinitiativen in vier Gruppen ein:<sup>37</sup> Die erste Kategorie widmete sich den neuen sozialen Problemen wie Verbraucherfragen, Wohnungsnot und Umweltverschmutzung, die zweite verfolgte politische Ziele (Antiatomkraft-, Behinderten-, Kriegsveteranen- und Hakka-Frage), die dritte (die sich vor allem aus Frauen, Studenten, Bauern und Arbeiterverbänden rekrutierte) wollte die bestehenden Machtstrukturen verändern, und die vierte kümmerte sich um praktische Lösungen in "heiklen politischen Fragen", z.B. um die Betreuung politischer Gefangener oder um die Rückkehr von Taiwanern, die auf dem Festland leben - Ausdruck wirklicher "Selbsthilfe".

Auch die "sozialen Bewegungen" begannen bald Eigendynamik anzunehmen:

Eine der ersten Großdemonstrationen fand am 19. Mai 1986 statt. Mit ihr sollte gegen den auf den Tag genau 38 Jahre alten "Ausnahmestandard" protestiert werden. Weitere Höhepunkte brachte das Jahr 1988. Nunmehr waren die Bekundungen sogar von gewalttätigen Ausschreitungen begleitet, so z.B. die Bauerndemonstration vom 20. Mai 1988 in Taibei. Für den neuen Präsidenten Li Denghui war es nicht gerade erfreulich, daß ausgerechnet die Bauern, mit deren Problemen er sich als Agrarwissenschaftler Jahre über so intensiv befaßt hatte, schon kurz nach seinem Amtsantritt in gewalttätiger Weise auf sich aufmerksam machten. Grund der Unzufriedenheit war nicht nur die Lage der Bauernschaft im allgemeinen, die, wie erwähnt, ganz in den Schatten der Industrie und des Tertiärsektors geraten war, sondern darüber hinaus die neue, von den USA erzwungene Importliberalisierung für Landwirtschaftsprodukte aller Art, angefangen von Getreide über Putenfleisch bis hin zu Obst. Diese Importe schufen für die taiwanische Landwirtschaft bisher unbekannte Absatzprobleme. Die Demonstranten forderten bei den z.T. blutig verlaufenen Zusammenstößen höhere Subventionen für die Landwirtschaft, Einschränkung der Agrarimporte und Verbesserung der Sozialpolitik für die Landwirte.<sup>38</sup>

Die Sicherheitsbehörden, die sich zum ersten Mal mit Gewalttätigkeiten dieser Art konfrontiert sahen und deshalb verunsichert waren, mußten am Ende überrascht feststellen, daß unter den Verhafteten nur wenige Bauern waren, daß also die Bewegung der sonst so konservativen Landwirte von Trittbrettfahrern aus anderen sozialen Segmenten ausgenutzt worden war.

Ein anderes Mal wurde für die Freilassung politischer Gefangener demonstriert, und in der Tat begann der Druck der Straße Wirkung zu zeigen. Allerdings wußte die Regierung Gesicht zu wahren, indem sie nach außen hin nicht die Demonstrationen, sondern den 100. Todestag Jiang Jieshis zum Anlaß nahm, 28.659 Häftlingen Strafmilderung zu erteilen - davon 22.039 Insassen von Zivil- und 6.620 von Militärgefängnissen. Sogar einige der des Hochverrats beschuldigten Dissidenten kamen auf die Begnadigungsliste und durften die berüchtigte "Grüne Insel" (Lüdao) verlassen. Todesstrafen wurden in lebenslanges

Zuchthaus und lebenslängliche Haftstrafen auf 10-15 Jahre Gefängnis herabgesetzt.<sup>39</sup>

1988 auch kam es zu Protestaktionen von Umweltschützern im Zusammenhang mit dem "Linyuan-Industriepark-Vorfall", in dessen Folge die Arbeiter der dortigen Fabriken in Streik gingen. Dies war neu in der Geschichte Taiwans! Noch nie seit 1945 hatten es die "braven" Arbeiter und die zahmen Gewerkschaften gewagt, die Arbeit niederzulegen, zumal Streiks im Zeichen des "Ausnahmestands" unter schwere Strafen gestellt waren. Zum Erstauen wahrscheinlich auch der Streikenden schritt die Regierung nicht ein, sondern verhielt sich abwartend.

Im August 1989 schließlich veranstalteten 20.000 "Schnecken ohne Gehäuse", d.h. Wohnungssuchende in Taipei und Taizhong, die ganze Nacht über ein "Sleep-out", indem sie sich auf die Straße legten und so gegen die exorbitanten Mieten demonstrierten. Erneut brachten sie mit diesem zivilen Ungehorsam Polizei und Regierung in Verlegenheit - erneut aber erfolgte auch diesmal keine Reaktion. In der Tat hatten sie ja auch ein höchst einleuchtendes Anliegen: während nämlich einerseits die Zahl der Obdachlosen wuchs, stand andererseits Wohnraum leer - eine Folge überteuerter Mieten, die ihrerseits wiederum Auswirkungen exorbitanter Spekulationen waren.

Die Regierung, die sich über Jahrzehnte hin an autoritäres Durchgreifen gewöhnt hatte, kam mit den Bürgerinitiativen anfangs nur mühsam zurecht und zeigte sich schnell geneigt, Demonstranten mit bloßen Querulanten in einen Topf zu werfen und sie alle als "Störenfriede" zu verurteilen, wobei sie bei weiten Teilen der etablierten Bevölkerung durchaus Gehör fand.

Andererseits kam es im Zuge der Bürgerinitiativen jedoch auch zu einer im großen und ganzen besser funktionierenden Kommunikation zwischen Regierung und Gesellschaft.

Auf jeden Fall aber war es klar, daß den neuen Bürgerbewegungen nicht dauernd nur mit repressiver Toleranz begegnet, sondern daß ihren Demokratisierungsforderungen früher oder später nachgegeben werden mußte.

Ein dritter wichtiger Anlaß für politische Reformen waren schließlich die Vorgänge auf den Philippinen. Dort

hatte sich der Diktator Ferdinand Marcos im Februar 1986 der "People's Power" beugen und der populären Politikerin Corazon Aquino das Präsidentenamt überlassen müssen.

Schon wenige Monate nach diesem Ereignis, das in Taiwan mit größter Aufmerksamkeit verfolgt wurde, gab der damals bereits todkranke Jiang Jinguo Weisung, Reformrichtlinien auszuarbeiten.

#### 6.1.1.2.

##### Beginn der politischen Reformen

Daraufhin trat am 20. Juni 1986 ein Zwölfergremium, bestehend aus Mitgliedern des Ständigen Ausschusses des ZEK der GMD zusammen, um sich vor allem auf sechs "empfindliche" Themen zu konzentrieren, nämlich (1) die Besetzung der drei Zentralparlamente (Sollten die alten Abgeordneten von 1947/48 weiterhin auf ihren Sitzen bleiben?), (2) die lokale Selbstverwaltung (Direktwahl des Provinzgouverneurs sowie der Oberbürgermeister von Taipei und Gaoxiong oder Fortsetzung der Ernennungspraxis?), (3) die Staatssicherheit (Soll der 1949 ausgerufene Notstand aufgehoben werden?), (4) Organisationsfragen (Sollen künftig Oppositionsparteien zugelassen werden?), (5) die öffentliche Sicherheit (Soll ein neues Sicherheitsgesetz anstelle des alten Notstandsgesetzes erlassen werden?) und (6) die Parteiorganisation (Welche Stellung soll die GMD künftig einnehmen?).<sup>40</sup>

Das Tagungsereignis schien zunächst allenfalls eine Fußnote wert zu sein; erst im nachhinein stellte es sich heraus, daß hier nicht mehr und nicht weniger stattgefunden hatte als der Startschuß für den Marsch ins "demokratische Zeitalter".

#### 6.1.1.3.

##### Das reformerische Maßnahmenpaket

#### 6.1.1.3.1.

##### Die Aufhebung des Ausnahmezustands und der gleichzeitige Erlaß des neuen Sicherheitsgesetzes

Am 14. Juli 1987 wurde nach sage und schreibe 38 Jahren der am 19. Mai 1949 über Taiwan verhängte Ausnahmezustand aufgehoben, der dem Militär weitestgehende Eingriffsrechte in sämtliche Belange des sozialen Lebens auf der Insel gegeben hatte - zumindest theoretisch. Die Regierung be-

zeichnete diesen Akt - zu Recht übrigens! - als historisches Ereignis, der Mann auf der Straße jedoch nahm davon kaum Notiz.<sup>41</sup> Nirgends in den offiziellen Erklärungen war allerdings davon die Rede, daß die Aufhebung des Kriegsrechts u.a. auch durch eine US-Kongressresolution vom April 1987 ausgelöst worden war, die für Taiwan "full democracy" einschließlich der Beendigung des Kriegsrechts und einer stärkeren Beachtung der Menschenrechte verlangt hatte.

Das Notstandsgesetz vom 29.11.1934<sup>42</sup> hatte für den einzelnen Taiwanese jetzt also keine Wirkung mehr.

Gleichzeitig hatte die Regierung jedoch für alle Eventualitäten vorgesorgt und einen doppelten Nachsicherungsmechanismus geschaffen:

Zum einen nämlich stellte sie klar, daß die "Generalmobilmachung", die am 4. Juli 1947 in Nanjing ausgerufen worden war und die sich im wesentlichen in der schon häufig zitierten "Interimsbestimmung" niedergeschlagen hatte, nach wie vor weitergelte - zumindest de jure.

Zum andern aber trat an die Stelle des bisherigen Notstandsgesetzes das nur wenige Tage vorher, nämlich am 23. Juni 1987 verabschiedete neue "Nationale Sicherheitsgesetz für die Periode der Mobilmachung und zur Niederwerfung der Rebellion",<sup>43</sup> das gegenüber dem alten Notstandsgesetz drei wichtige Änderungen brachte:

- Da wurden einmal die Kontroll- und Zugriffsrechte des Militärs gegenüber der Zivilbevölkerung eingeschränkt. Während der Periode des Ausnahmezustands, als auch Taiwan zum "Kriegsrechtsgebiet" (jiezhan diqu) erklärt worden war, hatten die Militärgerichte das Recht, wegen "politischer Delikte" auch nichtmilitärische Personen zu belangen. Im Gegensatz dazu waren gem. § 8 des neuen Sicherheitsgesetzes Zivilpersonen von nun an nicht mehr der Militärgerichtsbarkeit unterworfen. Darüber hinaus wurde den Militärbehörden die Befugnis zur Kontrolle von Ein- und Ausreisen sowie von Publikationen entzogen. Nicht zuletzt aber ging die Zuständigkeit für Fahndungen vom Militärgericht der Taiwan-Garnison auf die zivile Staatsanwaltschaft der Provinz Taiwan über.

- Ferner hatte der Gesetzgeber Straftatbestände, vor allem solche im politischen Bereich, die bisher höchst schwammig formuliert waren, nun deutlicher definiert und auch mit einem milderen Strafmaß versehen.

- Schließlich wurden durch das neue Sicherheitsgesetz zahlreiche Einschränkungen der persönlichen Freiheit aufgehoben. Der Grundrechtskatalog der Verfassung von 1947 trat damit wieder voll in Kraft, allerdings mit einigen Einschränkungen, die im neuen Sicherheitsgesetz aufgezählt waren: eine solche Grundrechtseinschränkung bringt beispielsweise § 2, der besagt, daß Versammlungen oder Vereinigungen nicht gegen die Verfassung verstoßen, nicht den Kommunismus befürworten und auch keine Spaltung des Landes bewirken dürfen. Mit dem dreifachen "Nicht" waren alle Bürger, mit der Spaltungsklausel aber vor allem die Verfechter der Unabhängigkeit Taiwans angesprochen.

Zwischen den Zeilen enthielt das Sicherheitsgesetz auch die Bedingungen für die Gründung von Oppositionsparteien, die bis dahin ja stets verboten gewesen waren, und die sich erst in letzter Zeit unter dem Aushängeschild der Dangwai-Bewegung hatten etablieren können. Eine dieser Gruppierungen ergriff daraufhin die Initiative und hielt bereits am 6. November 1986 ihren ersten Parteitag ab - die später noch zu beschreibende "Demokratische Fortschrittspartei" (MJD).

Gem. § 3 war ferner nach wie vor eine Sondergenehmigung für Ein- und Ausreisen nötig - eine Beschränkung der Freizügigkeit, die vor allem im Hinblick auf mögliche Reisen in die Volksrepublik China erhalten blieb.

Die §§ 4-7 bringen Details zu Ein- und Ausreisefragen sowie zum Schutz militärischer Gebiete.<sup>44</sup>

Allgemein ausgedrückt standen der Bevölkerung von jetzt an sämtliche Grundrechte der Verfassung von 1947 zu, bis auf die im Sicherheitsgesetz von 1987 definierten Ausnahmen.

Über Zensurfragen sowie über die drei Zentralparlamente war im Sicherheitsgesetz nichts ausgeführt. Vor allem war nirgends die Rede von einem Neuaufbau der Organe durch Volksentscheid und Direktwahl. Neurege-

lungen dieser Art sollten sich, wie sich schon bald zeigte, späteren Gesetzen überlassen bleiben.

Die Opposition verurteilte das neue Gesetz in Bausch und Bogen, veranstaltete Sit-ins im Gesetzgebungs Yuan und Demonstrationen auf den Straßen, wobei es zu blutigen Zusammenstößen mit der regierungstreuen "Antikomunistischen Patriotischen Front" (Fan'gong aiguo zhenxian) kam.<sup>45</sup> Kritisiert wurde vor allem die Einbettung des neuen Gesetzes in den "nationalen Mobilisierungszustand", ferner die dreifache Restriktion des § 2, die möglicherweise auch Vorwände gegen die Gründung neuer Parteien liefern konnte, und die Bestimmung des § 9, derzufolge bereits verurteilte Dissidenten weiterhin eingekerkert bleiben sollten.

#### 6.1.1.3.2.

#### Die Neuordnung der Parteienlandschaft

Grundlegend für den weiteren Demokratisierungsprozeß sollten drei Gesetze werden, die im Januar 1989 vom Gesetzgebungs Yuan verabschiedet wurden, nämlich (1) ein Gesetz zur Förderung des freiwilligen Rücktritts greiser Parlamentarier mit Hilfe von Abfindungsprämien in Höhe von 3,7 Mio. NT\$, (2) ein Gesetz für die Zulassung neuer Parteien und (3) ein Gesetz zur Rücknahme der bisherigen Einschränkungen im Wahlkampf.

An erster Stelle galt es, zwei miteinander verquickte Fragen zu lösen, nämlich wie man die noch 1947/48 auf dem Festland gewählten politischen Parlamentsveteranen loswerden konnte, und zweitens wie die Aufhebung des 1948 ausgerufenen Mobilisierungszustands erreicht werden konnte. Schnell zeigte sich, daß die zweite Frage nicht ohne die erste zu lösen war und daß die erste wiederum mit der zweiten zusammenhing - ein Teufelskreis! Das Dilemma der RCh hatte ja seit 1949 gerade darin bestanden, daß die Regierung, um ihren Legitimitätsanspruch über ganz China aufrechterhalten zu können, jahrzehntelang substantielle Verfassungseinschränkungen in Kauf genommen hatte. Erst Ende der 80er Jahre begann sich die Waagschale langsam wieder zugunsten der Verfassungsgerechtigkeit zu neigen, zumal jetzt schon der Zeitpunkt abzusehen war, da die Senioren das Zeitliche segnen und alle noch so raffiniert zusam-

mengefügten Legitimationsmuster durch eine schlichte "physische Lösung" überholt würden. Früher oder später würden sämtliche Zentralorgane nur noch von Taiwanern oder aber von Festländern besetzt sein, die vorher nie ein hohes Amt wahrgenommen hatten. Die Vertretung des Festlands könnte dann allenfalls noch simuliert werden. Damit freilich geriete der Legitimationsanspruch, der in den vorangegangenen Jahren ohnehin immer fadenscheiniger geworden war, von selbst auf den Aussterbeetat, ohne daß all dies freilich öffentlich hätte ausgesprochen werden dürfen.

Vor allem um das oben genannte Rücktrittsgesetz hatte es massive Auseinandersetzungen zwischen der GMD und den Oppositionsgruppierungen gegeben: Während die GMD die Anreizmethode befürwortete und fürstliche Ablössungssummen bereitstellen wollte, forderte die Opposition den sofortigen Rücktritt aller Altparlamentarier ohne Wenn und Aber und ohne außergewöhnliche Abfindungen. Der Streit führte im Gesetzgebungs Yuan zu so turbulenten Auseinandersetzungen, daß die Polizei eingreifen mußte.<sup>46</sup>

Am Schluß setzte sich die GMD-Option durch. Trotz der attraktiven Ablössungssumme von 3,7 Mio. NT\$ zeigte sich jedoch kaum ein Altparlamentarier am Rücktritt interessiert.

So kam denn der Fall vor das Verfassungsgericht, das am 21. Juni 1990 in einem der wichtigsten Urteile der Geschichte Taiwans eine neue Auslegung des Art. 28 der Verfassung von 1947 gab, in dem es heißt, daß die "Abgeordneten zur Nationalversammlung alle sechs Jahre zu wählen sind", und daß "die Amtszeit der Abgeordneten jeder Nationalversammlung an dem Tag endet, an dem die nächste Nationalversammlung zusammentritt".

Noch in der Auslegung Nr. 31 vom 29. Januar 1954 hatte das Gericht, wie bereits erwähnt, entschieden, daß wegen der besonderen politischen Bedingungen, unter denen die Nationalversammlung nach Taiwan übergesiedelt sei, eine Neuwahl erst im Anschluß an die Rückkehr aufs Festland erfolgen könne, da Neuwahlen auf der Insel Taiwan nur für eine einzige Provinz, nicht dagegen für die gesamte Republik repräsentativ sein könnten (dazu Abschnitt 4.1.1. dieser Serie). Die "al-

ten" Delegierten hatten deshalb bislang ungeschoren auf ihren Sitzen in den drei Zentralparlamenten verbleiben dürfen.

Ganz anders fiel die neue Interpretation (Nr.261) vom 21.6.1990 aus, in der das Verfassungsgericht befand, daß alle 1947/48 gewählten Abgeordneten bis Ende 1991 zurücktreten müßten.<sup>47</sup> Angesichts der Überalterung der Nanjinger Abgeordneten, aber auch angesichts des inzwischen überall um sich greifenden Demokratisierungsprozesses habe sich der gesamte politische Kontext grundlegend verändert. Der neuen Lage müsse, dem Grundsatz des "rebus sic stantibus" folgend, Rechnung getragen werden. Es habe in der Zwischenzeit zwar mehrere Ergänzungs- und Zusatzwahlen gegeben, doch seien jetzt endlich Rundumerneuerungswahlen fällig.

Zu der Zeit, als dieses Urteil erlassen wurde, waren in der Nationalversammlung immer noch 612 "alte" und 80 "zusätzlich gewählte", also neue Abgeordnete vertreten; im Gesetzgebungsyuan lautete dieses Verhältnis 138:129.

Die Altparlamentarier sollten bis 1999 in drei Phasen verabschiedet werden.

Einige der Betroffenen erklärten sofort, die Auslegung des Verfassungsgerichts nicht anerkennen zu wollen. Notfalls müsse die Auslegung durch eine entsprechende Verfassungsänderung überlagert werden. Vorschläge dieser Art kamen, wohlgerichtet, von Abgeordneten, die bereits über 80 Jahre alt waren und deren jüngster Vertreter auch bereits 70 Jahre auf dem Rücken hatte!<sup>48</sup> Ein zweiter wichtiger Schritt war die Verabschiedung des "Gesetzes zur Regelung ziviler Körperschaften einschließlich politischer Parteien" am 20.1.1989. Dieses seinem Titel nach nichtssagende Gesetz brachte nichts weniger als das seit Jahren erhoffte - und erkämpfte - grüne Licht für die Zulassung von Oppositionsparteien.

Neue Parteien mußten jetzt lediglich drei Zulassungsvoraussetzungen erfüllen, nämlich sich staatlich registrieren lassen, ferner für die nationale Einheit eintreten und den Kommunismus bekämpfen.

Als erste Partei ließ sich - pflichtschuldigst - sogleich die GMD registrieren, indem sie noch im Februar einen ent-

sprechenden Antrag beim Innenministerium stellte. Die größte Oppositionspartei, die MJD, die sich bereits im September 1986 konstituiert, und die trotz ihrer damaligen Illegalität von den Behörden geduldet worden war, stellte ihren Antrag erst an 16.Stelle. Sie hatte in der Zwischenzeit - vergeblich, wie sich herausstellte - gehofft, noch einige Änderungen an dem neuen Gesetz durchsetzen zu können.

Bis Mitte August 1989 waren nicht weniger als 35 politische Parteien beim Innenministerium registriert - die meisten von ihnen winzige Splittergruppen mit phantasievollen Namen, von denen sich lediglich die "Arbeiterpartei" einen Sitz im Stadtrat von Gaoxiong erkämpfen konnte.<sup>49</sup>

Ein dritter wichtiger Schritt auf dem Weg der politischen Reformen war die Aufhebung der Maulkorbbestimmungen - mit der Folge, daß die Vierte Gewalt nun endlich auch in Taiwan Einzug halten konnte.

Anfang 1988 wurde das Verbot der Registrierung neuer Zeitschriften sowie die Beschränkung bestehender Zeitungen auf 12 Seiten aufgehoben. Dies war der Anfang einer wahren Explosion von Zeitungs-, Zeitschriften- und Rundfunksender-Gründungen.

Die Maulkorbbestimmungen waren vom Exekutiv Yuan am 10.Juni 1951 erlassen worden. 37 Jahre lang hatten Zeitungen, die nicht gerade von der Regierung oder der GMD verlegt wurden, lediglich drei große Druckbögen (= 12 Seiten) pro Tag umfassen dürfen. Außerdem war die Gründung neuer Zeitungen de facto verhindert worden. Als Begründung war seinerzeit Marktsättigung und Papiermangel ins Feld geführt worden.

Pressefreiheit war in der Verfassung von 1947 zwar garantiert, jedoch durch die Interimsbestimmung vom Mai 1948 bereits wieder eingeschränkt worden.

Eine Vorzensur hat es auf Taiwan zwar nie gegeben, doch nahm die Regierung bis 1987 häufig Nachzensuren vor, indem sie gegen Journalisten und Medien vorging, die eine Trennung Taiwans von China befürworteten, die am Kommunismus nicht genug Negatives entdecken wollten oder die im Verdacht standen, ein Risiko für die "nationale Sicherheit" zu sein.

Noch 1984 waren 31. Zeitungen und Zeitschriften wegen Verstoßes gegen die Publikationsbestimmungen von 1951 suspendiert worden. Zusätzlich gab es 42 Mahnungen und 5 Geldstrafen. Diese Zahlen schlossen Maßnahmen des "Hauptquartiers der Taiwan-Garnison" noch nicht einmal mit ein.<sup>50</sup>

So kam es, daß bis zur Liberalisierung der Pressepolitik auf der Insel lediglich 31 Zeitungen erscheinen konnten, unter ihnen 7 Regierungs- und 3 GMD-Organen. 16 gehörten privaten Unternehmen und 15 Joint Ventures zwischen Privatunternehmern und Regierungs- bzw. GMD-Stellen. Der Umfang einer Zeitung war zunächst auf 6, später auf 8, 10 und, seit 1974, auf 12 Seiten beschränkt worden. Seit 1956 war keine neue Zeitungslizenz mehr erteilt worden. Gleichzeitig hatte es zahlreiche behördliche Maßnahmen gegen illegale Zeitungen und Zeitschriften gegeben.<sup>51</sup>

Noch am Tage der Aufhebung der alten Bestimmungen, nämlich am 1.Januar 1988, erschienen die meisten großen Tageszeitungen in einer 24-Druckseiten-Ausgabe. Auch sonst gab es eine quantitative Explosion: Zwischen 1987 und 1990 nahm die Zahl der Tageszeitungen auf Taiwan von 31 auf 192 zu.<sup>52</sup> Sogar bei den Presseagenturen gab es einen wahren Wucherungsprozeß: Ende 1988 beispielsweise hatte sich ihre Zahl auf sage und schreibe 131 erhöht. Es war klar, daß auf die Dauer nur eine kleine Zahl wirtschaftlich überleben konnte - unter ihnen ganz gewiß die "Central News Agency" (CNA), die bereits 1924 in Guangzhou gegründet worden war und die mittlerweile Korrespondenten in aller Welt unterhielt. Im Gegensatz zur "alten Tante" CNA mit ihrem breitgefächerten Angebot beschränkten sich die neuentstandenen Miniagenturen zumeist auf Spezialbereiche, sei es nun auf Militär-, Jugend-, Auslandschinesen- oder Festlandsfragen.

Trotz der schnellwachsenden Konkurrenz blieben drei seit langem etablierte Zeitungen auch jetzt noch an der Spitze, nämlich die von der GMD herausgegebene "Zhongyang ribao" ("Central Daily News"), ferner "Zhongguo shibao" ("China Times") und die "Lianhe Bao" ("United Daily News").

Nach 1988 entwickelte sich aber auch eine Vielfalt von Themenstellungen. Vor allem gehörten "heiße" politische

Themen und "Hintergrundsberichte" über Vorgänge, die bis dahin tabu gewesen waren, schon bald zu den neuen Selbstverständlichkeiten.

1990 zirkulierten Zeitungen in einer Auflagenhöhe von 5,7 Mio. pro Tag. Hinzu kamen rd. 4.000 Zeitschriften.

Einen vierten Liberalisierungsschritt brachte das "Gesetz über Versammlungen und Demonstrationen während der Mobilmachungsperiode zur Niederwerfung der Revolution" vom Februar 1988.<sup>53</sup>

Ganz im Gegensatz zu früher waren Versammlungen und Demonstrationen der Opposition nun nicht mehr von vornherein illegal, sondern rechtmäßig im Sinne des Art.14 der Verfassung von 1947.

Freilich gab es auch in dem neuen Gesetz noch Einschränkungen, die von der Opposition in den Gesetzgebungsausschüssen leidenschaftlich bekämpft worden waren, da sie, wie ja auch schon das Parteiengesetz, "Mobilmachungs"-Bezug aufwies, und da sie vor allem den Gummiparagraphen Nr.4 enthielten, demzufolge Versammlungen und Demonstrationen nicht gegen die Verfassung verstoßen, nicht den Kommunismus anpreisen und nicht die Spaltung des Landes befürworten dürften. Ferner wandte sich die Opposition gegen die polizeiliche Genehmigungspflicht für Versammlungen im Freien.

Später zeigte es sich allerdings, daß die Aufregung verfrüht gewesen war, da die Behörden das neue Gesetz locker handhabten. Auch konnte die Regierung darauf verweisen, daß es seit der Aufhebung des "Ausnahmestands" bis zum Erlaß des neuen Gesetzes bereits 1.835 Demonstrationen auf der Insel gegeben habe, ohne daß auch nur eine einzige verhindert worden wäre.<sup>54</sup>

Ein fünfter Schritt erfolgte im April 1990, als die MJD dem Staatspräsidenten eine Reihe von Reformvorschlägen vortrug, die dieser wohlwollend zu prüfen versprach, nämlich (1) für die Direktwahl des Staatspräsidenten, (2) für die Liberalisierung der Rundfunk- und Fernsehpolitik, (3) für die Pensionierung der parlamentarischen Senioren bis spätestens 1.9.1990, (4) für die Aufhebung des Mobilisierungszustands, (5) für allgemeine parlamenta-

rische Wahlen noch i.J. 1990, (6) für Direktwahlen bei der Bestellung des Provinzgouverneurs sowie der Bürgermeister von Taipei und Gaoxiang, (7) für die Freilassung aller politischen Gefangenen und (8) für den Erlaß eines Gesundheitsprogramms bis spätestens 1992.<sup>55</sup>

In seiner Inauguralrede vom 20.Mai 1990 kündigte der neue Staatspräsident Li Denghui - ganz im Sinne seines obigen Versprechens - ein radikales Reformprogramm an, in dessen Mittelpunkt drei zentrale Maßnahmen stehen sollten, nämlich (1) die Aufhebung der Interimsbestimmung, (2) die Demokratisierung der Staatsorgane und (3) ein Angebot zu "gleichberechtigten Verhandlungen" mit der VR China.<sup>56</sup>

## 6.1.2.

### Der Machtkampf um die Nachfolge

#### 6.1.2.1.

#### Fraktionsauseinandersetzungen: Reforme gegen Reformgegner

Am 13.1.1988 starb Staatspräsident Jiang Jinguo. Bereits vier Stunden nach seinem Tode wurde sein Stellvertreter, Vizepräsident Li Denghui, als Amtierender, d.h. treuhänderischer Staatspräsident vereidigt. Lis Ernennung ging glatt über die Bühne: Angesichts der klaren Bestimmungen des Art.49 der Verfassung wäre jede andere Lösung ohnehin illegal gewesen.

Heftig umstritten war dagegen Lis zusätzliche Kandidatur für das Amt des GMD-Vorsitzenden, über das bereits 14 Tage später entschieden werden sollte. Um diesen Schlüsselposten kam es zu einem Tauziehen, das, wenn auch bloß einen Augenblick lang, deutlich werden ließ, wie sehr die immer so geschlossen nach außen auftretende GMD innerlich zerrissen war. Vermutlich hatte es Auseinandersetzungen um Spitzenämter schon seit Jahren gegeben, doch waren sie stets sorgsam vor der Öffentlichkeit geheimgehalten worden.

Der Schluß ließ sich nicht mehr von der Hand weisen, daß es innerhalb der GMD genauso Reformkräfte und Reformgegner gab wie innerhalb der festländischen KPCh. Offensichtlich scharfen sich die Reforme um den langjährigen Generalsekretär der GMD - und späteren Ministerpräsidenten - Li Huan (geb. 1917). Li Huan war im Juli 1987, also auf dem Höhepunkt des re-

formerischen Umbruchs, erneut zum GMD-Generalsekretär befördert worden, nachdem er diese Stellung bereits in den 70er Jahren innegehabt hatte. Li, ein langjähriger Vertrauter Jiang Jinguos, war nicht nur in der Partei, sondern auch in der Öffentlichkeit für seine liberale Einstellung sowie für seine Förderung jüngerer taiwanesischer Politiker bekannt - und beliebt. Nachdem er wegen des schlechten Abschneidens der GMD bei den Lokalwahlen von 1977 sein Amt als GMD-Generalsekretär hatte niederlegen müssen, hatte er sich Schritt für Schritt wieder "von unten hochdienen" können. Erste Stufe beim Wiederaufstieg war seine Ernennung zum Bildungsminister i.J. 1984. Während seiner Amtszeit in diesem Ressort hatte er zahlreiche autoritäre Bestimmungen abgeschafft, so z.B. die Regelungen über Haarlänge und Haarstil von Schülern, und hatte außerdem dafür gesorgt, daß die GMD-Zellen in den Bildungsanstalten beseitigt wurden.<sup>57</sup> Die Gruppe der Reformgegner andererseits, die sich vor allem aus den Altparlamentariern und aus Mitgliedern der Jiang-Familie rekrutierte und der auch Yu Guohua (geb. 1914, Ministerpräsident von 1984 bis 1989) angehörte, standen den Demokratisierungsversuchen Jiang Jinguos und Li Huans höchst skeptisch gegenüber und wollten vor allem von "Taiwanisierung" nichts wissen, sei es nun bei der Besetzung von Spitzenposten, sei es im Hinblick auf Unabhängigkeitsbestrebungen. Auf dem Posten des GMD-Vorsitzenden und des Staatspräsidenten hätten sie am liebsten einen Festländer gesehen, vielleicht sogar Jiang Weiguo, den jüngeren Sohn Jiang Jieshis und Halbbruder Jiang Jinguos. Überlegungen dieser Art fanden vor allem in den drei Zentralparlamenten sowie in der militärischen Führung ihren Widerhall.

Von der konservativen Fraktion wurde die Kandidatur Dr.Li Denghuis für die Ende Januar 1988 anstehende Wahl des GMD-Vorsitzenden als Zumutung empfunden. Li war ihnen nicht nur als Reforme, sondern auch als "Einheimischer" verdächtig. Gegen seine Ernennung wandte sich vor allem die im Volksmund so genannte "Guandipai" ("Palastfraktion"), d.h. das Korps jener Politiker und Militärs, die einst als Sekretäre oder Adjutanten zum engsten persönlichen Umfeld Jiang Jieshis gehört hatten, sowie ein Teil der Jiang-Familie, allen voran die Witwe Jiangs,

Song Meiling (geb. 1896), die seit 1975 in den USA lebte, jahrelang mit ihrem Stiefsohn Jiang Jingguo auf Kriegsfuß gestanden hatte und immer nur zu kurzen Visiten nach Taibei gekommen war.<sup>58</sup>

Bei der Sitzung des Ständigen Ausschusses des ZEK am 27. Januar 1988 kam es zum Eklat, als "Madame" in ihrer Eigenschaft als Vorsitzende des Zentralen Beirats der GMD Einwände gegen die Nominierung Lis vorbrachte und um eine Verschiebung der Wahl bat. In diesem Augenblick erhob sich der Stellvertretende Generalsekretär der GMD, Song Chuyu, und wandte sich in einer erregten Rede gegen diese Intervention, die, wenn ihr stattgegeben würde, der Öffentlichkeit den Eindruck von Uneinigkeit innerhalb der GMD vermitteln könnte. Die Rede Songs, der lange Zeit als Privatsekretär Jiang Jingguos gedient hatte, und der ganz offensichtlich dessen Antipathie gegen "Madame" teilte, brachte die Tagungsteilnehmer zur Besinnung und veranlaßte sie, spontan und einstimmig für Li Denghui als Amtierenden Parteivorsitzenden zu stimmen.<sup>59</sup>

Den letzten Ausschlag für diese Entscheidung dürfte freilich die Tatsache gegeben haben, daß Li ein Mann ohne eigentliche Hausmacht war und deshalb allen Fraktionen innerhalb der GMD als das geringste Übel erschien.

Der Reformflügel konnte sich nicht nur am 27. Januar, sondern auch noch beim XIII. Parteitag der GMD durchsetzen, der vom 7. bis 13. Juli 1988 in Taibei stattfand und der zu einer beträchtlichen Verjüngung und "Taiwanisierung" der zentralen Parteigremien führte. Der Kongreß fand zu einem entscheidenden Zeitpunkt in der Geschichte der GMD statt. Er leitete den Abschied von der "Epoche der starken Männer" Jiang Jieshi und Jiang Jingguo ein und hatte Althergebrachtes durch neue Perspektiven zu ersetzen - nicht zuletzt auch für Verjüngung in den Parteireihen zu sorgen. Das Durchschnittsalter der neugewählten ZEK-Mitglieder (169 Männer, 11 Frauen) sank denn auch von 77 auf 59 Jahre, vor allem aber stammten jetzt über 40% der ZEK-Mitglieder aus Taiwan. Eine noch stärkere Verschiebung gab es beim Ständigen Ausschuß des ZEK, dem eigentlichen Entscheidungsgremium der Partei. Hier sank das Durchschnittsalter von 77 auf 60

Jahre. Außerdem fielen jetzt 16 der insgesamt 31 Sitze an Taiwanese, die damit zum ersten Mal die Mehrheit in diesem zentralen Gremium bekamen.

Bemerkenswert auch das Abstimmungsverhalten gegenüber GMD-Mitgliedern, die als konservativ galten - fast sollte man sagen: als solche inzwischen verrufen waren. Kein Geringerer als der damalige Ministerpräsident Yu Guohua kam z.B. bei den ZEK-Wahlen lediglich auf Platz 35 - dies war deutlich!

Zu Verschiebungen kam es allerdings nur im Personalbereich, nicht dagegen in den politisch-heißen Sachfragen. "Kompromiß" war hier die Devise. So kam es denn auch, daß die alte Front einstweilen noch standhielt, obwohl sie bereits sichtbar zu bröckeln begonnen hatte.<sup>60</sup> Vor allem blieb die Zukunft der "Altparlamentarier", die Frage der Direktwahlen und nicht zuletzt auch das Verhältnis zum Festland nach wie vor unbeantwortet, obwohl intensiv diskutiert wurde, vor allem über die fünf Anträge: "Politische Programmstrategie", "Doktrin und Ideologie", "Erneuerung der Parteiangelegenheiten", "Überarbeitung des Parteistatus" und "Politik gegenüber dem Festland".

Neue Aspekte, die in die Parteiplattform Eingang fanden, waren allerdings der Schutz der Umwelt, die Forderung nach einer umfassenderen Sozialpolitik und die Ankündigung der Privatisierung öffentlicher Betriebe, nicht zuletzt aber eine neue Sprache gegenüber dem Festland, die von der "Großen Allianz für Chinas Wiedervereinigung im Zeichen der Drei Volksprinzipien" bereits 1982 formuliert worden war. Danach sollten die "Chicom" (chinesischen Kommunisten) den Kommunismus, die Diktatur des Proletariats und das "Mao-Zedong-Denken" aufgeben und statt ihrer Sun Yixians Drei Prinzipien des Nationalismus, der Demokratie und der sozialen Wohlfahrt akzeptieren.<sup>61</sup> Die "Rückkehr aufs Festland" sollte nur noch mit rein politischen (also nicht mehr militärischen) Mitteln angestrebt werden. China im Geiste der "Sanminzhuyi" wiederzuvereinigen und das Taiwan-Modell aufs Festland zu übertragen - dies war die neue Politik, die von nun an in praktische Politik gegenüber dem Festland umgesetzt werden sollte.<sup>62</sup> Langfristig stand jetzt also nicht mehr und nicht weniger zur Debatte als die

"Taiwanisierung des Festlands"! Dies war eine Formulierung, auf die sich auch die Reformgegner einigen konnten und die es ihnen erleichterte, andere weniger angenehme Ankündigungen zu "schlucken".

#### 6.1.2.2.

#### Dynastische Nachfolge wenigsten im Amt des Staatspräsidenten?

Der Reformflügel hatte also sowohl im personellen wie auch im Sachfragenbereich Geländegewinne erzielen können. Noch freilich konnte er sich seines Sieges nicht sicher sein. So blieb z.B. Li Denghuis endgültige Wahl vom bloß treuhänderischen zum formellen Staatspräsidenten noch geraume Zeit in der Schwebe. Offensichtlich konnte sich die "Palastfraktion" seine Ernennung zum Staatspräsidenten einfach nicht vorstellen.

Man bedenke: Sechs Jahrzehnte lang, von 1927 bis 1988, hatten Mitglieder der Jiang-Familie alle strategischen Positionen des Partei- und Staatsapparats besetzt - zuerst auf dem Festland und später, seit 1949, auch auf Taiwan. Die Nachfolge in der Person eines reformerisch eingestellten Taiwanese hätte einen Bruch mit allen bisherigen "dynastischen" Traditionen bedeutet. Erst wenige Jahre vorher war, anlässlich des 50. Todestags Jiang Jieshis (i.e. am 4. April 1980), die Große Gedenkhalle für den Marschall eingeweiht worden, die auf einem in der Innenstadt Taibeis unweit des Zongtongfu ("Präsidentenpalast") gelegenen Areal von 250.000 qm steht. Die eigentliche Gedenkhalle war auf 70 m hochgezogen worden und umfaßt zwei Stockwerke. In der Oberen Halle befindet sich eine 9,8 m hohe Sitzstatue des Marschalls, während im Erdgeschoß Gedenkstücke an den Verstorbenen ausgestellt sind. Neben der Gedenkhalle waren Parks angelegt worden. Außerdem entstand in den nachfolgenden Jahren ein Staatsopernhaus und eine aus Marmor konstruierte Musikhalle. Welch ein Epitaph! Die Anlage stellte sogar das Beijinger Mao-Mausoleum noch in den Schatten. In die Fußstapfen dieses Titanen sollte nun ein kleiner taiwanesischer Agrarexperte treten, der zwar nobles Benehmen an den Tag legte und von gewinnendem Äußeren, der ansonsten aber ein politisch unbeschriebenes Blatt war!? Wäre es da nicht angemessener, einen weiteren Jiang ins Rennen zu schicken, also z.B. Jiang Weiguo für die im Mai 1990 bevorstehende Wahl zum Staatspräsidenten vorzuschlagen?



Alles schien einen "dynastischen Verlauf" zu nehmen, doch da ereignete sich etwas Unerwartetes: Im März 1990 trat der zweite Sohn des verstorbenen Jiang Jingguo an die Öffentlichkeit und rügte in ungewöhnlich scharfer Form den Ehrgeiz seines Onkels, der daraufhin erstaunlich kleinlaut seine Kandidatur zurückzog - möglicherweise hatte ihm das ganze Unternehmen von vornherein nicht besonders behagt. Damit war die Bahn frei für den "einheimischen" Li Denghui,<sup>63</sup> der am 21. März 1990 zum 8. Präsidenten der RCh gewählt wurde und bei seiner Inauguration am 20. Mai 1990 in der Sun-Yixian-Halle in Taibei eine Rede hielt, die wegen ihrer reformerischen Ankündigungen als historisch bezeichnet werden kann. Von da an galt die Gruppierung um Li Denghui als "Fraktion der Hauptströmung".

### 6.1.2.3.

#### Personelle Zäsur

Der neue Staatspräsident war am 15.1.1923 in einem Dorf nahe Taibei geboren worden und in dörflichen Verhältnissen aufgewachsen. Nach seinem Studium an der Taibei-Hochschule ging er 1943 nach Japan und studierte dort an der Universität von Kyoto Agrarwissenschaft. Nach der Kapitulation Japans kehrte er nach Taiwan zurück und setzte dort sein Studium an der Taida fort, unterzog sich 1948 der Staatsprüfung und war dann als Taida-Assistent tätig. Von 1951 bis 1953 studierte er an der Universität des US-Staates Iowa, erhielt dort den Magister, lehrte anschließend von 1953 bis 1964 wieder an der Taida, wobei er im Nebenberuf auch als Berater für die "Kooperative Bank der Provinz Taiwan" sowie für die JCRR (Joint Commission for Rural Reconstruction) tätig war, und trat 1965 - also bereits im Alter von 42 Jahren - ein Postgraduiertenstudium an der amerikanischen Cornell University an, wo er 1968 zum Doktor der Agrarwissenschaft promoviert wurde. Seine Dissertation mit dem Titel "Intersectoral Capital Flows in the Economic Development of Taiwan" wurde in den USA als eine der drei besten Arbeiten d.J. 1968 ausgezeichnet.

Nach seiner Rückkehr i.J. 1969 wurde er Professor an der Taida und kehrte auch in sein Amt als Berater der JCCR zurück.

Seine politische Karriere begann, als Jiang Jingguo, der von den landwirtschaftlichen Gutachten des Agrarex-

perten beeindruckt war, ihn 1972 als Minister ohne Geschäftsbereich in sein damaliges Kabinett übernahm. Seitdem entwickelte sich Li zum Senkrechtharter: 1978-1981 war er Oberbürgermeister von Taibei, 1981-1984 Gouverneur der Provinz Taiwan und von 1984 bis 1988 Stellvertretender Staatspräsident. Kennzeichnend für seine Vielseitigkeit waren u.a. Ausflüge ins Literarische: Während seiner Zeit als Taibeier Oberbürgermeister über setzte er beispielsweise Goethes Faust ins Chinesische - und trat damit in die Fußstapfen des alten Beamtenliteratentums.<sup>64</sup>

Der Triumph der Reformen schien vollständig zu sein, als neben den beiden Spitzenpositionen des Partei- und Staatschefs, die Li Denghui inzwischen besetzt hatte, am 30. Mai 1989 ein weiterer Reformler, Li Huan, auch noch das Amt des Ministerpräsidenten übernahm und damit zugleich den konservativen Yu Guohua ablöste. Zwar hatte es während Yus Amtszeit (1984-89) zahlreiche reformerische Veränderungen gegeben, doch waren diese ausnahmslos auf das Konto des inzwischen verstorbenen Staatspräsidenten Jiang Jingguo gegangen. Von Yu hätte man eine Fortsetzung dieses Reformkurses wahrscheinlich nicht erwarten können. Li Huan aber schien allen reformerischen Vorstellungen gerecht zu werden.

Allerdings dauerte der Doppeltriumph der Reformen nicht lange an; denn schon 1½ Monate nach der Vereidigung Li Denghuis wurde der Vier-Sterne-General Hao Beicun (geb. 1919) am 2. Mai 1990 vom Gesetzgebungs Yuan zum neuen Ministerpräsidenten ernannt.<sup>64a</sup> Hao, der im Laufe einer langen militärischen Karriere zahlreiche Divisionen und Armeen befehligt und u.a. gleich acht Jahre lang Generalstabschef sowie seit November 1989 auch Verteidigungsminister gewesen war, hatte sich als eine Art Gegengewicht zum liberalen Li Denghui durchsetzen können.

Für die Opposition freilich wirkte die Ernennung des alten "Haudegens" wie ein rotes Tuch. Tagelang kam es auf den Straßen Taibeis zu Massendemonstrationen gegen die "Einmischung des Militärs in die Politik" und gegen die "Errichtung eines Militärkabinetts". Gleichwohl hatte Hao immerhin 82% der Stimmen des Gesetzgebungs Yuans erhalten.<sup>65</sup>

Zwar mochten sich die beiden neuen Spitzenpolitiker, Li Denghui und Hao Beicun, in vielerlei Hinsicht unterscheiden - in einer Frage waren sie sich einig, nämlich in der Wiederherstellung von Recht und Ordnung. Li ordnete bereits fünf Tage nach seiner Inauguration eine Kampagne gegen das Verbrechen an. Bekämpft werden sollten vor allem der illegale Waffenbesitz (angeblich stammten die meisten Waffen vom Festland), die Ausbreitung der "Rotlichtdistrikte", die Massagesalons sowie der überall grassierende Diebstahl.<sup>66</sup> Ins gleiche Horn stieß der neue Premierminister, der ebenfalls den illegalen Waffenbesitz, darüber hinaus aber auch den Schmuggel, das Glücksspiel, die Korruption, die "finanziellen Untergrundoperationen" und den "Sexhandel" aufs Korn nahm.<sup>67</sup>

### 6.1.2.4.

#### Eine alte Frage neu gestellt: Kabinetts- oder Präsidialsystem?

Mit dem Machtantritt Li Denghuis tauchte eine alte, fast schon von Spinnweben überzogene Frage auf, die im Laufe der Zeit immer wieder diskutiert, aber ebenso regelmäßig wieder "stillgelegt" worden war, nämlich das keineswegs nur wissenschaftliche Problem, ob die Verfassung der RCh dem Kabinetts- oder aber dem Präsidialsystem gehorche.

Solange zwei mit souveräner Machtfülle ausgestattete Präsidenten wie Jiang Jieshi und Jiang Jingguo am Ruder waren, konnte niemand ernsthaft daran zweifeln, bei wem letztlich die eigentliche Entscheidungsgewalt lag. Nun aber, da eine Persönlichkeit ohne nennenswerte Hausmacht auf dem Stuhl des Staatspräsidenten saß und sich mit einem "starken" Ministerpräsidenten vom Range Hao Beicuns konfrontiert sah, stellte sich die Verfassungs-(sprich: Macht-)Frage neu.

Li Denghui wollte die Veränderung der Situation zunächst einmal nicht zur Kenntnis nehmen und löste Verärgerung aus, als er den durch seine Vorgänger gefestigten Anspruch auf unbestrittene politische Führung ohne langes Wenn und Aber fortsetzen wollte: Es sei doch klar, daß er, der Staatspräsident, alle wichtigen Entscheidungen treffe, während der Premierminister sie auszuführen habe. Freilich solle dieses Recht nicht ohne ständige Rücksprache ausgeübt werden, aber es

sei als solches unbestreitbar. Letztlich gehe es hier vor allem um Abstimmung und Zusammenarbeit.<sup>68</sup>

Der neue Verfassungsstreit hatte, wie leicht ersichtlich, nicht nur eine juristische, sondern auch eine politische Komponente:

- Juristisch kann wohl kaum ein Zweifel daran bestehen, daß die RCh-Verfassung das Kabinettsystem favorisiert. Gerade beim Vergleich mit dem amerikanischen Präsidialsystem lassen sich bedeutsame Unterschiede ausmachen: Der amerikanische Präsident ist für die Regierungspolitik stets und ausschließlich alleinverantwortlich. Es gibt unter ihm keine Minister, die ihren Geschäftsbereich in eigener Verantwortung leiten. Die Staatssekretäre, die ja nicht zufällig auf die Bezeichnung "Minister" verzichten müssen, haben keine eigenverantwortliche, sondern nur eine beratende Funktion; es gibt auch keine ministeriale Gegenzeichnung bei der Ausfertigung von Gesetzen. Der einzige institutionelle Gegenspieler des Präsidenten ist, wenn man einmal von der richterlichen Gewalt absieht, der Kongreß.

Im Gegensatz zu den amerikanischen "Ministerien" nehmen die Yuans der RCh eine ungleich stärkere Stellung gegenüber dem Präsidenten ein - zumindest dem Verfassungswortlaut nach: In einzelnen Bereichen sind sie von vornherein alleinverantwortlich, so z.B. wenn der Präsident des Exekutivyuans bei der Ausfertigung eines Gesetzes durch den Staatspräsidenten gegenzeichnen muß (Art.37). Der Exekutiv Yuan wiederum ist in den meisten seiner Obliegenheiten dem Gesetzgebungsyuan - also einem der 3 Zentralparlamente - verantwortlich (Art.57, Ziffer 1) - insofern nähert sich die Verfassung hier dem parlamentarischen System! Der Staatspräsident vertritt zwar den Staat (Art.35), ist militärischer Oberbefehlshaber (Art.36), verkündet Gesetze und Verordnungen (Art.37), schließt Verträge (Art.38), verkündigt den Kriegszustand (Art.39), übt das Gnadenrecht aus (Art.40), ernannt und ruft Zivilbeamte ab (Art.41), hat das Ordensverleihungsrecht (Art.42), trifft Notstandsmaßnahmen (Art.43), entscheidet Streitigkeiten zwischen den fünf Yuans (Art.44) und beruft die Nationalversammlung ein (Art.29). Von diesem Enumerationskatalog abgesehen aber

hat er kein allgemeines Weisungsrecht und kann deshalb ganz gewiß nicht mit der gleichen Unumschränktheit Regierungschef genannt werden wie dies beim US-Präsidenten der Fall ist. Lediglich mit der ihm durch Art.57 zugewiesenen Mittlerposition zwischen Exekutiv- und Gesetzgebungsyuan nimmt er eine wichtige Schaltposition im nationalchinesischen Verfassungsleben ein. Tatsache aber bleibt, daß die RCh-Verfassung an fünf Stellen (Art.53, 62, 77, 83 und 90) die unzweideutige Feststellung trifft, daß die Yuans in ihrem Bereich jeweils die höchsten Staatsorgane sind.<sup>69</sup>

- Die juristische Beurteilung ist die eine Seite, die *politische* Wirklichkeit aber die andere: Sieht man einmal vom kurzen "Zwischenspiel" Yan Jiagans (1975-1978) ab, so war die RCh, wie bereits erwähnt, zwischen 1927 und 1988 von zwei machtvollen Präsidenten beherrscht, die sich in ihren Leitungsgewohnheiten von Verfassungsbestimmungen kaum einschränken ließen. Außerdem gab es da noch die Interimsbestimmung von 1948, die den Verfassungstext weitgehend verblässen ließ, insofern sie dem Präsidenten fast unbeschränkte Macht einräumte. In der Verfassungswirklichkeit war also nicht der Staatspräsident den Parlamenten, sondern im Gegenteil jedes einzelne Parlament - und selbstverständlich auch jeder Yuan - dem Staatspräsidenten letztlich rechen-schaftspflichtig.

Mit dem Machtantritt Li Denghuis, der sich weder an persönlicher Autorität mit seinen Vorgängern messen konnte noch von der Interimsbestimmung weiteren Gebrauch machen wollte, ja sie baldigst abzuschaffen versprach, und der sich überdies mit einem starken Ministerpräsidenten konfrontiert sah, hatte sich die Verfassungslage grundlegend geändert: Wie vom Schnürboden einer Bühne war der Sitz des Staatspräsidenten leicht abgesenkt und gleichzeitig der des Ministerpräsidenten ein Stück nach oben gefahren worden, so daß beide im Ernstfall sich neutralisieren konnten. Auf alle Fälle war das "Regieren" schwieriger geworden!

Da nutzte es auch wenig, wenn manche Autoren davon ausgingen, daß die Verfassungsstruktur der RCh eine "Kombination aus Kabinetts- und Präsidialsystem" sei und daß Sun Yixian

genau dies gewollt habe.<sup>70</sup> Gewiß: beide Ämter konnten miteinander harmonisieren, ebensogut aber auch in permanenten Konflikt zueinander geraten.

### 6.1.3.

#### Die Macht der Wahlurne und der Aufstieg der Opposition

##### 6.1.3.1.

#### Wie die erste Oppositionspartei entstand

Die parteilose Opposition, die nach dem Gaoxiong-Zwischenfall von 1979 zerschlagen worden war, konnte sich nur langsam wieder erholen, zumal ihre Hauptvertreter nach wie vor im Gefängnis saßen und die von ihnen als Sprachrohre benutzten Zeitschriften und Zeitungen 1980 verboten waren, angefangen von der *Meilidao* ("Formosa") über *Nuanliu* ("Warme Strömung"), *Yazhouren* ("Die Asiaten") und *Zhonggulou* ("Glockenturm") bis hin zur Zeitschrift *Dashidai* ("Große Epoche").

Bereits im Frühjahr 1981 gab es aber wieder hoffnungsvoll stimmende Vorboten eines neuen Tauwetters. So durfte beispielsweise die noch im Vorjahr verbotene Zeitschrift *Bashi Niandai* ("Die achtziger Jahre"), die von dem bekannten oppositionellen Abgeordneten Kang Ningxiang herausgegeben wurde, seit Februar 1981 wieder erscheinen, und auch sonst wurden die Bremsen vorsichtig gelockert.

Auch personell konnte sich die Opposition wieder erholen. Zwar hatte die Verhaftung des Führungskerns der *Meilidao*-Gruppe ein Vakuum geschaffen, doch wurde dieses schnell durch Familienangehörige und Rechtsanwälte der Dissidenten, nicht zuletzt aber durch junge Kräfte ausgefüllt, deren politisches Bewußtsein durch den Gaoxiong-Zwischenfall wachgerüttelt worden war, und die sich seit 1980 zu einer Wir-Gruppe unter der Bezeichnung "Neue Generation" (*Xinsheng-dai*) formierten.

Im Gegensatz zur *Meilidao*-Gruppe, die sich, wie erwähnt, aus Verwandten und Anwälten der Dissidenten rekrutierte, stellten die Angehörigen der "Neuen Generation" schärfere und kühnere Forderungen und entfachten, als sich die gemäßigeren Kräfte nicht mitreißen ließen, eine Art Zwei-Linien-Kampf.

Zu ihrem Diskussionsforum wurden zwei neue Zeitschriften, nämlich *Der Fortschritt* (Qianjin) und *Tiefes Pflügen* (Shen'geng). Die neuen Dangwai-Gruppierungen, wie sie hier zutage traten, zogen, wie schon die frühere Meilidao-Opposition, schnell das Interesse der politischen Öffentlichkeit auf sich und wußten sich mit ihrem Programm so eindrucksvoll zu profilieren, daß sie bei den Zentralwahlen vom Dezember 1980, bei denen 76 Sitze in der Nationalversammlung und 70 im Gesetzgebungsorgan neu zu besetzen waren, gleich 20% dieser Positionen erobern konnten. Unter den Abgeordneten befanden sich auch drei Verwandte der im Dezember 1979 verhafteten Meilidao-Dissidenten. Auch beim Kontrollorgan konnte die Opposition vier von insgesamt 18 Sitzen erobern - ein Erfolg, der sich in ähnlicher Eindeutigkeit bei den Provinz- und Lokalwahlen vom Dezember 1981 wiederholte.

Bei all diesen Wahlkämpfen hatten die Dissidenten wohlgerne auch jetzt noch immer nur als Einzelkämpfer und nicht Angehörige einer Partei auftreten können. Eine parteilose Opposition war bis dahin immer noch das äußerste, was die GMD ihren Gegnern zugestehen bereit war.

Die Wahlerfolge ermutigten die Dangwai, ihre Verschüchterung aufzugeben und im September 1982 zum ersten Mal wieder zu einer Versammlung zusammenzutreten. Die GMD, die diesem Treiben anfangs vermutlich noch mißtrauisch, wenn nicht nervös zusah, konnte freilich schon bald wieder aufatmen, da die Dissidenten, kaum hatten sie sich an einen gemeinsamen Tisch gesetzt, auch schon wieder in Streit miteinander lagen.

Hauptgegenstand der Auseinandersetzung war die Frage, ob "Reformen im Rahmen des bestehenden politischen Systems" (tizhi nei gaige) oder aber "Reformen des politischen Systems" (gaige tizhi) angestrebt werden sollten. Während der als gemäßigt geltende langjährige Abgeordnete Kang Ningxiang, der als einer der wenigen Dissidenten 1979 nicht verhaftet worden war, für systemimmanente Änderungen plädierte, setzten sich die Mitglieder der "Neuen Generation" für systemüberwindende Reformen ein.<sup>71</sup>

Am Ende war die GMD der lachende Dritte. Trotz dieser, aus Sicht der Regierungspartei, "beruhigenden" Ent-

wicklung drohten einige spektakuläre Zwischenfälle der Dangwai eine Zeitlang zum Verhängnis zu werden: Im Frühjahr 1983 gab es mehrere politisch motivierte Anschläge auf Einrichtungen der GMD und der Regierung. Am 26. April beispielsweise explodierten kurz hintereinander Bomben in den Redaktionsgebäuden der parteiamtlichen *Zhongyang ribao* und der GMD-nahen *Lianhebao*. Am selben Tag soll es ferner noch zu weiteren Explosionen im Büro für Ein- und Ausreisegenehmigungen gekommen sein, das dem Taiwan-Garnisonskommando unterstand. Ferner wurde am 20. Mai, dem 5. Jahrestag der Präsidentschaft Jiang Jinguos, in der zur GMD gehörigen Fernsehanstalt "Huashi" Feuer gelegt.<sup>72</sup>

Die Bombenanschläge gingen jedoch, wie das Taiwan-Garnisonskommando schnell herausfand, nicht auf das Konto der Dangwai, sondern auf Anstiftung der WUFI (World United Formosans for Independence), die, wie erwähnt, ihr Hauptquartier nicht auf der Insel, sondern in den USA hatte. Statt sich das neue Mißtrauen der Behörden als Warnung dienen zu lassen, setzte die Dangwai ihre internen Streitigkeiten fort und verfiel schon bald der klassischen "chinesischen Krankheit", nämlich dem notorischen Fraktionismus.

Gegen den bereits erwähnten Kang Ningxiang begann eine regelrechte "pi Kang" ("Kritisiert Kang")-Bewegung, in deren Verlauf sich die Streitparteien vor aller Öffentlichkeit gegenseitig am Zeug flickten. Die Öffentlichkeit hatte für diese Auseinandersetzungen kein Verständnis und erteilte den Streitparteien bei den Nachwahlen zum Gesetzgebungsorgan vom Dezember 1983 einen Denkkzettel: die Zahl der Dangwai-Abgeordneten ging von 9 auf 6 zurück - und auch unter den Verbleibenden waren nur noch Vertreter der Meilidao-Gruppe, während die Repräsentanten der "Neuen Generation" leer ausgingen.<sup>73</sup>

Durch diesen Schaden klug geworden, beschlossen die beiden Dangwai-Flügel, in Zukunft wieder solidarischer zusammenzuarbeiten und zu diesem Zweck eine einheitliche Organisation mit (verstecktem) Parteicharakter zu gründen.

Zu diesem Zweck gründeten sie die "Studiengesellschaft für öffentliche Politik" (Gonggong zhengce yanjiuhui).

Die GMD, die den Braten roch, spielte sogleich ihre bewährte Karte wieder aus und gründete ebenfalls eine "Wissenschaftliche Gesellschaft zur Erforschung der öffentlichen Politik der RCh", um der Registrationsbehörde so ein Argument für die Genehmigungsverweigerung ("Es gibt bereits eine ähnliche Gesellschaft!") zu liefern.

Doch diesmal ließen die Dangwai-Oppositionellen nicht mehr locker, sondern konstituierten sich am 11. Mai 1984 als "Studiengesellschaft für öffentliche Politik" (Abkürzung: "Gongzhenghui"). Der Wähler honorierte diese neugewonnene Einigkeit bei den Lokalwahlen vom 6. November 1985 mit dem Stimmzettel: die Dangwai konnte diesmal 13,61% der Sitze gewinnen.

Dieses neue positive Echo bei der Öffentlichkeit, nicht zuletzt aber die Reformbeschlüsse des ZEK vom Frühsommer 1986 (dazu oben 6.1.1.2.) gaben der Dangwai weiteren Auftrieb und ließen den Entschluß heranreifen, nun Nägel mit Köpfen zu machen und eine reguläre Oppositionspartei zu gründen.

Zum personellen Kristallisationspunkt dieser neuen Stoßrichtung wurde Lin Zhengjie, der Herausgeber der Zeitschrift *Fortschritt*, der es verstand, einen Mittelkurs zwischen der radikalen "Jungen Generation" und der moderaten Gruppe um Kang Ningxiang zu steuern. Der Parteibildungsprozeß kam auf Hochtouren, als die GMD offensichtlich in einer Art Kurzschlußhandlung - den neuen Star Lin Zhengjie am 3. September 1986 verhaften und wegen "Verleumdung" zu 18 Monaten Haft verurteilen ließ. In Taibei kam es daraufhin zu Protestdemonstrationen von Dangwai-Sympathisanten. Der Trotz gegen die "behördliche Willkür" führte zu zahlreichen spontanen Aktionen, durch die GMD und Polizei nicht mehr ganz durchblicken konnten. So wurden sie denn von der Gründung der ersten Oppositionspartei, die auf Taiwan das Licht der Welt erblickte, überrascht, ja fast überfahren. Verblüfft hatten sie zur Kenntnis zu nehmen, daß am 28. September 1986 im Grandhotel in Taibei die Minzhu jinbu dang (wörtl.: "Demokratische Fortschrittspartei", fortan "MJD") ausgerufen worden sei.

Raffinierterweise war die Geburt der MJD auch noch am Geburtstag des Konfuzius erfolgt, also zu einem Zeit-

punkt, der nicht nur symbolträchtig war, sondern während dessen Führung und Militär von Feierlichkeiten und Paraden in Anspruch genommen war.<sup>74</sup>

### 6.1.3.2.

#### Die MJD: Geburtswehen, Positionskämpfe und Wahlerfolge

Am nächsten Tag, dem 29. September, stand die GMD vor der Frage, ob sie über ihren eigenen Schatten springen und die neue Oppositionspartei dulden oder aber ob sie im altgewohnten Stil zuschlagen und damit einen neuen Meilidao-Fall riskieren sollte.

Von ihrem Selbstverständnis her war die GMD eine Partei, die nach Herkommen und Denkweise eigentlich nur für die zweite Option plädieren konnte: Nach konfuzianischer Auffassung gibt es ja nur (vertikale) Über- und Unterordnungsverhältnisse, nicht aber horizontale Gleichheit - auch nicht zwischen politischen Parteien. Zweitens war die GMD mit Kominternhilfe Anfang der 20er Jahre nach leninistischen Prinzipien neuorganisiert worden und hatte dadurch einen ähnlichen Ausschließlichkeitscharakter angenommen wie die KPCh und andere kommunistische Parteien. Drittens aber hatte die Partei jahrelang ein geradezu prometheisches Selbstverständnis gepflegt: anderswo schaffen sich Staaten ihre Parteien, während die moderne chinesische Republik gerade umgekehrt von der GMD aus der Taufe gehoben und über die Jahre zu rechtgeformt worden war.

Welche andere Organisation konnte einer solchen dreifach gesalbten Partei schon das Wasser reichen!? Fand im übrigen Opposition nicht bereits in den eigenen Reihen der GMD statt, so daß eine Dangwai oder gar eine formelle Partei mehr als überflüssig war!?

So selbstverständlich war der Herrschaftsanspruch der GMD, daß sie jahrelang nur zwei Satellitenparteien neben sich hatte gelten lassen, daß sie eigene Industriebetriebe, zwei Fernsehanstalten und eine Fülle von Massenorganisationen sowie von Sozialdienststellen unterhielt, eigene Zeitungen herausgab und auch das Militär als ihre Domäne betrachtete - vom Ideologiemonopol ganz zu schweigen.

Aus diesen Denkgewohnheiten und Verhaltensweisen auszurechnen und echte Konkurrenzparteien zuzulassen,

bedeutete wahre Selbstkasteiung, ja fast Selbstaufgabe und wäre ohne Druck von allerhöchster Stelle in der Tat auch kaum möglich gewesen. Während die KPCh, die 2½ Jahre später vor die gleiche Entscheidung gestellt wurde, mit brutaler Gewalt antwortete und Tausende von Dissidenten auf dem Platz vor dem Tor des Himmlichen Friedens mit Maschinengewehrgarben niedermähen und von Panzern überrollen ließ, entschloß sich die GMD - wenn auch zähneknirschend - zum Einlenken. Offensichtlich war es Jiang Jinguos persönliches Verdienst, die konservativen Kräfte von der Unausweichlichkeit dieses Schritts überzeugt zu haben.

Allerdings setzte die GMD eine Toleranzlinie, die durch drei Grundbedingungen markiert war: Die MJD dürfe, wie es hieß, nicht gegen die Verfassung verstoßen, nicht den Kommunismus befürworten und auch nicht auf eine Spaltung des Landes hinarbeiten. Es waren dies die drei Kernklauseln, die, wie erwähnt, auch in § 2 des neuen Sicherheitsgesetzes von 1987 ihren Niederschlag finden sollten.

Endgültig am rettenden Ufer befand sich die junge MJD aber erst nach Erlass des "Gesetzes über Zivilorganisationen" vom Januar 1989, durch das die Gründung neuer Parteien legalisiert wurde.<sup>75</sup>

Am 10. November 1986 hielt die MJD in Taipei ihren I. Parteitag ab: 165 Delegierte wählten ein 31köpfiges Exekutivkomitee, einen 11köpfigen Präsidiumsrat und bestimmte außerdem den 46jährigen Rechtsanwalt und Abgeordneten beim Gesetzgebungs Yuan, Jiang Pengjian, zum Parteivorsitzenden.

Auch jetzt freilich gingen die alten Positionskämpfe weiter. Vor allem an drei Streitfragen entzündeten sich die Emotionen:

- Da war zunächst die bereits erwähnte Kontroverse, ob systemimmanente oder systemüberwindende Reformen angestrebt werden sollten. Konkreter formuliert lautete die Frage jetzt, ob das bestehende politische System von innen her, d.h. durch wirkungsvollere Wahlkämpfe, durch aktivere parlamentarische Mitarbeit und durch "Professionalisierung" der Politiker, oder aber von außen her, d.h. durch die Mobili-

sierung der Straße reformiert werden sollte, wobei der Iran, Südkorea und die Philippinen besonders häufig als Vorbild herangezogen wurden.

- Sollte ferner die MJD für immer in der Opposition bleiben oder sich konstruktiv an der Regierungsarbeit beteiligen - vielleicht sogar mit eigenen Ministern? Bezeichnenderweise begannen sich Mitglieder der "Neuen Generation" schon kurze Zeit nach der Parteigründung wieder nach jenen Zeiten zurückzusehnen, da die Dangwai nichts mehr gewesen war als eine bloße "Yundong" ("Bewegung"). Das Tauziehen zwischen Institution und Pnema begann hier m.a.W. ähnlich in den Mittelpunkt der Diskussion zu treten, wie bei den deutschen Grünen.

- Besondere Emotionen weckte die dritte Frage, ob nämlich die (altetablierte GMD-)Politik der Wiedervereinigung mit dem Festland fortgesetzt oder aber ob das Ziel einer unabhängigen taiwanesischen Republik verfolgt werden sollte.

Pauschal ausgedrückt machten sich die Mitglieder der Meilidao-Fraktion für die jeweils erstere Alternative stark, während die radikaleren Vorstellungen im Sinne der zweiten Option von der "Neuen Generation" verfochten wurden.

Zwischen diesen beiden Extremen standen zahlreiche kleinere Zwischengruppen, die sich z.T. aus ehemaligen politischen Gefangenen, z.T. aus Huaqiao (Auslandschinesen) und aus anderen gesellschaftlichen Gruppen rekrutierten.

Da der weitaus größte Teil der MJD-Mitglieder nicht aus Festländern (waishengren: "Außengeborenen"), sondern aus Taiwanern (benshengren) bestand, kam zusätzlich ein Streit darüber auf, ob die offizielle Sprache der MJD das Mandarin oder aber das Taiwanische (genauer die Minnanhua, d.i. das Südfujianische) sein sollte.<sup>76</sup>

Da die Auseinandersetzungen jetzt allerdings nicht mehr mit derselben Schonungslosigkeit wie noch 1983 an die Öffentlichkeit getragen wurden, schnitt die MJD bei den Zusatzwahlen zur Nationalversammlung und zum Gesetzgebungs Yuan vom 6. Dezember 1986 mit Bravour ab. Von den 84 frei-

Tabelle 1: Wahlstatistik der Republik China 1969-1989

| Partei    | Wahljahr | Legislativ Yuan |          | Nationalversammlung      |                    |    |    |
|-----------|----------|-----------------|----------|--------------------------|--------------------|----|----|
|           |          | Mandate         | %d.Mand. | Mandate                  | %d.Mand.           |    |    |
| GMD       | 1969     | 8               | 72.72    | 15                       | 100.00             |    |    |
| Andere(1) |          | 3               | 27.27    | 0                        | 0                  |    |    |
| GMD       | 1972/73  | 41              | 80.39    | 43                       | 81.13              |    |    |
| CJP(2)    |          | 1               | 1.96     | 0                        | 0                  |    |    |
| Andere    |          | 9               | 17.64    | 10                       | 18.86              |    |    |
| GMD       | 1975     | 42              | 80.76    | -                        | -                  |    |    |
| CJP       |          | 1               | 1.92     | -                        | -                  |    |    |
| Andere    |          | 9               | 17.30    | -                        | -                  |    |    |
| GMD       | 1980     | 79              | 81.44    | 61                       | 80.26              |    |    |
| CJP       |          | 2               | 2.06     | 0                        | 0                  |    |    |
| CDSP(3)   |          | 0               | 0        | 1                        | 1.31               |    |    |
| Andere    |          | 16              | 16.49    | 14                       | 18.42              |    |    |
| GMD       | 1983     | 83              | 84.69    | -                        | -                  |    |    |
| CJP       |          | 2               | 2.04     | -                        | -                  |    |    |
| CDSP      |          | 1               | 1.04     | -                        | -                  |    |    |
| Andere    |          | 12              | 12.24    | -                        | -                  |    |    |
| GMD       | 1986     | 59              | 80.82    | 68                       | 80.95              |    |    |
| CJP       |          | 0               | 0        | 0                        | 0                  |    |    |
| MJD       |          | 12              | 16.44    | 11                       | 13.10              |    |    |
| Andere    |          | 2               | 2.47     | 4                        | 4.76               |    |    |
|           |          |                 |          | Provinzial-<br>regierung | Städte/<br>Bezirke |    |    |
|           |          |                 |          | M. %d.M                  | M. %d.M            |    |    |
| GMD       | 1989     | 72              | 71.3     | 54                       | 70.1               | 79 | 60 |
| DFP       |          | 21              | 20.8     | 16                       | 20.8               | 28 | 19 |
| Andere    |          | 8               | 7.9      | 7                        | 9.1                | 8  | 21 |

(1) Bis zur Gründung der MJD 1986 rangieren unter dem Begriff "Andere" sowohl die aktive Dangwai als auch eine Anzahl unabhängiger Politiker, deren Mandat sich zumeist auf eine starke lokale Basis stützt. Nicht selten kooperieren diese Parlamentarier mit der GMD.

(2) Chinesische Jugendpartei (Zhongguo qingnian dang)

(3) Chinesische Demokratisch-Sozialistische Partei (Minzhu shehui dang)

Quelle: Günter Schubert: "Taiwan an der Schwelle zu den 90er Jahren - Perspektiven für eine stabile Demokratie?" in "Asien" Nr.35, April 1990, S.26-39 (29)

gewordenen Sitzen der Nationalversammlung konnte sie auf Antrieb 11, von den 73 Sitzen im Gesetzgebungs Yuan sogar 12 erobern.<sup>77</sup> (Vgl. auch Tab.1)

Je weniger die MJD ihre inneren Streitigkeiten an die Öffentlichkeit brachte, um so unverblümt legte sie sich nach außen mit der GMD an. Immer häufiger kam es in den Parlamenten zu turbulenten - und z.T. handgreiflichen - Szenen und zu persönlichen Beleidigungen. Dies war ein neuer Stil der Auseinandersetzung, der vor allem den alten Herren nicht gefallen konnte. Er war nicht zuletzt dadurch bedingt, daß die MJD ja als einzige Opposition nur über 5% der Sitze im Gesetzgebungs Yuan verfügte, ihre Politik nicht auf dem Abstimmungswege durchsetzen konnte und daher zu anderen Mitteln greifen mußte, um sich Gehör zu verschaffen, nämlich zu pausenlosen Anfragen, Verfahrensverzögerungen und zu außerparlamentarischen Aktionen.

Dieses Verhalten wiederum veranlaßte die Altparlamentarier, sich einzuigeln und noch unbeugsamer als bisher auf ihren Positionen zu verharren.

Die ständigen Auseinandersetzungen nervten den Präsidenten des Gesetzgebungs YUAN, Nie Wenya, so sehr, daß er Ende 1988 um seinen Rücktritt einkam. Der 83jährige, der den Angriffen der MJD-Abgeordneten zunächst noch mit Ironie und Scherzen hatte beikommen wollen und bei dem offensichtlich Resignation zur Nachsicht geworden war, zeigte sich nach wenigen Monaten dem ständigen Gezerre nicht mehr gewachsen. Sein Nachfolger wurde der 77jährige Liu Guocai.<sup>78</sup>

Trotz dieser Zusammenstöße begann sich aber, gesamtpolitisch gesehen, das Verhältnis der GMD zur Opposition doch langsam zu entspannen. Dies wurde besonders deutlich bei der Be-

gegnung zwischen dem neuen Staatspräsidenten Li Denghui und dem Führungsmittglied der MJD, Huang Xi'nie, am 2.April 1990. Das Treffen wurde als "historisch" bezeichnet,<sup>79</sup> zumal es sich bei Huang um einen Politiker handelte, der im Zusammenhang mit dem Meilidao-Zwischenfall Ende 1979 festgenommen, im April 1980 zu 14 Jahren Gefängnis verurteilt, dann allerdings 1987 vorzeitig entlassen worden war.

Beide Seiten einigten sich darauf, daß die nächsten Reformen hauptsächlich fünf Bereichen gelten sollten, nämlich (1) den nationalen Parlamenten, (2) dem lokalen sowie (3) dem zentralen Regierungssystem, (4) der Verfassungsnovellierung und (5) den Beziehungen zum chinesischen Festland.<sup>80</sup>

Die Presse war sich darin einig, daß mit diesem Treffen, das ein 40jähriges Tabu durchbrochen habe, der "Weg für politische Stabilität geebnet" worden sei.<sup>81</sup>

### 6.1.3.3.

**Der demokratische Ausleseprozeß: Wahlerfolge und -rückschläge der neuen Oppositionsparteien sowie der GMD**

Zu einem Prüfstein für die Toleranz der GMD und für die Durchschlagskraft der Demokratisierungsbewegung wurden die Zentralwahlen vom 2. Dezember 1989, bei denen 101 zusätzliche Mitglieder zum Gesetzgebungs Yuan, 171 Mitglieder zu den drei Parlamenten auf Provinzebene (Taiwan, Taibei, Gaoxiong) und 21 Kreisleiter bzw. Bürgermeister kreisfreier Städte zu wählen waren.

Drei Arten von allgemeinen und direkten Urnengängen galt es zu dieser Zeit zu unterscheiden, nämlich (1) die Wahlen zu den drei Zentralparlamenten, die auch jetzt noch lediglich "Zusatz"- und nicht etwa Runderneuerungs-Charakter hatten, (2) die Wahl von Provinzabgeordneten, Kreisleitern (xianzhang) und Bürgermeistern kreisfreier Städte und (3) die Wahl von Abgeordneten auf Kreisebene sowie von Gemeindevorstehern.

Gem. Art.112-128 der Verfassung sollte das Recht auf Selbstbestimmung (zizhi) eigentlich nicht nur den Gemeinden, sondern auch den Kreisen und Provinzen zukommen. Ganz im Gegensatz zu dieser unzweideutigen

Normierung gab es dieses Selbstverwaltungsrecht in Taiwan jedoch auch Ende der 80er Jahre nur auf der Gemeinde- und der Landkreis-, nicht dagegen auf der Provinzebene. Dort konnte, entgegen der Bestimmung des Art.113, Abs.1, Ziffer 2 zwar das Parlament vom Volk gewählt werden, nicht jedoch der Gouverneur, der nach wie vor von der Zentrale zu ernennen war. Dieselbe Regelung galt für die beiden größten Städte Taiwans, Taibei und Gaoxiong, die in den 60er und 70er Jahren zu provinzieichen Einheiten ummanipuliert worden waren.

Im Dezember 1989 standen Wahlen zu den Kategorien 1 und 2, im Januar 1990 zur Kategorie 3 an. Die Opposition mußte dabei zum ersten Mal erleben, zu welcher unterschiedlichen Ergebnissen verschiedene Urnengänge führen können.

#### 6.1.3.4.

##### Die Wahlen vom Dezember 1989

Dem Wahlgang vom Dezember 1989 kam deshalb eine so überragende politische Bedeutung zu, weil hier erstmals die Anfang 1989 offiziell zugelassenen neuen politischen Parteien in die Arena stiegen, weil es sich zweitens um die ersten Wahlen nach Aufhebung des 38 Jahre lang durchgehaltenen Ausnahmezustands handelte und weil es sich bei den zu besetzenden Positionen, drittens, um die wichtigsten auf Taiwan zu vergebenden Direktwahlmandate handelte. In den Startlöchern standen 122 Kandidaten aus 17 Parteien, die sich um 293 Posten bewarben.

Der Ausgang brachte eine empfindliche Schlappe für die GMD, die zwar 59% der abgegebenen Stimmen und rd. 70% der zu vergebenden Ämter gewinnen konnte, die mit diesem Ergebnis aber weit zurückgefallen war, wenn man den neuen Stand an früheren Ergebnissen maß, die ja allemal bei über 70% der Stimmen und bei rd. 80% der Mandate gelegen hatten. Im Gesetzgebungsyuan errang die GMD 60,1% der Stimmen (im Dezember 1985: 69,8%). Umgekehrt nahm der Stimmenanteil der größten Oppositionspartei, der MJD, von damals 22,1% auf 28,2% zu. Von den 101 vergebenen "zusätzlichen Mandaten" fielen 72 an die GMD, 21 an die MJD und 8 auf parteilose Kandidaten.

Noch härter traf es die GMD auf Provinzebene: Bei den Wahlen zum Pro-

vinzparlament konnte sie lediglich 62,1% der Stimmen verbuchen (1986: 71,1%), für den Stadtrat in Taibei erhielt sie 62,2% (72,3%) und für Gaoxiong 62,6% (73,8%).

Alles in allem war das Ergebnis ein Nullsummenspiel zugunsten der MJD, die bei den Wahlen im Dezember 1985 nicht einmal als eigene Partei hatte auftreten und doch 15,3% bzw. 21,3% bzw. 7,6% hatte erringen können. Im Dezember 1989 stieg dieser Anteil nun auf 25,6% bzw. 23,4% bzw. 21%. Ein wahrer Triumph für die neugegründete Partei! Mit Ausnahme des Stadtrats von Gaoxiong, wo ein Abgeordneter der Gongdang ("Arbeiterpartei") hatte Eingang finden können, waren die Sitze aller drei Provinzparlamente von jetzt an zwischen GMD und deren Sattelitenparteien einerseits und der MJD andererseits aufgeteilt. Im Provinzparlament hatte die GMD 55, die MJD 16 Sitze; im Stadtrat von Taibei lautete das Verhältnis 36:14 und im Stadtrat von Gaoxiong 29:8.

Am allertiefsten jedoch brach die GMD bei den Wahlen zur Kreisebene ein: Hier fiel ihr Stimmenanteil von 63,3% (im Dezember 1985) auf sage und schreibe 52,6% zurück, während der Stimmenanteil der Opposition von damals 34,64 auf 47,33% stieg, wovon wiederum 38,7% der MJD zugute kamen. Diese Niederlage war für die GMD auch deshalb noch besonders bitter, da in mehreren Kreisen Oppositionskandidaten nicht einmal zur Wahl angetreten waren.

Die GMD mußte zur Kenntnis nehmen, daß von nun an in 7 der insgesamt 21 Kreise und kreisfreien Städte Oppositionspolitiker an der Spitze standen.

Die Wahlen waren fair, gaben nirgends Anlaß zu Beschwerden und wurden im übrigen von zahlreichen Ausländern, vor allem Journalisten, vor Ort beobachtet.

Zwar hatte die GMD nach wie vor in allen Parlamenten die absolute Mehrheit behaupten können, doch war die neuerliche Schlappe ein Warnsignal, dessen Botschaft zu entschlüsseln keine Schwierigkeiten bereitete: den Wählern war es mit den politischen Reformen offensichtlich zu langsam vorangegangen; möglicherweise hatten sogar die da und dort erfolgten Taiwan-Unabhängigkeits-Versprechen der MJD die Sympathie der Wähler gefunden.<sup>82</sup>

Diese Schlußfolgerung scheint nicht zuletzt deshalb angebracht, weil der Wählerwille nicht nur auf schnellere Demokratisierung, sondern auch auf eine verstärkte "Taiwanisierung" der Organe hinausgelaufen war. Dies wird besonders deutlich, wenn man die personelle Besetzung der Ständigen Ausschüsse des ZEK und der Kabinette in den Zeiträumen 1962/63 und 1990 miteinander vergleicht. Hatte es im IX.ZEK (November 1963) nur 13,33% Taiwanesen gegeben und beim XII.ZEK (März 1986) 45,16%, so war die 50%-Grenze bereits beim XIII.ZEK (Mai 1986) durchbrochen worden, und zwar mit 51,61%.<sup>83</sup>

Eine ähnliche Entwicklung wie im Partei- gab es auch im Regierungsbereich: Hatte das Kabinett Chen Cheng von 1962 nur 7,69% Taiwanesen aufgenommen, so waren es im Kabinett Yu Guohua (1984) 65% (dazu Tab.2). Was sich im Partei- und Kabinettsbereich angebahnt hatte, war nun bei den 1989er Wahlen konsequent fortgesetzt worden. Erst in den 80er Jahren also hatten die Taiwanesen, die ja über 80% der Bevölkerung stellen, mit den Festländern gleichgezogen - eine Entwicklung, die unvermeidlich auch zu einer neuen Thematisierung der "Unabhängigkeit Taiwans" führen mußte, selbst wenn diese Musik immer noch pianissimo gespielt wurde!

Mit der Demokratisierung ging der Trend zu höherer beruflicher Qualifizierung Hand in Hand. Gleichzeitig fiel das Militär zurück: war es am VII.ZEK (1952) noch zu 20% beteiligt, so beim XII.ZEK (1988) nur noch zu 9,7%. Umgekehrt war der Anteil der Fachleute aus Kultur und Wissenschaft, der sich 1952 bei 20% bewegt hatte, inzwischen auf 42% angestiegen und die Beteiligung der Wirtschaftsvertreter, die 1952 im ZEK noch bei Null (!) gelegen hatte, nunmehr auf 16% angewachsen - unter ihnen übrigens auch zahlreiche Mitglieder, die im Ausland, vor allem in den USA, studiert hatten.<sup>84</sup> (Tab.3 und 4)

#### 6.1.3.5.

##### Ernüchterung bei den Kommunalwahlen von 1990

Die Dezemberwahlen von 1989 schienen der MJD bewiesen zu haben, daß sie auf dem besten Wege waren, zu einer ernsthaften Konkurrentin der GMD zu werden. Doch erwiesen sich dann die Kommunalwahlen vom 20.Ja-

Tabelle 2: "Taiwanisierung"

| Ausgewählte Kabinette 1962-1990 |       |            |            |          |       |
|---------------------------------|-------|------------|------------|----------|-------|
| Kabinett(1)                     | Total | Festländer | Taiwanesen | Taiw.in% | Alter |
| Chen Cheng(1)<br>(1962)         | 13    | 12         | 1          | 7.69     | 61.83 |
| Jiang Jingguo<br>(1972)         | 16    | 10         | 6          | 37.50    | 60.44 |
| Sun Yunsuan<br>(1978)           | 20    | 13         | 7          | 35.0     | 62.55 |
| Yu Guohua<br>(1984)             | 20    | 7          | 13         | 65.0     | 60.60 |
| Yu Guohua<br>(1988)             | 21    | 12         | 9          | 42.86    | 61.71 |
| Li Huan<br>(Jan.1990)           | 19    | 10         | 14         | 73.68    | 59.73 |

(1) Angeführt sind nur die stimmberechtigten Kabinettsmitglieder. Die Unterschiede in der Gesamtzahl sind zumeist auf schwankende Ziffern bei den Ministern ohne Portfeuille zurückzuführen.

(2) Minister ohne Portfeuille sind nicht bekannt.

Quelle: Schubert (ebenda), S.32

Tabelle 3: Berufs-Organisationshintergrund ausgewählter Kabinette 1962-1990

| Jahr                  | Militär | P/R/V    | Kultur/<br>Wissenschaft | Wirtschaft |
|-----------------------|---------|----------|-------------------------|------------|
| 1962                  |         |          |                         |            |
| Chen Cheng<br>1972    | 2(15.4) | 6(46.1)  | 4(30.8)                 | 1(7.79)    |
| Jiang Jingguo<br>1978 | 1(6.2)  | 9(56.3)  | 4(25)                   | 2(12.5)    |
| Sun Yunsuan<br>1984   | 1(5)    | 7(35)    | 6(30)                   | 6(30)      |
| Yu Guohua<br>1988     | 2(10)   | 7(35)    | 8(40)                   | 3(15)      |
| Yu Guohua<br>1990     | 1(4.8)  | 5(23.8)  | 12(57.1)                | 3(14.3)    |
| Li Huan               | 1(5.26) | 6(31.57) | 12(63.15)               | -          |

Quelle: Schubert (ebenda), S.34

Tabelle 4: Ausbildungshintergrund der Mitglieder ausgewählter Kabinette 1962-1990<sup>1</sup>

| Jahr                  | Ausbildungsort        |                               |        | Ausbildungsabschluß |                      |
|-----------------------|-----------------------|-------------------------------|--------|---------------------|----------------------|
|                       | westliches<br>Ausland | Festlandchina/<br>Japan/Korea | Taiwan | Univ./<br>College   | Militär-<br>akademie |
| 1962                  |                       |                               |        |                     |                      |
| Chen Cheng<br>1972    | 7                     | 5                             | -      | 10                  | 2                    |
| Jiang Jingguo<br>1978 | 4                     | 9                             | 2      | 13                  | 2                    |
| Sun Yunsuan<br>1984   | 8                     | 8                             | 4      | 16                  | 2                    |
| Yu Guohua<br>1988     | 9                     | 6                             | 5      | 16                  | 2                    |
| Yu Guohua<br>1990     | 12                    | 5                             | 4      | 18                  | 1                    |
| Li Huan               | 11                    | 2                             | 6      | 18                  | 1                    |

(1) Die Differenz zu der jeweiligen Gesamtzahl in den Kabinetten resultiert aus fehlenden oder unzureichenden Angaben über die betreffenden Politiker.

Quelle: Schubert (ebenda), S.35

Das Verhältnis der drei Gruppen zueinander betrug am Ende bei den Kreistagswahlen 11,3:26,8:61,9% und bei den Bürgermeisterwahlen 9,6:18,7:71,7%.

Mit dem Nullsummenspiel vom Dezember 1989 war es vorbei: zwar hatte die GMD gegenüber den letzten Wahlen vor vier Jahren 110 Kreistagssitze und 29 Bürgermeisterämter eingebüßt, doch hatte die MJD davon lediglich 13 Sitze und 4 Ämter einheimen können. Der lachende Dritte waren die Parteilosen, die 105 Sitze und 25 Ämter für sich verbuchen konnten. Für die GMD war es auch jetzt wiederum tröstlich, daß sie, bis auf den Kreis Gaoxiang, in sämtlichen Kreistagen die absolute Mehrheit hatte behaupten können.

Die für jedermann überraschenden Ergebnisse bewiesen erneut, daß auch nach Zulassung der neuen Parteien die Uhren bei Gemeinde- und Kreiswahlen anders gehen als bei Zentralwahlen. Was hier zählt, ist vor allem die Persönlichkeit des Kandidaten, während Sachprogramme und Parteizugehörigkeit offensichtlich zweiten Ranges sind.<sup>85</sup> GMD-Mitglieder können hier aufgrund ihrer persönlichen Beziehungen gewählt werden, obwohl sie der GMD angehören, und Parteilose, obwohl sie der GMD nicht angehören.<sup>86</sup> Im übrigen hatte die Regierungspartei ihre Stammwählerschaft immer schon in den ländlichen Gebieten, während die städtische Bevölkerung eher bereit war, mit Alternativen zu experimentieren. So hatten einige parteilose Oppositionelle schon lange vor Gründung der ersten Oppositionsparteien zuerst in den Städten Erfolge verzeichnen können - am spektakulärsten in Taipeh und Gaoxiang, also in zwei Großkommunen, sowie in einigen kleineren Städten wie Xinzhu und Jiayi, wo beispielsweise bei den Kommunalwahlen vom Januar 1982 zwei Kandidaten der parteilosen Opposition zu Bürgermeistern gewählt worden waren.

Hier an der Basis kam es vor allem auf Guanxi und Seilschaften, nicht zuletzt aber auch auf Geld<sup>87</sup> an. Da die GMD von diesen Potentialen immer schon optimal Gebrauch gemacht hatte, erregte bei den Kommunalwahlen von 1990 eigentlich nicht so sehr der Sieg der Parteilosen als vielmehr das Versagen der GMD-Kandidaten Verwunderung und Aufsehen.

nuar 1990, bei denen 842 Kreistagssitze und 309 Bürgermeisterposten zu vergeben waren, als eine einzige kalte Duelle, während andererseits die parteilosen Kandidaten überraschend gut, die GMD immerhin achtbar abschnitt.

Da die junge MJD bisher kaum "gestandene" Kommunalpolitiker hatte hervorbringen können, und da sie überdies über keine finanziellen Mittel verfügte, war der Rückschlag vom Januar 1990 gar nicht einmal so verwunderlich. Aus den Ergebnissen konnte sie nun immerhin die Lehre ziehen, daß an der Basis noch gewaltige Rückstände aufzuholen waren.

#### 6.1.4.

##### Die Armee

Im Gegensatz zur VR China spielte die Armee im Machtkampf auf Taiwan zu keinem Zeitpunkt eine eigenständige Rolle. Andererseits war sie freilich ein mächtiger, wenn auch unselbständiger Stützpfiler für die GMD!

Diese unpolitische Rolle hing mit ihrer Geschichte (in der VR China hatte sich die Armee einen Staat geschaffen, in der RCh war es gerade umgekehrt), aber auch mit ihrem höchst konfuzianischen Verständnis vom Verhältnis zwischen Zivil- und Militärführung zusammen. Das maoistische (gleichzeitig aber auch höchst chinesische) Postulat, daß niemals Gewehrläufe regieren dürften, war in der RCh viel konsequenter befolgt worden als in der VRCh.

Zwar leistete sich Taiwan auch in den 80er Jahren noch eine Armee von rd. einer halben Million Mann, doch blieb der Aufgabenbereich dieser Streitmacht stets "festlandsorientiert", und überdies nahm das Militär - anders als in der Volksrepublik - auch nie prätorianische Züge an.

Trotz dieser politischen Abseitsstellung freilich wäre eine Darstellung Taiwans ohne Berücksichtigung der Armee unvollständig. Fast immer waren es drei - auch für den Zivilsektor spürbare - Hauptprobleme, die mit dem Militär zusammenhingen, nämlich die politische Ausrichtung der Soldaten, die Waffenbeschaffung und die volkswirtschaftliche Kostenbelastung.

- Die Ausrichtung hatte mit der Verflechtung nahezu des gesamten Offizierskorps in die GMD zu tun. Ähnlich wie in der Volksrepublik, wo die Truppen jahrzehntelang ein Instrument der KPCh (oder genauer: bestimmter KPCh-Fraktionen) gewesen waren, ehe sie dann - zumindest formal - durch die Verfassung von 1982 zu einer Armee des *Staates* erklärt wurden, mußte es

auch in Taiwan, wenn man die Verfassung ernst nahm, darum gehen, die Armee zu "entguomindangisieren" - ein Gebot, das vor allem in Art.138 der Verfassung verankert war, wo es heißt, daß die "Land-, See- und Luftstreitkräfte ohne Rücksicht auf personelle, regionale oder parteiliche Verbindungen dem Staat gegenüber loyal zu sein und das Volk zu schützen haben". Gem. Art.139 darf darüber hinaus "keine politische Partei und keine Einzelperson die Streitkräfte als Instrument im Kampf um die politische Macht benutzen". Nach Art.140 darf schließlich "kein Militärangehöriger im aktiven Dienst gleichzeitig auch ein ziviles Amt ausüben".

Dies waren eindeutige Bestimmungen, die aber vier Jahrzehnte lang im politischen Alltag Taiwans keine Widerspiegelung fanden, da die Bevölkerung über die Zentralorgane - und damit auch über das Verteidigungsministerium und den Generalstab - keine Kontrolle ausüben konnte.

Überdies war die Armee eindeutig GMD-kontrolliert. Dafür sorgte das Doppelführungssystem, das von den Kominternberatern bereits 1924 in die damalige NRA (Nationalrevolutionäre Armee) eingeführt, später aber - im Zeichen des Kampfes gegen die Kommunisten - wieder abgeschafft worden war. Nach Übersiedelung der Restarmee auf die Insel Taiwan hatte Jiang Jingguo höchstpersönlich das Politsystem erneut institutionalisiert und von 1950 bis 1954 das Amt des Vorsitzenden in der Politabteilung des Verteidigungsministeriums sogar in persona wahrgenommen.

Auch sonst war die Armee ein Erbhof der Festländer geblieben. Sogar noch beim großen Personalrevirement vom November 1989 kam nur ein einziger Taiwanese in ein militärisches Spitzengremium: er wurde zum Stellvertretenden Verteidigungsminister ernannt.<sup>88</sup>

Erst mit dem in der 2.Hälfte der 80er Jahre einsetzenden Demokratisierungsprozeß sollte sich erstmals die Chance ergeben, den Verfassungsauftrag des Art.138 zu verwirklichen.

- Zweites Problem war die Waffenbeschaffung, die sich angesichts des diplomatischen Sperrfeuers der VR China gegen potentielle Lieferanten als

immer schwieriger erwies. Als beispielsweise die Regierung in Den Haag den Verkauf von niederländischen U-Booten an Taiwan genehmigte, wurde sie mit dem Bannstrahl des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen bestraft; als Frankreich 1989 sechs Fregatten an Taiwan verkaufen wollte, wurden die Beijinger Drohungen so ungemütlich, daß sich die französische Regierung am Ende doch noch zu einem Rückzieher veranlaßt sah, und selbst die Amerikaner gaben im "Gemeinsamen amerikanisch-chinesischen Kommuniqué" vom 17.August 1982 das feierliche Versprechen ab, ihre Rüstungslieferungen nach und nach einzustellen.

Für das taiwanesisches Militär blieben damit nur noch zwei Wege übrig, um doch noch an die benötigten Waffen heranzukommen, nämlich die partielle und möglichst heimliche Zusammenarbeit mit internationalen Lieferanten sowie der Eigenbau. Da Tai bei in aller Welt als zahlungskräftig galt, war es ihm ein leichtes, durch die Hintertür zu erhalten, was ihm durch die Vordertür verwehrt wurde, nämlich die Beschaffung all jener Ersatzteile und Technologien, die zur Küsten- und Luftverteidigung benötigt werden.

Auch die Eigenproduktion von Waffen nahm ständig zu, wobei die Armee teils eigene Betriebe einschaltete, teils private Zulieferbetriebe heranzog. Am 30.10.1974 lief der erste F-5-E-Freedom Jet Fighter von den Bändern. Zusätzlich entwickelte Taiwan ein eigenes Kampfflugzeug, den IDF (Indigenous Defence Fighter) und acht Kriegsschiffe der Perry-Klasse.<sup>89</sup> Am 14.April 1990 wurden die ersten selbstgebauten Panzer des Typs M-48-H ("Tapfere Tigere") der Öffentlichkeit vorgeführt.<sup>90</sup>

Darüber hinaus entstand in Eigenbau ein z.T. unterirdisches Schutzsystem, das "Jiashan Strategische Verteidigungsobjekt", das im Falle eines Angriffs von seiten der Volksrepublik den strategischen Hauptkräften das Überleben sichern und sie für den Gegenschlag vorbereitet halten sollte.<sup>91</sup>

- Was, drittens, die Höhe der Verteidigungsausgaben anbelangt, so waren sie jahrelang eine Dunkelkammer, in die niemand hineinblicken konnte. Mit zunehmender Transparenz der allgemeinen Staatsverwaltung wurden allerdings seit Mitte der 80er Jahre auch



hier die Konturen immer schärfer. 1988 beliefen sich die Aufwendungen auf 7% des BSP, 1989 auf 6% und 1990 auf (voraussichtlich) 5%.<sup>92</sup> Ob diese Senkungslinie allerdings auf die Dauer beibehalten werden kann, wagt niemand vorauszusagen. Letztlich kommt es darauf an, ob und welche Formen des Angriffs zu erwarten sind, und wie man darauf zu reagieren hat.<sup>93</sup> An dieser Stelle nun wird der allgemeine - und weit über das bloß Militärische hinausgehende - politische und sozio-ökonomische Bezug der RCh-Streitkräfte besonders sichtbar. Sollte es eines Tages zur Wiedervereinigung oder zu einem friedlichen Ausgleich mit der Volksrepublik kommen, könnte Taiwan den Stein, den es seit so vielen Jahren am Hals herumträgt, mit einem Ruck fallenlassen - und wäre damit eine erdrückende Last los, so daß viel Geld für den jahrzehntelang vernachlässigten Sozialsektor frei würde.

## 6.2.

**Die Wirtschaft: Feinabstimmungen und Nachkorrekturen beim überkommenen Wirtschaftsinstrumentarium**

### 6.2.1.

#### **Wirtschaftliche Gesundheitschumpfung**

Taiwan betrat die 80er Jahre als eine prosperierende Industrienation. Dies bedeutete freilich zugleich auch, daß es vorbei war mit jenen zweistelligen Zuwachsraten, die der Inselwirtschaft in Zeiten ihrer stürmischen Aufwärtsentwicklung jahrelang gleichsam in den Schoß gefallen waren. Unternehmer und Wirtschaftspolitiker mußten zur Kenntnis nehmen, daß Höchstzuwachsraten eben nur in den Anfangsjahren möglich sind, während in einer reifer gewordenen Wirtschaft bereits Zuwächse von 4-5% als Erfolg verbucht werden müssen.

Die Überschrift "niedrigere Zuwachsraten" tauchte deshalb in den 80er Jahren immer häufiger in den Berichten und Presseorganen auf. So konnte z.B. das Wachstumsziel von jährlich +8% beim BSP, wie es im Zehnjahresplan 1980-1989 und im Vierjahresplan 1982-1985 noch angepeilt worden war, nicht mehr ganz verwirklicht werden. Auch bei den Investitionen gab es leichte Rückschläge: Spitzenergebnisse vom Ausmaß des Rekordjahres 1980 in Höhe von 42 Mio. US\$ ließen sich jetzt nicht mehr erreichen. 1982 beispielsweise war diese Summe auf 5,3 Mio. zurückgegangen.<sup>94</sup>

Gemessen am durchschnittlichen Wirtschaftswachstum der anderen drei "Kleinen Tiger Asiens" im Zeitraum 1988/89 stand Taiwan freilich immer noch recht günstig da: In Singapur war es von 11 auf 9,2% gefallen, in Südkorea von 11,3 auf 5,9%, in Hongkong von 7,3 auf 2,5%, in Taiwan dagegen nur von 8,3 auf 7,7%.<sup>95</sup> Wenn das neue Taiwan sich nicht an seinen früheren Erfolgen, sondern an den Ergebnissen seiner Hauptkonkurrenten maß, so konnte es also immer noch recht zufrieden sein, zumal die Inselwirtschaft trotz der Gesundheitschumpfung nach wie vor einige "Weltrekorde" zu verzeichnen hatte, d.h. Erfolge, bei denen sie weltweit den ersten Platz einnahm: So z.B. beim Sparen, beim Export von elektrischem Spielzeug (21% der Weltproduktion), beim Abwracken von Schiffen, bei der Produktion von Fahrradreifen, bei Ventilatoren, Regenschirmen, Thermosflaschen und bei den Produktionsleistungen einzelner Firmen, wie z.B. der "Formosa Plastics", die an der Weltspitze aller PVC-Produzenten und bei den Nanya-Plastics, die bei der Kunstlederherstellung ganz vorn lag. Außerdem hatte sich die Firma Guangan zum weltweit größten Hersteller von Tennisschlägern gemauert.<sup>96</sup> Allerdings handelte es sich bei den meisten dieser Produkte immer noch um arbeitsintensive Güter, deren Herstellung und Vertrieb mit mörderischer Konkurrenz sowie mit "Schweiß und Tränen" erkaufte war.

Auch bei der Infrastruktur präsentierte sich Taiwan in Höchstform: Nach den Erfolgen der Zehn sowie der Zwölf Großen Projekte legte die Regierung für die Jahre 1986-1991 neue "Vierzehn Schlüsselprojekte" (shisi xiang zhongyao janshe jihua) vor, mit denen die Infrastruktur weiter optimiert werden sollte. Es handelte sich dabei (1) um die dritte Erweiterung der "China Steel Corp." auf die jährliche Kapazität von 5,6 Mio.t, (2) drei Elektrizitätswerke, nämlich das vierte KKW, eine Wasserstauanlage in Zentraltaiwan und ein Thermo-E-Werk in Taizhong, (3) zwei Öl- und Naturgasprojekte, darunter eine Gastrennungs- und eine Verladeanlage für Flüssiggas, (4) drei Straßenbauprojekte, (5) zwei Schienennetzweiterungen, (6) Telekommunikationsverbesserungen, (7) Bau einer U-Bahn in Taibei (zwischen 1986 und 1990 sollten 90 km U-Bahnstrecke und 76 Bahnhöfe fertiggestellt sein), (8) Einrichtung eines schnellen Mas-

sentransportsystems für Taibei und seine nähere Umgebung, (9) vier Projekte der Flugkontrolle, (10) drei Projekte zur Verbesserung der Grundwassergewinnung, (11) zwei ökologisch-touristische Programme (vier Nationalparks, Entwicklung der Küstengegend), (12) städtische Müllentsorgungsanlagen, (13) fünf Projekte der medizinischen Versorgung, (14) Dorfentwicklungsprojekte<sup>97</sup>.

Wie schon bei den vorangegangenen "Großen Plänen" wurden auch diesmal die Teilziele termingemäß durchgezogen<sup>98</sup>.

Neben den Erfolgen gab es aber auch Sorgenkinder. So ging beispielsweise die heimische Kohleproduktion vor allem in den 80er Jahren ständig zurück. Allein 1989 mußten 15 Zechen wegen der schnell wachsenden Kohleimporte, wegen der hohen einheimischen Löhne und nicht zuletzt wegen Arbeitskräftemangels schließen.

Noch 1967 hatte es auf der Insel 60.000 Bergarbeiter in 366 Zechen gegeben, die insgesamt 5,1 Mio.t Kohle förderten. 1989 dagegen lauteten diese Zahlen 5.000, 50 und 1,23 Mio.t - bei rasch fallender Tendenz.<sup>99</sup>

Auch die Fischerei erlitt schmerzliche Einbußen, da taiwanesisches Kutter immer häufiger mit den neuen Wirtschaftszonenregelungen der Pazifik-Anrainerstaaten in Konflikt gerieten und, wie beispielsweise vor Chile, aufgebracht wurden.<sup>100</sup>

Außerdem konnte Taiwan die Inflation nicht mehr loswerden, die sich bereits in den späten 60er Jahren gemeldet, vor allem aber zu Beginn der 80er Jahre besorgniserregende Ausmaße angenommen hatte. Allein zwischen 1979 und 1980 beispielsweise waren die Großhandelspreise um 23% und die städtischen Verbraucherpreise um 17% in die Höhe geschneit.<sup>101</sup> Das lange Zeit so billige Taiwan war ein teures Pflaster geworden.

Doch konnten solche Einzelflecke das insgesamt strahlende Bild kaum verdüsten. Alles in allem gehörte Taiwan inzwischen zu den wenigen Staaten auf der Welt, die sich durch hohes Wachstum, relativ stabile Preise und eine niedrige Arbeitslosenquote sowie durch beträchtliche Außenwirtschaftsleistungen vom großen Rest der Welt

abhoben. Alle vier volkswirtschaftlichen Großziele wurden Jahr für Jahr in fast optimaler Weise erreicht.

## 6.2.2.

### Neue Herausforderungen - und die Antworten darauf

#### 6.2.2.1.

##### Sechs neue Herausforderungen

Trotz der allgemeinen Prosperität hatten sich in den 80er Jahren neue Herausforderungen entwickelt, die sich in sechsfacher Hinsicht äußerten:

Da gab es, erstens, enorme Handelsungleichgewichte, vor allem im Austausch mit den USA und Japan. 1988 beispielsweise gingen 38,7% der gesamten Exporte Taiwans in die USA, wobei Taiwan einen Handelsüberschuß von 10,4 Mrd.US\$ erzielte.

Nicht weniger spektakulär waren umgekehrt die Verluste im Handel mit Japan. 1987 geriet Taiwan seinem nördlichen Partner gegenüber mit 4,8 Mrd.US\$ ins Defizit, 1988 waren es 6 Mrd. und 1989 gar 7 Mrd.!

Die ständigen Überschüsse im USA-Handel führten dazu, daß der Taiwan-Dollar - auf Druck Washingtons - laufend aufgewertet werden mußte, nämlich um gleich 43,7% zwischen September 1985 und Dezember 1988. Taiwanische Waren, die bisher den Ruf genossen hatten, billig zu sein, waren damit in Gefahr geraten, empfindlich teuer zu werden. Außerdem hatte Taiwan protektionistische Maßnahmen der USA zu befürchten.

Zweitens kam es im Zug der ständig wachsenden taiwanesischen Exporte zu Friktionen mit Handelspartnern, die sich die notorische Waren-Piraterie und die Fälschung von Warenzeichen nicht länger gefallen lassen wollten. Ende 1982 wurde beispielsweise im britischen Unterhaus ein Importverbot für sämtliche taiwanesischen Waren gefordert, um die Inselwirtschaft so zu zwingen, sich endlich die international anerkannten Gepflogenheiten zum geistigen Urheber- und Warenzeichenrecht zu eigen zu machen. Der britischen Industrie erwachsen, wie es hieß, durch importierte Fälschungen aus Taiwan Verluste von jährlich 200 Millionen Pfund.<sup>102</sup>

Drittens drohte der Vorteil der billigen heimischen Arbeitskraft dahinzu-schmelzen. Schon in den 60er Jahren

war es, wie erwähnt, zu ersten Inflationserscheinungen gekommen<sup>103</sup> und - Hand in Hand damit - zur Steigerung der Reallöhne. Taiwan geriet so in Gefahr, seinen bisherigen Vorsprung als Anbieter arbeitsintensiver Produkte einzubüßen. Gleichzeitig liefen die Grundstückspreise davon - eine Entwicklung, die sich - über gesteigerte Wohnungsmieten - letztlich wieder auf die Löhne niederschlug. Die Planer sahen sich immer nachdrücklicher aufgefordert, darüber nachzudenken, wie die Wirtschaft von arbeits- auf technologieintensive Fertigung umzustellen war.

Viertens lastete die Öffentliche Hand immer noch schwer auf dem Kapitalmarkt, so daß sich das flinke Privatunternehmertum schon bald Nebenkanäle erschloß und "Guerillatrüsts" sowie "Untergrundbanken" wie Pilze aus dem Boden schießen ließ. Auch der Devisenverkehr war noch immer bürokratisch gefesselt.

Fünftens führten die neuen demokratischen Prozesse zu wachsenden Ansprüchen der Öffentlichkeit an eine verbesserte Umwelt, an den Verbraucherschutz und an eine Neugestaltung der Sozialpolitik.

Nicht zuletzt aber war es zu einer Bevölkerungsexplosion gekommen, die auch in den 80er Jahren alle Berechnungen über den Haufen warf.

Sechs Innovationsanforderungen ergaben sich aus dieser Entwicklung:

Erstens mußte der Außenhandel stärker liberalisiert werden. Dies bedeutete die Freigabe von Importen, vor allem gegenüber den USA, die Streuung der Exporte bei gleichzeitiger Erschließung neuer Ausfuhrmärkte (wobei immer wieder das Zauberwort "Europa" auftauchte), ferner die Liberalisierung des Devisenverkehrs und den neuen kategorischen Imperativ, aktiv an der Gestaltung eines offenen Welthandelssystems mitzuarbeiten und notfalls protektionistische Schranken zu unterlaufen. Zweitens mußte der Schutz von Warenzeichen und von geistigem Eigentum in Angriff genommen, drittens ein Technologieprozeß eingeleitet und viertens eine Finanzreform (bei gleichzeitiger Zulassung privater und Gleichstellung ausländischer Banken) herbeigeführt werden. Fünftens mußte die Bevölkerungspoli-

tik neu überdacht werden. Nicht zuletzt aber galt es, der sozialen Frage erhöhtes Augenmerk zu schenken und verstärkt die Umwelt, den Verbraucher und den Mieter zu schützen sowie vor allem eine wirkungsvollere Sozialpolitik in die Wege zu leiten.

Weg vom staatlichen Wirtschaftsdirigismus bei gleichzeitig verstärkter Hinwendung des Staates zur Daseinsvorsorge - dies etwa war, pauschal ausgedrückt, der neue Kurs.

Gleichzeitig löste die Wirtschaftsliberalisierung neue Forderungen nach politischer Liberalisierung aus: ein Spiraleffekt.

#### 6.2.2.2.

##### Liberalisierungsmaßnahmen als Antwort

#### 6.2.2.2.1.

##### Liberalisierung der Handelspolitik und Freigabe der Importe

Taiwan, das in den späten 50er Jahren von der Importsubstitution zur Exportpolitik übergegangen war und sich seitdem einer mehr oder weniger merkantilistischen Handelspolitik verschrieben hatte, sah sich angesichts spektakulärer Handelsbilanzüberschüsse gezwungen, den Forderungen nach Importfreigabe mehr und mehr nachzugeben. Zwischen 1971 und 1988 hatte es bereits 16mal Zollsenkungen vorgenommen, wobei vor allem die amerikanische Wirtschaft begünstigt wurde, die den Markt schon bald mit Wein und Bier sowie mit Fahrzeugen und Haushaltsgeräten zu überschwemmen begann, ohne daß dadurch freilich die Handelsbilanzdefizite beseitigt worden wären.

Als Welthandelsmacht Nr.13 sah sich Taiwan - aus wohlverstandem Eigeninteresse - außerdem verpflichtet, gegen den weltweit aufkommenden Protektionismus anzukämpfen, also für ein offenes Welthandelssystem einzutreten und dabei mit gutem Beispiel voranzugehen.

Freigegeben wurden nicht nur die meisten Importe, sondern auch die Devisen, die bisher ebenfalls einer strengen Bewirtschaftung unterlegen hatten, mit dem erstaunlichen Erfolg, daß Taiwan im Februar 1990 mit einer Gesamtsumme von 83,8 Mrd.US\$ das höchste Devisenreservepolster der Welt angesammelt hatte.

Bereits am 15. Juli 1987 waren neue Bestimmungen ergangen, die die bisherige Devisenkontrolle fast ganz aufhoben. Firmen und Einzelpersonen konnten von jetzt an ausländische Gelder frei erwerben, besitzen und umsetzen. Nur bei Summen von über 5 Mio. US\$ sollte es noch gewisse Beschränkungen geben.<sup>104</sup> Ferner wurde der Devisenverkehr, der sich bisher ausschließlich auf den US\$ reduziert hatte, auf andere Währungen ausgedehnt, z.B. auf die DM, den australischen Dollar, den Hongkong-Dollar, das Pfund Sterling, den Singapur-Dollar und den sFr. Später kamen noch die Währungen von Kanada, Frankreich, Belgien und Holland hinzu.<sup>105</sup>

Im Liberalisierungsinteresse wurde auch die Planungspolitik modifiziert, in der ja nicht nur Parameter für die Binnen- sondern auch für die Außenwirtschaft enthalten waren. Von 1953 bis 1975 hatte Taiwan eine Politik der Vierjahrespläne verfolgt. Wegen der unfreundlichen Wirtschaftslage, die der Ölkrise 1973 folgte, war der damals gerade laufende 6. Vierjahresplan jedoch abgebrochen und durch einen Sechsjahresplan (1976-1981) ersetzt worden. (Ein Fünfjahresplan, der Assoziationen zur festländischen Praxis hätte hervorrufen können, war für Taiwan von vornherein indiskutabel!) Die Erfahrungen mit der verlängerten Planungsphase waren jedoch nicht gerade ermutigend. So kehrte denn die Wirtschaftspolitik im Interesse der Flexibilität und Transparenz bereits 1981 wieder zur alten Vierjahrespraxis zurück.

#### 6.2.2.2.2.

#### Am Ende doch noch ein Warenzeichenrecht

Je intensiver - und gewinnbringender - sich die taiwanische Wirtschaft in den Weltmarkt einschaltete, um so unerträglicher wurden für viele ausländische Konkurrenten die Raubkopien und Warennachahmungen, die in wachsender Zahl nicht nur auf dem heimischen Markt, sondern auch auf südostasiatischen Märkten auftauchten - angefangen von Kfz-Ersatzteilen (britischen und deutschen Zuschnitts) über gußeiserne Haushaltswaren (nach französischem Muster), Kosmetika, Markenartikel der Leder- und Bekleidungsindustrie bis hin zu elektrischen Haartrocknern.

Angesichts einer Flut von Beschwerden konnten die Behörden Taiwans nicht länger die Hände in den Schoß

legen, sondern mußten nun endlich handeln, und sowohl das Urheber- als auch das Patent- und Warenzeichenrecht überarbeiten oder aber überhaupt erst einmal erlassen.

Am 25. April 1981 ergingen die "Bestimmungen gegen Handelsmarkenmißbrauch und gegen unrichtige Angaben des Herstellungsorts",<sup>106</sup> die im Juli 1982 in Kraft traten.<sup>107</sup> Fortan sollten die Behörden sämtliche in den Export gehenden Markenartikel daraufhin überprüfen, ob sie gegen ein in Taiwan oder im Ausland eingetragenes Warenzeichen verstießen. Nur Nicht-Markenartikel bedurften keiner Exportgenehmigung. Ferner mußte auf allen Ausfuhr Gütern sowohl an der Außen- als auch an der Innenverpackung der Herstellungsort (oder das Herkunftsland) vermerkt sein. Hierbei konnte entweder die Bezeichnung "Taiwan" oder "ROC" verwendet werden.

Nach bisherigem Recht waren nur die in Taiwan selbst eingetragenen Warenzeichen geschützt gewesen.

Bereits im März 1981 hatte das Wirtschaftsministerium beantragt, Warenfälschungen künftig strafgesetzlich zu verfolgen und zu diesem Zweck Tatbestände zu formulieren.<sup>108</sup> Der verschärfte Strafenkatalog wurde am 14. Januar 1983 in das Warenzeichengesetz eingebaut. Verletzungen sollten künftig mit Gefängnisstrafen bis zu fünf Jahren oder Geldstrafen bis zu 150.000 NT\$ belangt werden. Gleichzeitig wurde beim Wirtschaftsministerium eine Sonderkommission gegen Warenzeichen-Piraterie sowie beim Höchsten Ordentlichen Gericht eine einschlägige Sonderkammer gegründet.<sup>109</sup> Die neue Kommission hatte, wie erwartet, von Anfang an alle Hände voll zu tun und mußte beispielsweise allein 1984 512 Klagen nachgehen. Nicht nur Ausländer, sondern auch inländische Hersteller hatten sich über eine Flut von Fälschungen vor allem bei Alkoholika, Arzneien und Lebensmitteln beschwert.

Im Zusammenhang mit dem neuen Warenzeichenrecht erklärte die Regierung, daß die neue Politik den schlechten Ruf Taiwans als "Königreich der Warenzeichenpiraterie" beseitigen sollte.<sup>110</sup>

Dies waren, wie sich schon bald herausstellte, keine leeren Ankündigungen. Vor allem, wenn amerikanische

Markenzeichen verletzt wurden, hagelte es schmerzhaftes Strafen. So wurden beispielsweise im Januar 1984 die Inhaber von sechs taiwanesischen Computerfirmen unter der Anklage von Softwarefälschungen aus dem amerikanischen "Apple 2"-Programm zu je acht Jahren Gefängnis verurteilt.<sup>111</sup> Dies war ein deutliches Zeichen - sowohl gegenüber dem Ausland als auch gegenüber den heimischen "Piraten".

#### 6.2.2.2.3.

#### Technologie-Intensivierung

Angesichts der immer höheren Löhne und der nicht gerade schmeichelhaften Gleichsetzung des "Made in Taiwan" mit "Billigwaren" beschloß Taibei in den 80er Jahren, eine Politik einzuleiten, die die bisherige Arbeitsintensität durch "Technologieintensität" ersetzen sollte. Dies erforderte nicht nur hohe Technologietransferinvestitionen, sondern auch eine bessere Qualitätskontrolle, nicht zuletzt aber auch mehr Öffentlichkeitsarbeit.

Als Taiwans wichtigster Reichtum erwiesen sich in diesem Zusammenhang die zahlreichen und wohlqualifizierten Arbeitskräfte, die inzwischen auf den Markt gekommen waren. Die seit Jahren betriebene, und kostspielige, Bildungspolitik begann sich jetzt - bei der Umstellung auf Technologieintensität - auszuzahlen.

Verstärkt bemühte sich die Regierung auch um die Rückkehr der im Ausland studierenden Akademiker, die es bisher meist vorgezogen hatten, sich im Ausland nach einer beruflichen Zukunft umzusehen. So waren in den 20 Jahren zwischen 1959 und 1978 zwar 50.000 Studenten zur Weiterbildung ins Ausland gegangen, gleichzeitig aber nur 6.000 wieder zurückgekehrt.<sup>112</sup> Bis 1965 hatte es gedauert, ehe überhaupt einmal die "Schallmauer" von wenigstens 100 Rückkehrern pro Jahr durchbrochen wurde. Mitte der 70er Jahre waren es dann jährlich bereits 500-600, 1976 immerhin schon 720.

Von den 4.756 ausreisenden Akademikern d.J. 1978 waren 4.350 in die USA gegangen, und zwar 1.228 Sozialwissenschaftler, 1.218 Ingenieure, 827 Naturwissenschaftler, 682 Geisteswissenschaftler, 245 Agrarfachleute, 213 Mediziner usw. 1979 standen die Immatrikulanten aus Taiwan an zweiter Stelle aller ausländischen Studenten in den USA - gleich hinter den Iranern.<sup>113</sup> Zu

Beginn der 80er Jahre begannen in Taiwan Diskussionen über "Brain-Drain" und wirtschaftliche Verschwendung, die in diesem Zusammenhang betrieben werde. Man solle sich doch bitte mehr darum bemühen, potentiellen Rückkehrern bei der Stellensuche zu helfen. Dies sei nicht zuletzt eine Aufgabe des Staates.

Mahnungen dieser Art hatten Erfolg, und in der Tat begann sich dann die Rückkehrerquote schnell zu erhöhen.

Ausländische Investoren, allen voran solche aus Europa, pflegten auf die Frage, warum sie sich ausgerechnet im fernen Taiwan niederließen, fast immer zu antworten, daß der dortige Standort nicht nur aus marktstrategischen Gründen, sondern auch wegen der Qualität des verfügbaren Personals bevorzugt werde - bis Mitte der 80er Jahre lockte allerdings auch noch die "Streikfreiheit!".

Technologietransfer, vor allem im Hochtechnologiebereich, ist teuer und riskant, weshalb auch die Regierung gefordert war, Startkapital bereitzustellen und für eine noch optimalere Ausbildung zu sorgen.

Zu einer der neuen Forschungs- und Produktionsschwerpunkte Taiwans wurde die Elektronik, vor allem im PC-Bereich.

Daneben bekam aber auch die Schwerindustrie neue Anstöße. Im Gegensatz zu Japan und Südkorea hatte auf Taiwan die Schwerindustrie erst verhältnismäßig spät durchgestartet; um so schneller allerdings war das Tempo, das sie dann in den 80er Jahren entfaltete, und das zu raschen Erfolgen in den Bereichen Petrochemie, Schiffbau, Maschinenbau und - mit Einschränkungen - auch auf dem Gebiet des Fahrzeugbaus (sieben lokale Autofabriken!) führte.

Effizienz erreichte die junge Industrie Taiwans insbesondere bei der Stahlproduktion: Ein Arbeiter der "China Steel" in Gaoxiong produzierte bereits im ersten Jahr nach Eröffnung der Fabrik 360 t Stahl, während ein US-Stahlwerker es zur gleichen Zeit auf nur durchschnittlich 200 t brachte. Außerdem erwiesen sich die Produktionskosten Taiwans als konkurrenzlos gegenüber anderen Industrieländern. Sie lagen z.B. 1980 für Stahlblech bei 243

US\$ pro Tonne (vgl. USA: 501, Japan: 424, Bundesrepublik 450). 80% der Produkte wurden zu Beginn der 80er Jahre auf der Insel selbst abgesetzt. Der Rest ging nach Japan, Südkorea und in andere asiatische Staaten, 2% nach Nordamerika.<sup>114</sup>

Im Kielwasser der japanischen und koreanischen Vorbilder arbeitete sich Taiwan auch beim Schiffbau schnell nach vorn. 1968 nahm es mit einer Gesamttonnage von 452.000 t weltweit bereits den 4. Platz hinter Japan (4 Mio.t), Südkorea (3,2 Mio.t) und der Bundesrepublik (521.000 t) ein, setzte sich damit vor Dänemark (376.000 t) und die DDR (292.000 t). 1988 wurde das größte Schiff der Welt, die "Ulster & Ore" mit einer Wasserverdrängung von 305.000 t in Gaoxiong gebaut.<sup>115</sup> Möglich geworden war dieser Aufstieg, weil der Schiffbau im Rahmen der "Zehn Großen Projekte" vom Staat gewaltige Anschubfinanzierung erhalten hatte. Schon kurz nach ihrer Inbetriebnahme wurde die Werft von Gaioxiong i.J. 1971 allerdings von der weltweiten Öl- und Tankerkrise in Mitleidenschaft gezogen. So blieb sie 1982 auf gleich neun Schiffen sitzen und hatte damit das zweifelhafte Vergnügen, etwas von dem weltweiten Wertendebakel abzubekommen.<sup>116</sup> Weitaus besser kam Taiwan bei einem anderen nautischen Industriezweig davon, nämlich bei der Schiffsverschrottung, wo es sich bereits 1980 an die Spitze setzen konnte.<sup>117</sup> 65-70% der weltweit abzuwrackenden Schiffe wurden in Taiwan von rd. 100 Firmen in ihre Rohstoffbestandteile zurückverwandelt, hauptsächlich in Gaioxiong.<sup>118</sup>

Die Schwerindustrie profitierte nicht zuletzt von der intensiven Zusammenarbeit mit ausländischen Weltfirmen. So kam es beispielsweise 1980 zur Gründung eines Joint Ventures mit der US-Firma General Motors Corp., ferner mit der General Electronic Co. und dem japanischen Autokonzern Honda.<sup>119</sup>

Wie unten 6.2.5. näher auszuführen, schlugen sich die neuen technologieintensiven Produktionsmethoden auch in einer veränderten Exportpalette nieder.

#### 6.2.2.2.4.

#### "Finanzielle Liberalisierung", Finanz- und Bankenreform

Jahrzehntelang war das Bankenwesen Taiwans ein Quasimonopol der Öffentlichen Hand, mit der Folge, daß noch

1989 90-95% des gesamten Bankvermögens von (insgesamt 24) Instituten der Öffentlichen Hand kontrolliert wurden. Daneben gab es 35 Auslandsbanken, deren Anteil an den Gesamtanlagen allerdings nicht einmal 1% und bei den Kreditgeschäften nur rd. 5% ausmachte.

Angesichts dieser Übermacht der öffentlichen Banken, angesichts aber auch der Geschäftstüchtigkeit des Privatunternehmertums konnte es nicht ausbleiben, daß Geldhändler, wo sie legal nicht zum Zuge kamen, in den Untergrund gingen und als "Guerillabanken" auf illegale Weise schwingvolle Geschäfte betrieben. Ende der 80er Jahre hatten sich solche Untergrundorganisationen bereits zu Hunderten, vielleicht sogar zu Tausenden etabliert. Mit Gewinnausschüttungen von manchmal bis zu 10% pro Monat konnten sie rd. 3 Millionen Sparer dazu überreden, ihre Gelder von den "uninteressanten" Sparkonten (1% Zinsen pro Monat) abzuheben und sie im "Untergrund" zu investieren, wo schon bald ein Kapital in Milliardenhöhe zusammenkam - 1989 vermutlich 23 Mrd. US\$, das war ein Zehntel der Depositen aller legalen Banken.<sup>120</sup>

Zwei Gefahren waren mit dieser neuen Investitionsmethode verbunden, nämlich erstens das Konkursrisiko, dem allein i.J. 1989 40 solcher Investmentfonds zum Opfer fielen, und, zweitens, die Inflationsgefahr, die durch das schnelle Pulsieren des Kapitals hervorgerufen wurde.

Da eine enorme, wenn auch nicht näher faßbare, Zahl von Sparern in solche obskuren Investitionsgeschäfte verwickelt war, gerieten administrative Eingriffe unter der Hand zum Politikum und drohten sich nicht zuletzt gegen die GMD auszuwirken.

Mit der Einsicht, daß es besser sei, den privaten Bankensektor zu legalisieren - und damit wieder die Initiative zu ergreifen - statt dauernd nur mit Sanktionen gegen die Privatbanken zu reagieren - oder ihnen gegenüber gar eine Art Vogel-Strauß-Politik zu spielen - erließ der Gesetzgebungsyuan am 19. Juli 1989 ein neues Bankengesetz, das vor allem zwei Ziele verfolgte, nämlich einerseits die Bankengründungen zu liberalisieren, vor allem Privatbanken zuzulassen, und andererseits eine striktere Überwachung des Geldmarkts durch die Behörden zu ermöglichen.

Wollte man den obskuren "Untergrundbanken" das Wasser abgraben, so galt es, vor allem schärfere Anforderungen an das Bankengeschäft zu stellen. Das neue Gesetz schrieb deshalb vor, daß Privatbanken über ein Grundkapital von mindestens 10 Mrd.NT\$ verfügen müßten,<sup>121</sup> daß ein Großgesellschaftler ferner nicht mehr als 5% des Gesamtaktienpakets einer Bank besitzen und daß auch eine Familie allenfalls 15% an den Bankaktien erwerben dürfe. Der Rücklagenanteil am Gesamtvermögen wurde darüber hinaus von 20% auf 30% angehoben.<sup>122</sup>

Ferner wurden die ausländischen Banken den inländischen Geldinstituten gleichgestellt. Sie konnten jetzt also Sparkonten einrichten, langfristige Kredite vergeben und sich an Investitionsgeschäften beteiligen.

Im April 1990 wurden vom Finanzministerium die ersten Anträge auf die Zulassung von Privatbanken angenommen. Damit gingen vier Jahrzehnte eines öffentlichen Bankenmonopols zu Ende.<sup>123</sup>

Die ersten Liberalisierungsmaßnahmen auf dem Kapitalmarkt hatte es übrigens bereits 1980 gegeben. Bis dahin waren sämtliche Zinssätze von der Zentralbank festgelegt worden. Die einzelnen Geschäftsbanken konnten also ihre Zinssätze nicht selbst festlegen und waren damit eines wichtigen Instruments im gegenseitigen Konkurrenzkampf beraubt. 1980 war die Staatliche Zentralbank dazu übergegangen, nur noch eine Obergrenze für die Zinsgestaltung zu verordnen.<sup>124</sup>

Freiheit bedeutet auch Pflicht. Auf diese alte Weisheit konnte sich der Gesetzgeber berufen, als er im November 1985 nach einer rd. 20jährigen Dauerdiskussion Steuerreformbestimmungen erließ, deren Kernelement darin bestand, daß die bisherige Umsatz- durch eine Mehrwertsteuer ersetzt wurde. Gleichzeitig kam es zur Vereinfachung bei den von den Betrieben zu leistenden Gewerbe- und Körperschaftssteuern. Der Gesetzgeber hoffte, mit diesen Neuregelungen das Steuersystem transparenter zu gestalten und gleichzeitig die notorischen Steuerhinterziehungen besser unter Kontrolle bringen zu können, die sich, nach behördlichen Schätzungen, Jahr für Jahr in Milliardenhöhe bewegten.<sup>125</sup> 1988 bestanden die Staatseinnahmen zu 14% aus Zöl-

len, zu 12% aus der Mehrwertsteuer, zu 22% aus der Einkommensteuer, zu 13% aus der Gewerbesteuer und aus einer Reihe weiterer kleiner Einnahmequellen wie Lizenzsteuer, Hafengebühren und Stempelsteuer.<sup>126</sup> Im Haushalt für das Fiskaljahr 1990 wurden die Einnahmen auf 689 Mrd.NT\$ veranschlagt, davon 432 Mrd. (oder 63,6%) aus Steuern und Monopoleinnahmen, 96,5 Mrd. (14,2%) aus Erlösen der staatlichen Unternehmen, 17,9 Mrd. (2,6%) aus Geldstrafen, 19,6 Mrd. (2,9%) aus Veräußerung von Regierungsvermögen, 50,8 Mrd. (7,5%) aus Staatsanleihen und 49,2 Mrd. (7,2%) aus den Haushaltsüberschüssen des vorangegangenen Fiskaljahres.

#### 6.2.2.2.5.

##### Maßnahmen der Familienplanung

Am 15.Juli 1989 durchstieß die Einwohnerzahl Taiwans die 20-Millionengrenze. Die Insel war damit bei einer Bevölkerungsdichte von 556 Einwohnern pro qkm zum zweitdichtest bevölkerten Land der Erde geworden. Nur in Bangladesch (666) ging es noch enger zu. Da die Bevölkerung aber vor allem in den Becken von Taipei und Taizhong sowie in den Ebenen von Zhonghua und Gaoxiong konzentriert ist, wurden dort stellenweise sogar die Bangladesch-Verhältnisse noch in den Schatten gestellt.

Immerhin konnte sich die Regierung damit trösten, daß die "natürliche Zuwachsrate" von 3,68% im bisherigen Rekordjahr 1956 auf 1,1% i.J. 1986 zurückgegangen war, um dann allerdings bis 1988 erneut auf 1,21% anzusteigen.<sup>127</sup> Bei einer Stabilisierung des neueren Trends würde die Bevölkerung innerhalb von rd. 40 Jahren auf 25 oder allerhöchstens 30 Millionen ansteigen, um dann wieder zurückzugehen.

Mit dem Wachstum war auch eine Veränderung der Bevölkerungsstruktur zu erwarten: Der rasch sich verbessernde Lebensstandard wurde von immer höheren Lebenserwartungen begleitet: Hatte das durchschnittliche Lebensalter i.J. 1945, als die Insel an China zurückfiel, bei Männern lediglich 41 und bei Frauen 46 Jahre betragen, so hatte es sich bis 1976 bereits auf 66 bzw. 71 Jahre<sup>128</sup> und 1987 auf 71 bzw. 76 Jahre erhöht. Bis zum Jahre 2000 soll die Zahl der "Alten" (über 65 Jahre) nach Berechnungen bereits auf 8% und bis zum Jahre 2.024 auf 16% angestiegen sein.<sup>129</sup>

Spätestens in den 70er Jahren war nicht mehr zu verkennen, daß die Bevölkerungsfrage, d.h. die Familienplanung, langfristig die Wirtschaftsentwicklung entscheidend beeinflussen würde. Solange die Zentralregierung noch mit der Rückkehr aufs Festland rechnen konnte, war ein hohes Bevölkerungswachstum eher willkommen: Je mehr Multiplikatoren des Taiwan-Modells desto besser! Als sich die Rückkehrhoffnungen jedoch zu verflüchtigen begannen, tauchte das Gespenst der Überbevölkerung auf. Ähnlich wie Singapur und die Volksrepublik China ergriff Taiwan schon früh Maßnahmen zur Geburtenkontrolle, wobei die Zentrale und die Provinz mit jeweils eigenen, aufeinander abgestimmten Plänen voringingen. 1968 entstand in Taipei eine "Familienplanungsvereinigung", die von der Gesundheitsabteilung der Provinzregierung unterstützt wurde.<sup>130</sup>

Am 16.Dezember 1982 erließ der Exekutiv Yuan ein Familienplanungsprogramm, das strengere Geburtenkontrollmaßnahmen festlegte. Im Gegensatz zum Festland, wo sich seit 1979 die Richtformel "1 Familie = 1 Kind" durchgesetzt hatte, lautete auf Taiwan die - in dieser Form allerdings nicht ausgesprochene - Parole "1 Familie = 2 Kinder". Dementsprechend sollten die staatlichen Förderungsmaßnahmen ausfallen. Ab dem dritten Kind gab es also keine steuerlichen Vorteile, keine Zuschüsse und keine Ausbildungsbeihilfen mehr. Gleichzeitig war das Mindestheiratsalter zu erhöhen. Aus diesem Grunde sollten Männer unter 25 und Frauen unter 22 Jahren keine Sozialwohnungen mehr beantragen dürfen. Angestellte im Öffentlichen Dienst erhielten, wenn sie sich früher verheirateten, keine Heiratsbeihilfe mehr.<sup>131</sup> 1984 strich die Regierung alle Lebensunterhalts- und Ausbildungszuschüsse für das dritte Kind eines Beschäftigten im Öffentlichen Dienst. Auch im Rahmen der Sozialversicherung sollte die staatliche Beihilfe für die Geburt des dritten Kindes abgeschafft werden.<sup>132</sup> Am 29.Juni 1984 erging ein Gesetz, das die Abtreibung legalisierte. Nach Schätzungen des "Instituts für Familienplanung der Provinz Taiwan" hatte es in Taiwan allein 1984 rd. 128.000 Abtreibungen gegeben. Täterinnen waren zumeist Frauen, die verheiratet und bereits mehrere Male schwanger gewesen waren. Unverheiratete Frauen seien mit allenfalls 20.000 Fällen beteiligt gewesen, hieß es.<sup>133</sup> Durchkreuzt wurde die Familienplanungspolitik immer wieder

durch horoskopbedingte "Babybooms": Das ohnehin schon kräftige Bevölkerungswachstum nahm beispielsweise im "Jahr des Drachen" (1976) noch einmal ruckartig zu. Ursächlich dafür waren traditionsschwere Vorstellungen von Kraft und Autorität, die sich mit dem Begriff Drachen verbinden. Kein Mann kann sich ein schmeichelhafteres Kompliment wünschen, als "Drachensohn" (longzi) genannt zu werden. Kein Wunder, daß es unter diesen Umständen für jede Familie höchst erstrebenswert erscheinen mußte, im Jahr des Drachen einen Sohn zur Welt zu bringen. In der Tat lag die Zahl der Neugeborenen 1976 um 55.000 über dem Durchschnitt des vorangegangenen Jahres.<sup>134</sup> Außerdem zeitigte das Jahr 1976 die höchste Geburtenrate seit 1970. Der Wunsch, einem Drachensohn das Leben zu schenken, wog bei den meisten Eltern bezeichnenderweise schwerer als die Befürchtung, eine Drachentochter zu bekommen, die es nach alter Tradition später einmal schwer haben würde, einen Ehemann zu finden.

1986 war das "Jahr des Tigers" an der Reihe, in dem man sich gemäß altem Brauch eine Tochter wünscht. Da der Boom vom "Drachensjahr" 1976 noch in böser Erinnerung war, richtete der für Geburtenplanung zuständige Minister zu Chinesisch Neujahr 1986 einen dringenden Appell an alle Ehepaare, nicht abergläubisch zu sein und Verantwortung zu zeigen, damit die Geburtenrate von 1,25% im Interesse aller Einwohner Taiwans eingehalten werde.<sup>135</sup>

#### 6.2.2.2.6.

##### Neuland in Sicht: Die soziale Komponente

Lange Zeit war das Wirtschaftswunder Taiwans ohne sonderliche Rücksichtnahme auf Umwelt und mit einem Minimum an Sozialaufwendungen produziert worden. So wies z.B. der staatliche Haushalt für den Sektor "Soziales" auch im Fiskaljahr 1990 (Juli 1989 bis Juli 1990) lediglich 18,2% aus: Für ein hochentwickeltes Land wie Taiwan ein Minusrekord!

Sieht man einmal von der Bodenreform, von dem im Rahmen der Daseinsvorsorge wichtigen Infrastrukturbau und von der sozialen Eingliederung der Militärveteranen ab, so war Sozialpolitik - im Sinne anonymer Trägerschaft - auf Taiwan lange Zeit ein Fremdwort geblieben.

Von seiner Tradition her ist der Chinese Selbstversorger, der im Rahmen seiner Familie oder seines Clans immer schon für sich selbst aufzukommen pflegte, und der allenfalls bei den Göttern eine Art transzendente Rückversicherung einging. Diese Selbstversorgungsmentalität hat auch dazu geführt, daß das Sparen mit zu den wichtigsten wirtschaftlichen Tugenden des chinesischen Volkes gehört. Wenn Taiwan in den vergangenen Jahren, ganz im Gegensatz zu vielen Entwicklungsländern, selten unter Kapitalengpässen zu leiden hatte, so hing dies nicht zuletzt mit der Sparwilligkeit seiner Bevölkerung zusammen. 1987 legten die Taiwaner 1,24 Billionen NT\$ - sage und schreibe 40,31% ihres BSP - auf die hohe Kante und wurden damit zu Sparweltmeistern. Noch 1952 hatte die Sparquote bei 15,7% gelegen, 1964 bei 20% und 1972 bei 30%. 1987 schließlich war die 40%-Grenze durchbrochen.<sup>136</sup>

Vier Determinanten waren es vor allem, die dafür sorgten, daß dieses "Auf-eigenen-Beinen-Stehen" langsam aufzuhören begann, nämlich zum einen die Auflösung der traditionellen Familien- und Dorfgemeinschaften, die bisher als - personelle - "Sozialversicherungsträger" gedient hatten, zweitens der steigende Wohlstand der Inselgesellschaft, drittens das Sanminzhuyi-Erbe Sun Yixians, das neben der nationalen und der demokratischen auch eine soziale Komponente hatte, sowie, viertens, die wachsende Mitbestimmung der Basis, die sich schnell in sozialen Forderungen niederschlug.

Zunächst die *Sozialversicherung*: Bis Mitte der 80er Jahre hatten sich sechs große Versichertengruppen herausentwickelt, nämlich (1) Angestellte des öffentlichen Dienstes und ihre Angehörigen, (2) Lehrer an öffentlichen und (3) privaten Schulen, (4) Militärangehörige, (5) Arbeiter und (6) Bauern.

1988 gehörten 832.000 Personen zu den Versicherten der Kategorie (1)<sup>137</sup> und 6,7 Millionen zu den Gruppen (5) und (6);<sup>138</sup> noch 1952 waren es lediglich 172.000 bzw. 195.000 gewesen.

Die Programme gewährten den Versicherten Hilfeleistungen in Geburts- und Todesfällen, bei Unfällen, Invalidität, Krankheit, Alter und Eintritt in den Ruhestand.

Der Rest der Bevölkerung mußte mit der traditionellen Form der "Sozialversicherung" vorliebnehmen, nämlich mit der Unterstützung durch Familie, Clan oder dörfliche und nachbarliche Zusammenschlüsse.

Einen wichtigen Beitrag zur sozialen Sicherstellung von Arbeitern brachte das Arbeitsgesetz vom 25.2.1982, das eine Reihe von veralteten Bestimmungen wie das Fabrik-, das Fabrikunternehmens-, das Bergbau-, das Mindestlohn-, das Arbeitsvertrags- und das Beschäftigungsgesetz ablöste. Das neue Gesetz beschränkte die Arbeitszeit pro Tag auf maximal 10 und pro Woche auf allenfalls 48 Stunden (§ 30). Weibliche Arbeitskräfte sollten während der Schwangerschaft acht Wochen bezahlten Urlaub erhalten (§ 50). Bei Pensionierung stand dem Arbeiter nun eine Betriebsrente zu, und zwar in Höhe von zwei Grundbeträgen pro Arbeitsjahr, insgesamt aber nicht über 61 Grundbeträge. Die Höhe des Grundbetrags sollte von der Regierung bestimmt werden. Bei einem Betriebsunfall oder bei einer Berufskrankheit erhielt der Arbeitnehmer von seinem Betrieb 30% zusätzlich zu der von ihm privat abgeschlossenen Ausfallversicherung. War eine solche Versicherung nicht abgeschlossen worden, so hatte der Arbeitgeber sowohl die Ausfallversicherungs- als auch die Zusatzsumme in toto aufzubringen (§ 58). Wurde ein Arbeitnehmer arbeitslos, so hatte der Arbeitgeber finanzielle Abfindung zu gewähren und zwar in Höhe eines Durchschnittsmonatslohns für jedes bei der Firma von dem betroffenen Arbeitnehmer abgeleistete Arbeitsjahr. Im Falle eines Firmenbankrotts mußten die Löhne vorweg bezahlt werden. Diese Neuregelung hatte während des Gesetzgebungsprozesses zu einem Streit geführt: Während das Wirtschaftsministerium im Interesse der Arbeitgeber keine prioritäre Lohnauszahlung zulassen wollte, plädierte das Innenministerium aus sozialen Gründen für die Arbeitnehmerschaft - und konnte sich am Ende damit auch durchsetzen.<sup>139</sup>

Von der oben genannten Regelung abgesehen, blieben Regelungen für die Arbeitslosenversicherung in Taiwan unbekannt. Allerdings gab es seit den 60er Jahren auch kaum Arbeitslosigkeit. 1956 war das erste amtliche Arbeitsvermittlungszentrum von der Provinzregierung Taiwans eingerichtet

worden. 1987 standen sieben Arbeitsämter mit 38 Zweigstellen zur Verfügung.

Angesichts des Arbeitskräftemangels hatten die Arbeitgeber tief in die Taschen zu greifen. In den sechs Jahren zwischen 1976 und 1982 erhöhten sich die Arbeitslöhne auf der Insel pro Jahr durchschnittlich um 18%, während zur gleichen Zeit die Produktivität des Industriearbeiters nur um etwa 5,5% zunahm.<sup>140</sup> Dadurch entstand Geldüberhang - und Inflation.

Was die Hunderttausenden von Militärveteranen anbelangt, die mit der GMD in den Jahren zwischen 1945 und 1949 vom Festland auf die Insel gekommen waren, so wurde für sie eine "Kommission zur beruflichen Betreuung" ins Leben gerufen, die u.a. das weitverzweigte "Allgemeine Veteranenkrankenhaus" unterhält und 55 Produktionsunternehmen betreibt, darunter Bauernhöfe, Fabriken, Bergwerke, Supermärkte, Busbetriebe und Gaswerke. Darüber hinaus richtete die Kommission Kontaktzentren in allen größeren Städten ein, die für die Betreuung von Militärveteranen zuständig sind. Auch die Regierungspartei beteiligte sich mit Sozialhilfen - immer unter der Devise, daß die alten Kämpfer nicht im Stich gelassen werden dürften.

Für Personengruppen, die weder formell versichert sind noch Unterstützung von Verwandten erhalten können, wurde auf der Grundlage des Art.155 der Verfassung i.J. 1980 ein Sozialhilfegesetz (wörtl.: "Staatswohlfahrtsgesetz") erlassen, in dem vier Arten von Unterstützung vorgesehen sind, nämlich Geld und Sachleistungen zur Sicherung des Existenzminimums, kostenlose Krankenhilfe, Unterstützung bei vorübergehenden Notlagen und Hilfe für Taifun- und Erdbebenopfer: in einem von Naturkatastrophen heimgesuchten Gebiet wie Taiwan gewiß kein Luxus!

Der Spielraum für weitere sozialpolitische Ausgaben war nie besonders groß und wurde auch immer wieder durch die exorbitanten Verteidigungsaufwendungen, nicht zuletzt aber auch dadurch eingeschränkt, daß die meisten Pensionsaufwendungen für Militärveteranen nicht aus dem Verteidigungs-, sondern aus dem allgemeinen Sozialhaushalt zu leisten sind.

Bis Ende der 80er Jahre hatten sich die Militärausgaben auf rd. 30% der staatlichen Gesamtausgaben eingespielt. Im Staatshaushaltsplan für das Fiskaljahr 1990 (Juli 1989 bis Juli 1990) entfielen von der Gesamtausgabensumme von 680 Mrd.NT\$ 30,4% auf den Sektor Verteidigung, 18,2% auf Sozialpolitik, 17,6% auf Wirtschaftsentwicklung und 15% auf Bildung. Obwohl der Verteidigungssektor gegenüber dem Vorjahr um 1,2% beschnitten worden war, warf die Opposition der Regierung fortgesetzte Zahlenmanipulationen vor. So seien z.B. die Ausgaben für die 14 militärischen Hochschulen sowie für eine Reihe von Waffenforschungsinstitutionen nicht unter der Rubrik "Verteidigung", sondern unter dem Posten "Bildung und Forschung" eingereicht worden. Außerdem erschienen, wie erwähnt, die Militärpensionen unter der Sparte "Sozialpolitik". Fügte man all diese Ausgaben, wie es sich eigentlich gehörte, dem Verteidigungssektor hinzu, so beliefe sich dieser auf nicht weniger als 43,2% des Gesamthaushalts.<sup>141</sup>

Die effektiven Aufwendungen für "soziale Sicherheit" hätten sich von 6% i.J. 1954 auf 17,5% i.J. 1988 erhöht.<sup>142</sup>

Engpaßerscheinungen gibt es nicht nur bei der Sozialversicherung, sondern auch im städtischen *Wohnungsbereich*. Vor allem in den 80er Jahren wurde der Kampf gegen die Immobilienspekulation und die Forderung nach einem sozialen Wohlfahrtsprogramm, das auch die Wohnungsfrage miteinschließt, zu einem der heißen Wahlkampfthemen, das von der GMD und der Regierung nur höchst unwillig aufgegriffen wurde - mit der Folge, daß die Oppositionsparteien das Feld besetzten und sich, wie die GMD es empfand, als Sozialanwälte aufspielten.

Die Mietenexplosion war nicht so sehr Folge unzureichenden Wohnungsbaus als vielmehr Auswirkung von Immobilienspekulationen. Dies wird besonders deutlich, wenn man bedenkt, daß der Durchschnittspreis für eine Neubauwohnung in Taibei 1986 noch bei tragbaren 3,4 Mio.NT\$ (dem 6fachen Jahreseinkommen eines durchschnittlichen Haushalts) gelegen hatte, 1989 aber bereits auf 11,6 Mio.NT\$ geklettert war - also auf das nunmehr 19fache des Haushaltseinkommens.

Zwar lag die Durchschnittswohnfläche eines Inselbewohners 1989 statistisch bei 20,66 qm, und außerdem gab es in Taiwan eine Wohnungseigentumsquote von 79%;<sup>143</sup> im städtischen Alltag waren solche Statistiken freilich längst zu Makulatur geworden, da einerseits 125.000 Wohnungen leer standen und andererseits viele Städter sich ihre "statistische" Wohnfläche nicht mehr leisten konnten, sich also mit einem Bruchteil begnügen mußten.<sup>144</sup> Unter diesen Umständen kam es im August 1989 zu einem "Sleep-out" mehrerer tausend "Schnecken ohne Gehäuse" auf den Straßen von Taibei und Taizhong.

Auch der *Umweltschutz* paßte nicht so recht in das sonst so helle Bild der taiwanesischen Wirtschaft hinein. Wie in den meisten anderen Industrieländern war auch hier jahrelang Ökonomie auf Kosten der Ökologie getrieben worden. Kein Wunder, daß die Bewahrung der Umwelt zu einem der Hauptanliegen der taiwanesischen Demokratiebewegung wurde.

Um die Wirtschaftsentwicklung voranzutreiben, waren seit den 50er Jahren zahllose staatliche Steuerungsbehörden errichtet worden - an den Umweltschutz aber hatte niemand gedacht. Es dauerte bis 1987, ehe nun auch (am 22.August) ein eigenes Umweltschutzamt das Licht der Welt erblickte. Es wurde direkt dem Exekutiv Yuan unterstellt<sup>145</sup> und begann seine Arbeit unter der Parole, daß der Umweltschutz in Zukunft denselben politischen Stellenwert einnehmen sollte wie das Wirtschaftswachstum.<sup>146</sup> Hauptaufgabe des neuen Amtes waren von Anfang an die Sanierung einiger stark verschmutzter Flüsse, die Errichtung von Luft- und Bodenüberwachungsstationen, die Bereitstellung von Datenbanken zwecks Kontrolle der Trinkwasserqualität, die Ausarbeitung von Überwachungskriterien und die Ausarbeitung eines neuen Besteuerungssystems, das ökologischen Gesichtspunkten Rechnung tragen sollte.

Eine Vorreiterrolle im Kampf gegen die Umweltverschmutzung hatte Taibei gespielt, in dessen Weichbild beispielsweise schon Ende der 60er Jahre die bis dahin offenen Drainagekanäle durch unterirdische Abwassersysteme ersetzt wurden. Vorher war fast jeder Einheimische und bestimmt jeder Ausländer mit längerer Aufenthaltsdauer ein oder mehrere Male in die unhygie-

nischen Kanäle hineingestolpert - darunter auch der Autor. Gleichzeitig ergingen Bestimmungen zur Reinhaltung der Luft und Maßnahmen zur Verkehrsentslastung, die die Stadt allerdings noch häßlicher machten, da nun überall Hochstraßen über Märkte und sogar Stadttore hinweggezogen wurden. Überdies wuchsen die neuzugelassenen Kfz-Stückzahlen weitaus schneller als die neugeschaffenen Verkehrsflächen. 1987 gab es auf der Insel 1,85 Mio. Autos und 5,9 Mio. Motorräder. Vor allem die Straßen in Taipeh und Gaoxiong wurden damit eher zu Parkplätzen als zu Fortbewegungsstrecken. Die Klagen über Luftverschmutzung, vor allem über Schwefel- und Stickoxide wurden immer lauter.

Verpestet war aber nicht nur die Luft, sondern auch ein Teil des Bodens, vor allem im landwirtschaftlich fruchtbaren Westtaiwan. Hier gaben vor allem Cadmium, Chrom und Zink, die aus Industrieabfällen stammten, Anlaß zur Klage. Auch die wenigen Flüsse Taiwans befanden sich in einem beklagenswerten Zustand; 21 Flüsse galten auf einer Gesamtstrecke von rd. 100 km sogar als "stark" verschmutzt, wie es in offiziellen Berichten hieß.

Zwei als gefährlich geltende Projekte wurden von den Bürgerbewegungen im letzten Moment verhindert, nämlich ein Farbwerk der US-Firma Dupont an der Küste im Kreise Zhanghua (Mitteltaiwan) und das KKW Nr.4, dessen weiterer Ausbau mit zwei Argumenten bekämpft wurde: Zum einen hatte es am 7.Juli 1985 im KKW Nr.3 einen Brand gegeben, und außerdem hatte die Katastrophe von Tschernobyl (April 1986) gerade die Welt erschüttert - und nicht auch die Umweltschützer in Taiwan wachgerüttelt.<sup>147</sup>

Nach offiziellen Angaben hat Taiwan für den Umweltschutz 1983 1 Mrd. NT\$, 1984 3,6 Mrd. und 1985 5,8 Mrd. ausgegeben.<sup>148</sup>

#### 6.2.2.2.7.

##### **Der Klein- und Mittelbetrieb: eine schwer veränderbare Konstante**

Anders als noch ein Jahrzehnt früher wurde die Winzigkeit des taiwanesischen Durchschnittsbetriebs in den 80er Jahren nicht mehr als veränderungsbedürftig empfunden man hatte im Gegenteil die Vorteile der autochthonen KMU-Betriebsform<sup>149</sup> zu würdigen gelernt. Taiwan ist, wie nun

schon mehrere Male erwähnt, ein Paradies der Klein- und Mittelunternehmen. Dies hatte in den Augen der Wirtschaftspolitiker allerdings nicht immer als Vorteil gegolten. Im Gegenteil hatte das Wirtschaftsministerium eine Zeitlang versucht, Großhandelsfirmen nach dem Schnittmuster der japanischen Sogo Sosha und der koreanischen Chaebol aufzubauen und auch auf Taiwan sog. "Große Handelsfirmen" (da maoyishang) ins Leben zu rufen.

Einschlägige Pläne waren zwischen Regierung und Unternehmern bereits im Zeitraum 1977/78 ausgearbeitet worden, nachdem sich Taipeh von der erstaunlichen Elastizität der japanischen Sogo Sosha während der Erdölkrise hatte überzeugen können und nachdem, zweitens, bei vielen taiwanesischen Unternehmern der Wunsch aufgekommen war, nicht länger auf die Sogo Sosha angewiesen zu sein; hatte man doch mit Betroffenheit feststellen müssen, daß Ende der 70er Jahre nicht weniger als 70% des gesamten taiwanesischen Außenhandels durch ausländische, vor allem durch japanische Handelshäuser auf dem Weltmarkt vertrieben wurden.

In Japan und in Südkorea gab es jeweils neun Großhandelshäuser, die sich als kraftvolle Relaisstationen der ihnen jeweils zugeordneten Produktionsbetriebe bewährt hatten, und die überdies auch mit staatlichen Mitteln gefördert wurden, vor allem in Südkorea, das sich während der 60er und 70er Jahre mit den aggressiven Wettbewerbsmethoden seiner Chaebol überall auf der Welt Respekt verschafft hatte.

1978 schickte Taiwan mehrere "Großhandelsfirmen" nach japanisch-koreanischem Schnittmuster ins Rennen, die, um den "Da maoyishang"-Status zu erhalten, vorher nachgewiesen haben mußten, daß sie über ein Betriebskapital von 200 Mio.NT\$ verfügten, daß sie jährlich für mindestens 10 Mio.US\$ an Waren exportieren könnten und daß sie in der Lage seien, mindestens drei Auslandsvertretungen zu unterhalten. Außerdem mußte eine GHF auch noch eine Devisenbank als Gründungspartner nachweisen.

Insgesamt erlangten sieben taiwanische Firmen den GHF-Status, nämlich "Pan Overseas", "Collins", "Nanlien

International", "Great International", "E-Hsin International", "Taipoly" und "Peacock", doch bereits 1986 waren fünf wieder aus dem Rennen. Selbst im Spitzenjahr 1983 bewältigten die zu dieser Zeit noch übriggebliebenen vier GHF lediglich 1,46% der taiwanesischen Gesamtausfuhren, während beispielsweise die neun japanischen Sogo Sosha im gleichen Jahr 42% und die neun südkoreanischen Chaebols sogar 51% der heimischen Exporte in die ausländischen Märkte gedrückt hatten. Noch bescheidener nahmen sich die Erfolge der GHF im Gesamtzeitraum 1979-1987 aus, wo sie es auf insgesamt kaum 1% des Gesamthandels brachten.<sup>150</sup> GHFen erwiesen sich m.a.W. als ein einziger Mißerfolg, wofür sich die Gründe schnell finden ließen: erstens befanden sie sich von Anfang an in einem extrem harten Wettbewerb zu den bereits etablierten ausländischen Vertriebskonkurrenten, vor allem zu den in Taiwan längst mit Heimrecht ausgestatteten Sogo Sosha, zweitens waren die GHFen zu schnell hochgezogen worden, als daß sie die für eine taiwanische Organisation nun einmal unentbehrlichen vertikalen Strukturen und Guanxi hätten ausbauen können; so wurden sie denn von der lokalen Geschäftswelt kaum akzeptiert und blieben "in der Luft hängen". Sie litten m.a.W. daran, daß ihnen weder ausreichende "Betriebsgruppierungen" (qiye jituan) noch "durch Persönlichkeiten verbundene Unternehmen" (guanxi qiye) zur Verfügung standen. Drittens gehört es, wie bereits erwähnt, zu den Leitmotiven jedes taiwanesischen Unternehmers, sein eigener Herr zu sein: "Lieber der Schnabel des Huhns als der Schwanz eines Ochsen", heißt es (ning wei jikou, bu wei niuhou). Außerdem will "jedermann sein eigener Herr sein" (dajia dou yao dang laoban). Viertens aber ist die Abneigung der Wirtschaftspolitiker in Taipeh gegen gigantische Großunternehmer nicht zuletzt in der Sanminzhuyi-Philosophie verwurzelt, die sich ja gerade auf Taiwan mit ihrem Konzept "Wachstum unter Wahrung der Gleichheit" Respekt verschafft und die Taiwan letztlich auch davor bewahrt hat, ganz dem japanisch/koreanischen Vorbild zu verfallen.

Am Ende brachte das Scheitern der GHFen mehr Vor- als Nachteile mit sich; wurde doch die taiwanische Gesellschaft davor bewahrt, sich ähnlich dualistisch zu entwickeln wie die ko-



reanische oder japanische Betriebswelt (dort gibt es die "Lieblingskinder" der Nation, die Großfirmen, und die Stiefkinder, nämlich die KMU, die häufig am Rande des Existenzminimums entlangschrammen). Außerdem sorgte die KMU-Praxis dafür, daß Taiwans Unternehmertum hochflexibel blieb. Nicht zuletzt aber artete die taiwanische Konkurrenz, anders als die japanische oder koreanische, auf dem Weltmarkt nie in ein "Laser-Beaming" aus, sondern blieb stets gestreut. Taiwan setzte sich m.a.W. nie dem Vorwurf aus, daß es ganze Industriezweige seiner Konkurrenten mit dem Laserstrahl eines auf wenige Sektoren zusammengebündelten Angebots gleichsam ausbrennen wolle.

Wie sehr die taiwanische Industrie von KMUen bestimmt wird, läßt sich aus folgenden Zahlen entnehmen: Ende 1988 gab es auf der Insel 339.777 registrierte Betriebe, von denen 145.484 auf den Handel und 134.060 auf Produktion ausgerichtet waren. 98 dieser Unternehmen konnten als KMUen gelten, beschäftigten aber gleichwohl rd. 70% aller Erwerbstätigen. 90,3% verfügten über ein Realkapital von nicht einmal 10 Mio.NT\$ und hatten zusammen nur einen Anteil von 30,4% am Gesamtkapital aller registrierten Betriebe Taiwans. 9,9% aller Betriebe hatten ein Realkapital von über 10 Mio.NT\$ und 0,21% ein solches von über 200 Mio.NT\$.<sup>151</sup> Die meisten der Betriebe beschäftigten weit unter 100 Arbeiter oder Angestellte. Taiwan war m.a.W. auch jetzt noch das klassische Land der KMUen geblieben, das es bereits zur Zeit der Qing-Herrschaft gewesen war.<sup>152</sup>

Aus dem Meer des Kleinunternehmertums ragten nur wenige Riesen hervor, zu denen hauptsächlich die Betriebe der öffentlichen Hand zählten, allen voran die "Chinese Petroleum Corp.", die "Tai Power Co." und das Taiwan Monopolbüro für Tabak und Alkohol. Nicht zu vergessen waren allerdings auch noch einige Privatfirmen, nämlich die drei Großbetriebe der "Formosa Plastics-Gruppe": Nanya (Jahresumsatz 1986: 42 Mrd.NT\$), Formosa Plastics Corp. (28 Mrd.) und Taiwan Chemical and Fiber Corp. (23 Mrd.), gefolgt von der Firma Datong ("Tatung"), einem Unternehmen für Elektrogeräte und Maschinenbau (20 Mrd.).<sup>153</sup>

Von den 27 staatlichen Unternehmen Taiwans waren i.J. 1985 die Zentralbank und die Postsparkassen mit 900 Mrd. bzw. 125 Mrd.NT\$ die weit aus größten Betriebe, gefolgt von der Tai Power (470 Mrd.). Weitere Großunternehmen mit einem Gesamtvermögen von über 100 Mrd.NT\$ waren die Verkehrsbank, die Chinese Petroleum Corp., die China Steel Corp., die Farmers Bank of China und die Central Trust of China.<sup>154</sup>

1984 setzten die 27 staatlichen Unternehmen 700 Mrd.NT\$ um, wobei ein Reingewinn von 130 Mrd. hängenblieb - ein Gewinnsatz von sage und schreibe 19,5%! Die 96 größten privaten Betriebe konnten im gleichen Zeitraum dagegen nur einen Umsatz von 630 Mrd.NT\$ erzielen, wobei allerdings vor Steuern nicht einmal 5% herauskamen - also nur ein Viertel des Durchschnittsreingewinns der staatlichen Unternehmen. Nicht alle Staatsunternehmen freilich waren rentabel. Die Chinesische Schiffbaugesellschaft, die Taiwan Metall- und Bergbaugesellschaft und die Aluminiumgesellschaft z.B. schrieben über Jahre hinweg rote Zahlen.<sup>155</sup>

### 6.2.3.

#### Neue Wege bei der Investitionspolitik

Auch in den 80er Jahren hielt Taiwan seine Türen für ausländische Investitionen einladend weit offen - eine lohnende Politik; hatte sie doch zwischen 1951 und Anfang 1988 einen Gesamtkapitaltransfer von 8,3 Mrd.US\$ eingebracht. An dieser Summe waren allerdings nicht nur "Ausländer", sondern, in Höhe von 1,5 Mrd., auch Überseechinesen beteiligt.<sup>156</sup>

Auch jetzt noch blieb die EVZ-Politik ein Lieblingskind der taiwanischen Wirtschaftspolitiker, doch ging der Ruf nun nach mehr Liberalisierung. Weitgehend freigegeben wurden deshalb vor allem die Zölle. Hatte der durchschnittliche Zolltarif 1980 noch bei 39% gelegen, so war er 1981 auf 25%, 1982 auf 18% und Ende 1983 auf 13% abgesenkt worden. Eine besondere Förderung sollte vor allem der Import von Rohstoffen, Industrieausrüstungen und solchen Konsumgütern erfahren, die in Taiwan einstweilen noch nicht selbst produziert werden konnten.<sup>157</sup>

Im Dezember 1980 wurde eine neue Art von Industriezone eröffnet, nämlich der "Industriepark von Xinzhu",

der dem Modell des Silicon Valley in Kalifornien nachempfunden war, und der zu einem Mekka der taiwanischen Elektronikforschung und -produktion werden sollte. Für sämtliche Investitionen in der neuen Zone sollte fünf Jahre lang Steuer- und Zollfreiheit gelten. Xinzhu liegt rd. 80 km südlich von Taipeh und ist Standort von gleich drei Technischen Hochschulen.<sup>158</sup> Im Januar 1981 wurden 13 weitere Industrieparks geplant.<sup>159</sup>

Eine weitere Neuerung bestand darin, daß Taiwan vom Investitionsempfänger zum Investor wurde und Kapital exportierte. Vor allem die üppigen Devisenreserven gaben Anlaß zu dieser Wende. Im Februar 1990 beliefen sich die Devisenbestände Taiwans auf 83,8 Mrd.US\$, davon 78 Mrd. in Devisen und 5,8 Mrd. in Gold. Damit hatte sich Taiwan vor Japan und der Bundesrepublik an die Weltspitze gesetzt. Die Reserven verteilten sich zu rd. 70% auf US\$, zu 15% auf DM und zu 10% auf japanische Yen.<sup>160</sup> Normalerweise gelten Devisenreserven als ausreichend, wenn sie dem Importwert von drei Monaten entsprechen. Inzwischen aber konnte Taiwan dafür sogar mehrere Jahre abdecken. Da die meisten Devisen, wie gesagt, in US\$ angelegt waren, der Dollar aber ständig an Wert verlor, bereiteten die hohen Devisenberge eine Zeitlang mehr Sorgen als Freude. Um hier nicht nutzlose Hortungspolitik zu betreiben, beschloß die Regierung, Devisengewinne verstärkt im Ausland zu reinvestieren.

Außerdem gingen zahlreiche Firmen aus dem Bereich der Bekleidungs-, der Kunstlederschuhe-, der Spielsachen- und der Handtaschenproduktion in Niedriglohnländer der asiatisch-pazifischen Region, besonders nach Thailand und Malaysia.

Andere Firmen kauften sich in den USA oder aber in Europa ein, um dort an neue Technologien heranzukommen.

In einigen Ländern, wie in Thailand, auf den Philippinen, in Indonesien und Malaysia, stieß die taiwanische Wirtschaft als Investor 1989 auf den ersten Platz vor. Insgesamt wurden in den vier genannten Ländern 1989 468 Investitionsprojekte taiwanesischer Provenienz genehmigt - im Jahr vorher waren es 453 gewesen.

Auf dem chinesischen Festland kam es zu einem regelrechten "Investitionsrausch".<sup>161</sup> Bis Ende März 1990 hatten dort bereits 1.100 Firmen aus Taiwan eine Gesamtsumme von 1,1 Mrd. US\$ angelegt.<sup>162</sup> Bei einer Umfrage Anfang 1990 nannten nicht weniger als 31% der befragten Unternehmer das chinesische Festland als bevorzugten Investitionsstandort. Die hohen Löhne und Bodenpreise sowie der Arbeitskräftemangel zu Hause ließen Investitionen auf dem Festland als höchst lohnenswert erscheinen, vor allem in arbeitsintensiven Bereichen, wie bei der Schuh-, Textil-, Spielzeug- und Schirmherstellung. Die Behörden in den Taiwan gegenüberliegenden Provinzen Fujian und Guangdong nutzten die günstige Gelegenheit und errichteten eigene Sonderwirtschaftszonen für taiwanische Investoren - mit Erfolg, wie sich schon bald zeigte: hatte es z.B. in der Küstenstadt Xiamen 1987 nur 20 taiwanische Anleger gegeben, so waren es Mitte 1990 bereits 300. Viele taiwanische Unternehmer handelten dabei nach dem Grundsatz, daß eine "mage-re Gans leicht zu mästen ist".

Die Regierung in Taipeh sah der Investitionstätigkeit ihrer Landsleute mit Argwohn zu: in ihren Augen war das Regime auf dem Festland eher noch ein hungriger Wolf als eine harmlose Gans.<sup>163</sup>

#### 6.2.4. Kapitalüberhang und Spekulationsfieber

Mit dem Wirtschaftserfolg wuchsen in den 80er Jahren vor allem die Ersparnisse, die zunächst investiert oder aber auf Konten angelegt wurden. Da die Banken, die zu dieser Zeit noch unter staatlichem Monopol standen und etwas träge reagierten, schon bald mit liquiden Mitteln überflutet waren und sich schließlich sogar weigerten, überhaupt noch größere Barbeträge anzunehmen, entstand bei so manchem Neureichen die Frage, was er mit seinen liquiden Mitteln sinnvollerweise anfangen könne. Die Antwort war bald gefunden und lautete auf Aktien- und Grundstücksspekulation. Doch auch Aktien und Grundstücke erwiesen sich als knappe Güter, so daß die Nachfrage bald größer war als das Angebot. Folge dieses Mißverhältnisses war eine streckenweise an Hysterie grenzende Spekulationswut. Schon sprachen einige Kritiker vom taiwanesischen Wirtschaftsgeschehen als einer "Kasinowirtschaft".

Anfang 1989 waren an der taiwanesischen Börse lediglich 164 Firmen mit 172 Aktientiteln zugelassen.<sup>164</sup> Gleichwohl erreichte die Zirkulation eine weltweit konkurrenzlose Intensität - und Nervosität - des Besitzwechsels, insofern nämlich kurzfristigste Spekulationen zur Regel wurden. Zahlreiche Aktien wechselten den Besitzer gleich mehrere Male an einem einzigen Tag. So kam es, daß die Taiwan-Börse, nach Umsatztakten gemessen, zeitweise an die Weltspitze rückte, so z.B. im Februar 1990, als die Insel mit 23,8 Mio. Käufen und Verkäufen weit vor Hongkong (13,3), Tokyo (9,5), London (7,3) und Singapur (3,6) lag. Aber auch vom gehandelten Geldvolumen her hatte sich Taiwan in diesem Monat noch vor Tokyo und London gesetzt.<sup>165</sup>

Vier Gründe waren es vor allem, die dieses Spekulationsfieber auslösten, nämlich erstens der hohe Geldüberhang, zweitens die Lockung des großen und leichtverdienten Geldes, die viele Hausfrauen, Angestellte und Beamten veranlaßte, sich nicht mehr auf ihre normale Arbeit zu konzentrieren, sondern sich über ihren Personal Computer ständig bei der Börse einzuschalten, drittens das Fehlen einer Börsenumsatzsteuer und viertens der dem chinesischen Denken innewohnende Hang zu Glücksspiel und zu Fatalismus. Wer z.B. je auf einem taiwanesischen Campus gelebt und die dort fast täglich umlaufenden Warnungen der Schulbehörden vor Glücksspielen aller Art kennengelernt hat, konnte kaum überrascht sein über die nüchterne statistische Meldung, daß sich schon bald vier der insgesamt 20 Millionen Einwohner aktiv an der Börsen-Bonanza beteiligten.

Die Folge: Der TaieX (Taiwan weighted price index) begann schon bald "verrückt" zu spielen.<sup>166</sup> Am 19. Juni 1989 durchbrach er zum ersten Mal in der 27jährigen Geschichte des taiwanesischen Börsenmarkts die magische Grenze von 10.000 Punkten. Dabei hatte er Anfang Januar desselben Jahres noch bei bescheidenen 4.873 Punkten gelegen! Dann kam es zwischendurch wieder zu Zusammenbrüchen, die den Durchschnittsspekulanten jedoch keineswegs entmutigten, sondern ihn offensichtlich eher noch beflügelten.

An dem nationalen Roulette, das die Bevölkerung aller sozialen Schichten, von der Hausfrau über den Taxifahrer

bis hin zum Beamten und Kleinunternehmer, in seinen Bann gezogen hatte, drehte übrigens auch der Staat und die GMD kräftig mit. Beide besitzen eigene Maklerfirmen.<sup>167</sup>

Eine Zeitlang hatte die Spekulation entweder via Bildschirm oder aber in den kinoartig eingerichteten Geschäftslokalen der Wertpapierhäuser stattgefunden. 1989 gab es auch hier eine Innovation, insofern die Ladenkette "Tongyi" Bildschirme aufstellen ließ, über die das Börsenspiel mitverfolgt werden konnte. Ein ausländischer Beobachter stellte damals die Frage, ob es nicht "nahe liege, künftig über die Ladentheke auch gleich noch ein paar Aktien zu ordern". Zwar verbiete das taiwanische Recht eine solche Option einstweilen noch, doch bei dem atemberaubenden Tempo Taiwans werde wohl auch diese Hürde bald fallen.<sup>168</sup>

Die Spekulationssucht verursachte nicht nur Nervenkitzel, sondern rief auch soziale Krebschäden hervor, indem sie beispielsweise dazu führte, daß die Abstände zwischen Arm und Reich, die in den vorangegangenen Jahren auf so wohlthuende Weise kleingehalten worden waren und auf die Taiwans Wirtschaftspolitik zu Recht stolz sein konnten, in beängstigendem Tempo wieder auseinanderdrifteten (Näheres zu diesem Punkt ist im letzten Abschnitt auszuführen).

Um hier etwas dämpfend zu wirken, führte der Gesetzgeber am 1. Januar 1989 die zwölf Jahre vorher zum Zwecke der Investitionsbelebung suspendierte Kapitalgewinnsteuer wieder ein.<sup>169</sup> Durch Drehen an der Gewinnschraube sollte das Spekulationsinteresse verringert werden. Doch erwiesen sich solche Erwartungen vorerst als Illusion.

#### 6.2.5.

##### Der Außenhandel bleibt Schwungrad der taiwanesischen Wirtschaft

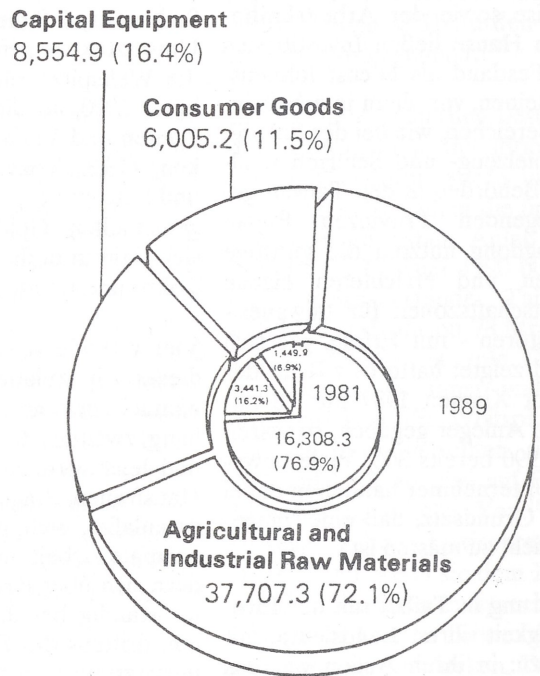
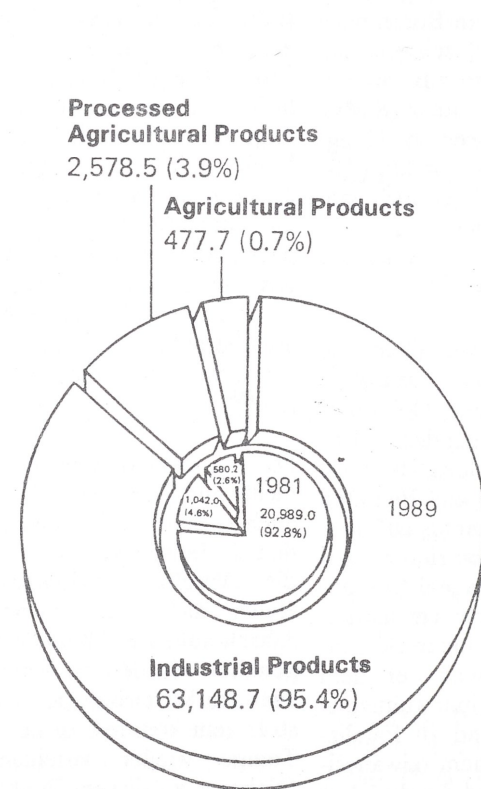
1988 hatte sich Taiwan unter den Außenhandelsnationen bereits auf Rang 13 vorschieben können,<sup>170</sup> verglichen mit dem vorangegangenen Jahrzehnt waren die Steigerungsraten jetzt allerdings kleiner geworden. Es konnte mit zweistelligen Zuwachsraten ja nicht in alle Ewigkeit weitergehen!

Unter den wichtigsten Handelspartnern hatten die USA 1987 einen Anteil von 44,2% an Taiwans Exporten, Eu-

# FOREIGN TRADE DEVELOPMENT OF THE REPUBLIC OF CHINA

Trade Structure of The Republic of China, 1981 & 1989

Unit: US\$ Million



EXPORTS

Quelle: FCJ, 10.5.1990, S.8

IMPORTS

ropa 14,5% und Japan 13%. Was umgekehrt die Einfuhren Taiwans anbelangt, so stand Japan mit 34,3% einsam an der Spitze, gefolgt von den USA (22,1%).<sup>171</sup>

1984 wurde Taiwan zum Exportweltmeister bei 20 Warenpositionen, u.a. bei Schuhen, Schirmen, Fahrrädern, Ventilatoren, Fahrradreifen, Nähmaschinen, Tennisschlägern und bei Kleinmotoren.<sup>172</sup>

Auch in den 80er Jahren blieb der Außenhandel das Kernstück der RCh-Wirtschaft. Freilich hatte inzwischen der Protektionismus weltweit zugenommen, so daß Taipei es für ratsam hielt, sich schnell auf die veränderte Lage einzustellen und neue Strategien einzuschlagen, nämlich erstens technologiedienliche Produkte auszuführen

(vgl. dazu Graphik Nr.23), zweitens beim Wachstum der Wirtschaft nicht mehr so sehr auf Exporte, als vielmehr auf wirtschaftsdienliche Importe und auf Dienstleistungen zu setzen. Darüber hinaus mußten die Außenhandelsbeziehungen stärker gestreut werden.

Der Übergang von arbeits- zu technologieintensiven Produkten schlug sich schon bald auch in der Exportstatistik nieder. Traditionelle Ausfuhrüter wie Sperrholz, Plastik-, Gummi- und Lederprodukte sowie Schuhe, Schirme u.dgl. gingen langsam zurück, während auf der anderen Seite Elektrogeräte, Maschinen, petrochemische Erzeugnisse und Sportartikel zunahmen.<sup>173</sup> Die von Jahr zu Jahr wachsenden Außenhandelsüberschüsse zeigten, daß Taipei hier aufs richtige Pferd gesetzt

hatte. Was jedoch des einen Freud, ist des anderen Leid. Vor allem gegenüber den USA geriet Taiwans Handel in eine Schiefelage. 1987 erreichte der Gesamtwert des taiwanesischen Außenhandels 88 Mrd.US\$, von denen nicht weniger als 31,3 Mrd. mit den USA abgewickelt wurden, wobei die USA ein Defizit von 16 Mrd. hinnehmen mußten. Kein Wunder, daß es aus Washington Proteste hagelte. Da Taiwans Wohl und Wehe auch jetzt noch von den USA abhing, konnte sich Taipei bei diesen Vorhaltungen gegenüber nicht taub stellen, sondern mußte Maßnahmen zum Abbau des eigenen Handelsüberschusses ergreifen. Zu diesem Zweck ging Taiwan (1) verstärkt dazu über, seine Auslandsmärkte zu diversifizieren, förderte (2) den Verkauf von US-Produkten durch Ausstellungen und Demonstrations-

veranstaltungen im eigenen Land und entsandte (3) bis 1987 nicht weniger als 14 Einkaufsdelegationen in die USA. Nicht zuletzt aber hatte es (4) bis November 1985 den NT\$ bereits um 45% gegenüber dem US\$ aufgewertet, so daß die amerikanischen Importe billiger und die RCh-Exporte teurer wurden. Vor allem bei dieser Aufwertung hatte Taipei gewaltig zu schlucken: zum einen ist ja die Währungsaufwertung in der Wirtschaftswissenschaft als Mittel zum Handelsausgleich höchst umstritten, zum andern mußte man befürchten, daß vor allem die taiwanische Binnenwirtschaft mit ihren hochempfindlichen Strukturen beeinträchtigt werden könnte. Zu den Hauptexporteuren der Insel gehören ja, wie bereits mehrere Male erwähnt, hauptsächlich kleine und mittlere Unternehmen mit oft minimalen Gewinnmargen. Jede Währungsmanipulation mußte unter diesen Umständen direkt auf die Unternehmensgewinne durchschlagen. Japanische oder südkoreanische Großhandelsunternehmen konnten eine Aufwertung ihrer Währungen viel leichter verkraften als taiwanische Kleinunternehmer.

Zur Beruhigung der taiwanischen Betriebe zeigte es sich allerdings schon bald, daß die RCh-Waren trotz der manipulierten Verteuerung auch weiterhin vom amerikanischen Markt aufgesogen wurden, so daß sich bei höherem Preisniveau auch die alten Gewinne wieder einstellten. Die USA hatten sich hier m.a.W. ins eigene Fleisch geschnitten.

Noch drei weitere bittere Pillen mußte Taiwan schlucken:

- So warf die US-Regierung der taiwanischen Wirtschaft vor, daß sie ihren immensen Handelsüberschuß durch Goldimporte zu verschleiern und dadurch die Handelsstatistik zu schönen versuche. Dadurch werde der Goldpreis verteuert, während gleichzeitig weniger amerikanische Waren gekauft würden. Taiwan möge dieses Verhältnis umkehren. Taipei beugte sich auch diesen Vorstellungen und verringerte 1989 seine Goldimporte von 354 t (i.J. 1988) auf 170 t (i.J. 1989). Hinter Japan (304 bzw. 287 t) war die Insel damit allerdings auch jetzt noch der zweitgrößte Goldimporteur der Welt.<sup>174</sup>

- Ferner mußte sich Taiwan bereiterklären, mehr Landwirtschaftsprodukte aus den USA einzuführen, nachdem es zwischen beiden Seiten mehrere Auseinandersetzungen, nämlich den "Reiskrieg" von 1983,<sup>175</sup> den "Zigarettenkrieg" von 1986 und den "Puterkrieg" von 1988<sup>176</sup> gegeben hatte. Der "Puterkrieg" zwang Taiwan zu höheren Einfuhren, der "Reiskrieg" dagegen nötigte der taiwanischen Wirtschaft das Versprechen ab, ihre Reisausfuhren auf 550.000 t pro Jahr zu begrenzen, um so den amerikanischen Reiseexporteuren auf dem Weltmarkt größere Chancen zu belassen.

- Nicht zuletzt aber verlor Taiwan 1989 - zusammen mit den drei anderen "Kleinen Drachen" Asiens - die US-Zollpräferenz GSP (Generalized System of Preferences). Im Rahmen der GSP hatte Taiwan 13 Jahre lang jährlich bis zu 25% seiner gesamten Exporte zollfrei in die USA einführen dürfen.<sup>177</sup>

Aufgrund all dieser Restriktionen und Förderungsmaßnahmen verringerte sich das US-Handelsdefizit gegenüber Taiwan von 16 Mrd. US\$ i.J. 1987 auf 10 Mrd. i.J. 1988.<sup>178</sup> Darüber hinaus wurden die Vereinigten Staaten mit Beginn d.J. 1988 wieder zum größten Lieferanten Taiwans und verdrängten damit Japan.

Die bevorzugte Behandlung der USA löste bei anderen Handelspartnern Taiwans Verärgerung aus. Im Dezember 1988 protestierten die Vertreter von neun europäischen Ländern, darunter der Bundesrepublik, beim Wirtschaftsministerium in Taipei gegen die ungleichen Bedingungen.<sup>179</sup> Dieser Protest kam den Behörden denkbar ungelegen; befand sich doch gerade zu dieser Zeit der taiwanische Europa-handel mitten im Aufschwung. Wer wollte da schon Rückschläge riskieren!? Kurz vorher hatten mehrere europäische Unternehmen in Taipei eine "Europäische Handelskammer" (Eurocham) gegründet.

Zusätzlich errichtete die "Hamburgische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung" (HWF) als erstes Promotionsgremium eines deutschen Bundeslands in Taiwan ein Vertretungsbüro in Taipei. HWF und CETRA schlossen am 16. Mai 1988 ein Kooperationsabkommen, das vor allem die Ansiedlung taiwanischer Firmen in Hamburg för-

dern sollte, und zwar im Rahmen des Eurogate-Konzepts. Hamburg empfahl sich der taiwanischen Wirtschaft damit als Nadelöhr für den künftigen EG-Markt. Taipei reagierte auf diese Vorstellungen nicht zuletzt deshalb positiv, weil sich ja auch die Volksrepublik China Hamburg als "chinesisches Tor" nach Europa ausgesucht hatte, und zwar bereits zu Beginn der 80er Jahre. Taipei trat hier also in die Fußstapfen Beijings.

Es dauerte nicht lange, bis sich in der Hansestadt zahlreiche namhafte Firmen aus Taiwan niederließen, z.B. die Europazentrale der "Evergreen Line", ferner Panatek, BMS, Chicony, Mintek, DFI Computer, Eime und CeTeBe, um hier nur einige Beispiele zu nennen. Außerdem wurde ein "Taiwan Trade Center" in Hamburg (und Düsseldorf) errichtet und 1988, wie bereits erwähnt, ein "Agreement of Mutual Assistance" zwischen der HWF und der CETRA geschlossen. Gemäß diesem Vertrag sollte der Hamburger Hafen zum europäischen "Warehousing and Distribution Center" für taiwanische Firmen werden, wofür die HWF mit einem breiten Dienstleistungsangebot zur Verfügung stehen wollte - angefangen von der Grundstücks- sowie Büroraumbeschaffung bis hin zur Besorgung von Visen sowie Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen.

(Fortsetzung folgt im nächsten Heft)

#### Anmerkungen

- 1) LHB, 1.8.89.
- 2) "Weltmeister im Sparen", s.o.
- 3) ZYRB, 13.2.1983.
- 4) SZ, 22.5.89.
- 5) ZYRB, 10.9.83.
- 6) ZYRB, 3.8.83; C.a., September 1983, Ü 45.
- 7) FCJ, 4.6.90, S.3.
- 8) Cheng-siang Chen, Research Report no.41, Geographical Research Center, Graduate School, The Chinese University of Hongkong, Hongkong 1971.
- 9) Data Book, 1989, S.319.
- 10) Dazu Alden Speare, Paul K.C.Liu und Ching-lung Tsay, "Urbanization and Development: The rural-urban Transition in Taiwan", Brown University Studies in Population and Development, West-View Press, Boulder and London, 1988, Kap.3, vor allem S.52 ff.
- 11) In diesem Sinn Wilfried Koch, "Taiwan" in Nohlen/Nuscheler (Hrsg.).
- 12) In diesem Sinn Liao Zheng-hung, "Urbanization in Taiwan: 1900-1985", Journal of Population Studies, June 1988, S.11.
- 13) Speare, Liu, Tsay, a.a.O., Kap.4.
- 14) Ebenda, S.167.
- 15) Ebenda, Kap.7 u.8.

- 16) Ebenda, Kap.8.  
 17) LHB, 30.4.82.  
 18) ZYRB, 1.4.82.  
 19) Dazu C.a., Mai 1982, Ü 39.  
 20) ZYRB, 23.4. u.2.5.82; C.a., April 1982, Ü 52.  
 21) Pavarotti-Konzern am 18.2.1990, Karten zwischen 120 u.770 US\$, FCJ, 19.2.90, S.3.  
 22) Zur vertikalen Gesellschaftsstruktur vgl. Oskar Weggel, "Die Asiaten", München 1989; zur Schichtenbetrachtung vgl.ferner "Freies China" (Taipei), fortan "FC".  
 23) Weggel, "Die Asiaten", a.a.O., S.155-186.  
 24) Näheres mit Nachweisen C.a., Juli 1974, Ü 67.  
 25) FCJ, 15.3.90, S.3.  
 26) CNA, 16.4.84.  
 27) FCJ, 17.5.90, S.6.  
 28) FCJ, 15.9.88.  
 29) CNA, 16.4.84.  
 30) Norma Diamond, "The Middle-class Family Model in Taiwan: Woman's Place is in the Home", AS 1973, S.853-872, hier 855.  
 31) Ebenda, S.862.  
 32) FCJ, 15.3.90, S.3.  
 33) Fakten und Daten a.a.O., S.41.  
 34) CNA, 6.8.86; C.a., August 1986, Ü 36.  
 35) Zum XII.Parteitag vgl.C.a., April 1981, Ü 63.  
 36) LHB, 4.1.82; C.a., Januar 1982, Ü 41.  
 37) FC, Januar/Februar 1990, S.14-17, 16.  
 38) ZYRB, 21.-25.5.1988; C.a., Mai 1988, Ü 42.  
 39) ZYRB, 17.u.22.4.88; C.a., April 88, Ü 34.  
 40) LHB, 21.6.86; Y.H.Nieh, "Anzeichen einer Kursänderung in Taiwan", C.a., Juni 1986, S.373-375.  
 41) ZYRB, 20.7.87, im einzelnen Nieh, C.a., Juli 1987, Ü 45.  
 42) Liu fa, a.a.O., S.629 f.  
 43) ZYRB, 24.6.87.  
 44) Engl. Übersetzung des Gesetzes in: "Republic of China 1988. A Reference Book", New York und Taipei 1988, S.496 f; China Year Book 1989, a.a.O., S. 724 f.  
 45) ZYRB, 13.6.87; C.a., Oktober 1986, Ü 50, Mai 1987, Ü 38, Juni 1987, Ü 51 und Juli 1987, Ü 45.  
 46) Dazu Y.H.Nieh, "Taiwan: Rückblick auf das Jahr der Schlange (1989)", C.a., Januar 1990, S.71-75, hier 71.  
 47) ZYRB, 23.6.1990.  
 48) FCJ, 25.6.90; C.a., Juni 1990, Ü 46.  
 49) C.a., Mai 1989, Ü 26 u. August 1989, Ü 45.  
 50) DGB, 29.5.85; C.a., Mai 1985, Ü 39.  
 51) C.a., Februar 1987, Ü 44 m.N.  
 52) FCJ, 4.6.90, S.3.  
 53) ZYRB, 12.2.88.  
 54) LHB, 12.1.88; C.a., Januar 1988, Ü 49.  
 55) FCJ, 5.4.1990.  
 56) ZYRB, 20. u.21.5.1990.  
 57) C.a., Juli 87, Ü 46.  
 58) Nieh, C.a., Februar 1988, S.146.  
 59) Diese Vorgänge sind plastisch dargestellt bei Y.H.Nieh, "Jiang Jinguo und sein politisches Erbe. Zur neuen politischen Konstellation in Taiwan", C.a., Februar 1988, S.141-147, hier 145 f.  
 60) ZYRB, 13.7.88 u.C.a., Juli 88, Ü 31.  
 61) Free China Weekly, 24.10.1982.  
 62) Dazu FCJ, 22.3.90, S.5.  
 63) Dazu C.a., Februar 1990, Ü 44.  
 64) Nieh, "Jiang Jinguo und sein politisches Erbe", C.a., Februar 1988, S.141-147, hier 146.  
 64a) FCJ, 7.5.1990, S.1.  
 65) Weitere Einzelheiten in C.a., Mai 1990, Ü 32.  
 66) FCJ, 9.4.90, S.4.  
 67) FCJ, 11.6.90, S.1.  
 68) FCJ, 24.5.90, S.2.  
 69) Dazu Lin Jidong, ZHMG xianfa zhilun ("Kommentar zur Verfassung der Republik China"), Taipei 1960, S.205; ferner Oskar Weggel, "Zentralregierung und Provinzverwaltung auf Taiwan. Selbstverwaltungs-ideologie und Verfassungswirklichkeit" in: Verfassung und Recht in Übersee, 1968, S.391-420, hier 396 f.  
 70) FCJ, 5.3.90, S.5.  
 71) Dazu C.a., September 1982, Ü 16.  
 72) Näheres m.N. in: C.a., Juni 1983, Ü 38.  
 73) Einzelheiten dazu Monika Reinhardt, "Politische Opposition in Taiwan 1947-1988. Die Demokratische Fortschrittspartei", Bochum 1989 (aus der Reihe "Chinatemen"), Bd.40, S.50.55.  
 74) Ebenda, S.52-63.  
 75) Republic of China Yearbook 1989, Taipei 1989, S.195 f.  
 76) Reinhardt, a.a.O., S.79.  
 77) Im einzelnen C.a., Dezember 1986, Ü 41 m.N.  
 78) C.a., Dezember 1988, Ü 34.  
 79) ZYRB, 4.4.90.  
 80) C.a., April 1990, Ü 40.  
 81) FCJ, 5.4.90, S.1.  
 82) Wahlanalyse bei Y.H.Nieh, "Taiwan: Rückblick auf das Jahr der Schlange (1989)", C.a., Januar 1990, S.72.  
 83) Näheres dazu Günter Schubert, "Taiwan an der Schwelle zu den neunziger Jahren - Perspektiven für eine stabile Demokratie?" in: Asien Nr.35, April 1990, S.26-39, hier 31.  
 84) Nachweise bei Schubert, a.a.O., S. 30 ff. Tabellen 3 u.4.  
 85) ZYRB, 18.6.90.  
 86) C.a., Januar 1990, Ü 40 mit Nachweisen; Y.H.Nieh, "Zu den jüngsten Wahlen in Taiwan" in: C.a., Dezember 1989, S.934 ff.  
 87) Ins Bewußtsein der Öffentlichkeit rückten vor allem zwei Stimmkauf-Fälle, die Gegenstand von Gerichtsurteilen wurden, nämlich die Wahl des Bürgermeisters der Stadt Zhongli vom Januar 1982 und die Wahl des Vorsitzenden des Kreisparlaments von Taipei, Chen Wanfu, vom April 1982. Dazu im einzelnen C.a., April 1982, Ü 51.  
 88) C.a., November 1989, Ü 51.  
 89) So die Aussage von General Hao Beicun in: FCJ, 5.4.90, S.2.  
 90) FCJ, 19.4.90, S.1.  
 91) FCJ, 5.4.90, (Aussage Hao Beicuns).  
 92) Angaben von General Hao Beicun in FCJ, 5.4.90.  
 93) Ebenda  
 94) ZYRB, 24.1.83.  
 95) ZYRB, 24.4.90.  
 96) LHB, 30.1.84; C.a., Januar 1984, Ü 41.  
 97) "14 key-projects to be implemented or completed between fiscal years 1986 and 1991, compiled by Euro-Asia Trade Organization, March 1986; und China Yearbook 1989, a.a.O., S.337-342.  
 98) Vgl.dazu Shisi xiang zhongyao jianshe jihua tuidong qingxing baogao (Bericht des Exekutivyuans über die Ausführung der 14 Schlüsselprojekte) vom 30.Mai 1988, Taipei 1988.  
 99) FCJ, 6.7.89, S.7.  
 100) Näheres C.a., Juli 1985, Ü 55.  
 101) LHB, 11.5.1980.  
 102) C.a., Februar 1983, Ü 51, Januar 1985, Ü 51.  
 103) Vgl.die Graphiken in C.a., September 1974, S.559.  
 104) C.a., Juli 1987, Ü 47 m.N.  
 105) Vgl.dazu bereits C.a., Januar 1980, Ü 58 m.N.  
 106) ZYRB, 17. u.26.4.1981.  
 107) Warenzeichengesetz in Kraft, Juli 1982, C.a., Mai 1982, Ü 37.  
 108) C.a., März 1981, Ü 58 m.N.  
 109) ZYRB, 17. u.22.1.83.  
 110) C.a., Februar 1983, Ü 51, Januar 1985, Ü 51.  
 111) ZYRB, 25.1.84; C.a., Februar 1984, Ü 45.  
 112) LHB, 3.5.80.  
 113) C.a., Mai 1980, Ü 71 m.N.  
 114) FCW, 13.7.1980; C.a., Juli 1980, Ü 61.  
 115) FCJ, 10.4.89.  
 116) ZYRB, 5.11.83; C.a., November 1983, Ü 46.  
 117) ZYRB, 19.1.1980.  
 118) CNA, 7.1.1983; Januar 1983, Ü 44.  
 119) Im einzelnen C.a., Mai 1980, Ü 77.  
 120) FCJ, 17. u.20.7.89.  
 121) FCJ, 16.4.1990.  
 122) LHB, 15.7.89; C.a., Juli 1989, Ü 43, April 1990, Ü 42.  
 123) FCJ, 16.4.1990.  
 124) ZYRB, 8.1.1980.  
 125) ZYRB, 22.11.85; C.a., November 1985, Ü 36.  
 126) Databook 1989, a.a.O., S.176.  
 127) Databook 1989, a.a.O., S.5.  
 128) C.a., September 1976, Ü 55 m.N.  
 129) ZYRB, 18.7.89.  
 130) Einzelheiten dazu: Laureen Fessler, "Taiwan as a Model for Family Planning. Brief History and recent Developments", in "American Universities Field Staff", East Asia Series, Vol.XVII, Nr.7, S.1-9.  
 131) ZYRB, 17.12.82; C.a., Dezember 1982, Ü 37.  
 132) ZYRB, 2.8.85.  
 133) LHB, 29.9.85; C.a., September 1985, Ü 47.  
 134) ZYRB, 31.1.1977.  
 135) CP, 3.1.86; C.a., Januar 1986, Ü 52.  
 136) LHB, 12.2.88; C.a., Februar 1988, Ü 45.  
 137) Databook 1989, a.a.O., S.313.  
 138) Ebenda, S.305.  
 139) ZYRB, 26.2.82; C.a., Februar 1982, Ü 44.  
 140) LHB, 30.3.82; C.a., März 1982, Ü 42.  
 141) C.a., März 1989, Ü 32 m.N.; Mai 1989, Ü 25.  
 142) Data Book 1989, a.a.O., S.172.  
 143) ZYRB, 25.8.89.  
 144) ZYRB, 22. u.27.8.89; C.a., August 1989, Ü 46.  
 145) ZYRB, 21. u.22.8.1987.  
 146) ZYRB, 21. u.22.8.1987.  
 147) LHB, 4.7.86.  
 148) ZYRB, 28.7.86; C.a., Juli 1986, Ü 34.  
 149) KMU = Klein- und Mittelunternehmen.  
 150) Zahlen bei Karl J.Fields, "Trading Companies in South Korea and Taiwan. Two Policy Approaches", AS 1989, S.1073-1089, hier 1084 f.  
 151) ZYRB, 15.2.1989.  
 152) ZYRB, 7.8.1980.  
 153) C.a., April 1987, Ü 59.  
 154) ZYRB, 6.1.1986.  
 155) C.a., Januar 1986, Ü 50 m.N.  
 156) ZYRB, 3.1.1988.  
 157) FCW, 13.1.1980 und C.a., Januar 1980, Ü 58.  
 158) ZYRB, 15. u.16.12.1980.  
 159) Im einzelnen C.a., Januar 1982, Ü 76.  
 160) Stand vom Mai 1989: FCJ, 10.7.89.  
 161) So Y.H.Nieh, C.a., Juni 1990, S.484 f.  
 162) XNA, 3.7.90.  
 163) Ebenda, S.485.  
 164) LHB, 20.4.89.  
 165) C.a., März 1990, Ü 49 m.N.  
 166) C.a., Juni 1989, Ü 33 m.N.  
 167) Dazu Y.H.Nieh, "Hintergrund zum jüngsten Börsensturz in Taiwan", C.a., November 1988, S.858-760.  
 168) FAZ, 22.7.89.  
 169) ZYRB, 25.9.88; C.a., September 1988, Ü 44.  
 170) ZYRB, 25.1.1989, S.1.  
 171) ZYRB; 8.1.88.  
 172) ZYRB, 30.9.84; C.a., September 1984; Ü 44.  
 173) Zahlen dafür in FCJ, 7.5.90, S.7.  
 174) FCJ, 8.2.90.  
 175) LHB, 10. u.14.12.83; C.a., Dezember 1983, Ü 40.  
 176) ZYRB, 7.1.1989.  
 177) FCJ, 9.1.1989; u. C.a., Januar 1989, Ü 56.  
 178) Fakten und Daten a.a.O., S.56 f.  
 179) FCJ, 15.12.1988.